

II. Bankenpolitik in der Krise

Einleitung

In den letzten Jahren sind die Geld- und Kreditpolitik und damit auch die Banken wieder stärker ins öffentliche Interesse gerückt. Der Zusammenbruch der SMH-Bank und die internationale Finanzkrise haben Befürchtungen vor einem neuen »Schwarzen Freitag« geweckt. Die anhaltend hohen Zinsen sowie die extrem hohen Gewinne der Banken im letzten Jahr haben in der Öffentlichkeit Zweifel an dem Bild des uneigennütigen Kreditvermittlers, das die Banken von sich zu malen bemüht waren, aufkommen lassen. Die Antwort auf die Frage »Wer macht die Zinsen?« wird nicht mehr nur in den USA und bei der Deutschen Bundesbank gesucht. Schließlich hat die Rolle, die die Banken in der Stahl- und Werftindustrie, gegenüber der AEG und anderen insolvent gewordenen oder insolvenzgefährdeten Großunternehmen gespielt haben, etwas von ihrem Einfluß auf die Wirtschaft erahnen lassen.

Die hierdurch schlaglichtartig zum Ausdruck kommende Bedeutung des Bankensektors für die wirtschaftliche Entwicklung, den weiteren Konzentrationsprozeß sowie insbesondere den Anstieg der Massenarbeitslosigkeit findet in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung keine Entsprechung. Seit der 1975 vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) initiierten Auseinandersetzung um die Macht der Banken ist dieses Thema von gewerkschaftlich orientierten Wissenschaftlern nicht wieder aufgegriffen worden. Das Wissen über die Banken ist damit hinter der Zunahme ihrer Konzentration und ihres Einflusses zurückgeblieben – ein Umstand, der um so schwerer wiegt, da vermutet werden kann, daß die gegenwärtige Bankenpolitik krisenverschärfend wirkt.

Die wissenschaftliche Analyse des Bankensektors und der Bankenpolitik ist jedoch für eine vollständige Erklärung der gegen-

wärtigen Wirtschaftskrise und für die Entwicklung einer alternativen Wirtschaftspolitik unverzichtbar.

Aufgrund der hier skizzierten Probleme hat sich im vergangenen Jahr im Umfeld der »Memorandumgruppe« ein Arbeitskreis zu diesen Fragen gebildet. In vier in sich geschlossenen Beiträgen werden hier seine bisherigen Arbeitsergebnisse vorgelegt. Dies auch, um zur Mitarbeit und weiteren Diskussion anzuregen.

Der erste Beitrag analysiert die Stellung der drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) im Bankensektor. Ausgehend von der bankstatistischen Abgrenzung der drei privaten Großbanken, die ihre Größe systematisch unterschätzt, wird deren Verflechtung mit anderen Unternehmen des Kreditgewerbes aufgezeigt, um ihre Position realistisch einschätzen zu können. Darüber hinaus zeigt eine Auswertung der Kapitalbeteiligungen, Depotstimmrechtsanteile und der Vertretungen in den Aufsichtsräten großer Unternehmen, daß die Großbanken ungleich intensiver als andere Kreditinstitute mit Großunternehmen in Industrie und Handel verflochten sind.

Trotz der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der BRD erzielen die Banken in den 80er Jahren Rekordgewinne. Dabei unterzeichnen die ausgewiesenen Ergebnisse noch die wirkliche Gewinnexplosion. Der zweite Beitrag setzt sich mit den Gewinnen der Banken, den Methoden ihrer (legalen) Verschleierung und ihrer Entwicklung im konjunkturellen Zyklus auseinander.

Der Gewinnanstieg des Bankensektors wird in der Öffentlichkeit häufig auf die erhebliche Ausweitung der Staatsverschuldung und die damit einhergehenden Zinszahlungen der Gebietskörperschaften zurückgeführt. Da annähernd $\frac{2}{3}$ aller Staatsschuldtitel von Banken gehalten werden, fließt ihnen auch der überwiegende Teil der staatlichen Zinszahlungen zu. Im dritten Beitrag werden die mit der Staatsverschuldung einhergehenden Geschäftsbeziehungen zwischen den öffentlichen Haushalten und den Kreditinstituten analysiert, ihre Konsequenzen für die Gewinnentwicklung der Banken herausgearbeitet und einige Alternativen angedeutet.

In den letzten Jahren gerieten eine Reihe großer Schuldnerländer in erhebliche Zahlungsschwierigkeiten. Die Gefahr eines neuen »Schwarzen Freitags«, d. h. eines kumulativen Zusammenbruchs wichtiger Banken wird in der Öffentlichkeit diskutiert. Der vierte Beitrag untersucht, welches Ausmaß die internationalen Aktivitäten der westdeutschen Banken angenommen haben, welchen Einfluß diese Aktivitäten auf den Außenhandel ausüben und in wie

weit die Banken der BRD in die internationale Finanzkrise verwickelt sind. Im Zusammenhang mit der internationalen Schuldenkrise werden die eingeschlagenen Bankenstrategien und ihre Rückwirkungen auf die Wirtschaft der BRD dargestellt.

Mit den hier kurz skizzierten Beiträgen sollen zentrale und aktuelle Probleme der Bankenpolitik in der Krise zur Diskussion gestellt werden. Damit ist eine umfassende Darstellung der Rolle und Bedeutung des Bankensektors natürlich noch nicht geleistet. Notwendig ist insbesondere eine systematische Analyse des Einflusses der Kredit- und Beteiligungspolitik der Banken auf die Wirtschaft, eine Untersuchung der Rationalisierungstendenzen im Kreditsektor und die Erarbeitung von detaillierten Alternativen. Dies sind zukünftige Arbeitsschwerpunkte des Arbeitskreises ›Bankenpolitik‹.

1. Stellung der Großbanken im Geschäftsbanksektor

1.1 Die Bankensektoren

Im folgenden werden Umfang und Struktur des Geschäftsbankensektors kurz charakterisiert, um vor diesem Hintergrund die Stellung der Großbanken zu diskutieren.

Anfang 1982 gab es in der BRD rund 5120 Kreditinstitute, darunter 4800 Universalbanken und 320 Spezialbanken (Die Bank 12/82). Sie unterliegen ab einer Größenordnung von 10 Mio. DM Umsatz der Berichtspflicht an die Deutsche Bundesbank, die die Banken nach acht Gruppen zusammenfaßt:

1. Kreditbanken, darunter auch die Großbanken
2. Sparkassen
3. Girozentralen
4. Kreditgenossenschaften
5. Genossenschaftliche Zentralbanken
6. Realkreditinstitute
7. Teilzahlungskreditinstitute
8. Kreditinstitute mit Sonderaufgaben.

Girozentralen und *Sparkassen* bilden den Sparkassensektor, *Kreditgenossenschaften* und *Genossenschaftliche Zentralbanken* den genossenschaftlichen Sektor. – Diese Zusammenfassung nach Sektoren beruht auf eigentumsmäßigen und rechtlichen Grundlagen; die Geschäftspolitik der Institutsgruppen innerhalb der Sektoren ist allerdings aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionen verschieden. – Diese beiden Sektoren und die Gruppe der *Kreditbanken* stellen die wichtigsten drei Bankengruppen dar (vgl. Tabelle 1). Alle drei setzen sich aus Universalbanken zusammen, die miteinander in Wettbewerb stehen.

Die ökonomischen Unterschiede in ihrer Geschäftspolitik beschränken sich im Kern auf verschiedene Marketing-Strategien, die auf der Passivseite der Bilanz, bei den Einlagen, nachvollziehbar sind (Scheidl: Heinrich u. a.):

1. Bei den *Kreditbanken* überwiegt das kurzfristige Einlagen- und das kurzfristige Kreditgeschäft mit Nichtbanken besonders mit der Firmenkundschaft und höheren Einkommensbeziehern.

Mittlerweile gewinnt auch das langfristige Kreditgeschäft an Bedeutung.

Ihr Schwerpunkt auf der Aktivseite liegt im Kredit-, Emissions- und Konsortialgeschäft sowie im Wertpapierhandel. Die Gewichte sind allerdings bei den verschiedenen Bankengruppen (*Großbanken, sonstige Kreditbanken*, darunter so unterschiedliche Institute wie die Bank für Gemeinwirtschaft und gemischte Hypothekendarlehenbanken, *Privatbankiers* und *Zweigstellen ausländischer Banken*) unterschiedlich verteilt.

Bei den *Großbanken* konzentrieren sich diese Geschäfte ebenso wie das Effektengeschäft. Außerdem nehmen sie im Auslandsgeschäft die führende Rolle ein, insbesondere, wenn Töchter und Filialen erfaßt werden. Gerade bei den Großbanken sind die vielfältigen Geschäftsaktivitäten und Einflußmöglichkeiten häufig aus der Bankstatistik nicht ersichtlich (s. u., Teil 1.2 und 2.).

Die *Zweigstellen ausländischer Banken* stehen bei den Einlagen kaum, im Kreditgeschäft mit Unternehmen in ausländischem Besitz stärker in Wettbewerb zu den Groß- und anderen Kreditbanken.

Die *Privatbankiers* sind vor allem im kurzfristigen Kredit- und im Wertpapiergeschäft tätig; ihre Geschäftsstruktur ist der der Großbanken ähnlich.

2. Der *Sparkassensektor* bildet die größte Gruppe unter den Kreditinstituten. Sein Aufbau ist dreistufig; das Spitzeninstitut des Sektors ist die Deutsche Girozentrale/Deutsche Kommunalbank, die mittlere Stufe bilden die auf Länderebene tätigen Girozentralen, die unterste die örtlichen Sparkassen, für die das Regionalprinzip gilt: Die Aktivgeschäfte der Sparkassen sind gegeneinander regional abgegrenzt.

Bei den *Sparkassen* herrschen Geschäfte mit abhängig Beschäftigten und dem gewerblichen Mittelstand vor. Dazu zählt in erster Linie das Hypothekendarlehenkreditgeschäft zur Finanzierung des Wohnungsbaus, Darlehen an die öffentliche Hand und Konsumentenkredite, die die wichtigsten Geschäfte auf der Aktivseite darstellen (siehe Teil 3). Auf der Passivseite überwiegt die Verwaltung der Girokonten und Spareinlagen – mehr als die Hälfte aller privaten Girokonten werden von Sparkassen geführt. Aktieneigenerwerb und damit verbundene Wertpapiergeschäfte scheiden für die Sparkassen aufgrund des Sparkassengesetzes weitgehend aus.

Die *Girozentralen* verwalten überwiegend die Liquiditätsreserven, die die angeschlossenen Sparkassen bei ihnen unterhalten,

Tabelle 1 Marktanteile der Bankengruppen 1982 (in v. H.)¹

	Anzahl	Geschäfts- volumen	Ausgewählte Positionen der Aktivseite:				Ausgew. Positionen d. Passivseite:		
			Kredite an Kreditinsti- tute	Kredite an Nichtban- ken	Wertpa- pierre ²	Beteiligun- gen	Einlagen von Kredit- instituten	Einlagen von Nicht- banken	Eigenkapi- tal
Alle Bankengruppen (Mio DM)	3301	2709 658	759 139	1788 985	283 290	21 787	664 792	1 328 586	89 671
v. H.	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Kreditbanken, davon	7,3	22,2	23,2	20,9	19,5	51,8	31,2	21,5	31,8
Großbanken	0,2	8,6	7,4	8,4	7,5	30,9	8,4	10,7	13,3
Regional und sonst. Kredit- banken	2,9	10,1	9,2	10,3	8,9	17,9	13,1	9,0	13,1
Zweigstellen ausländischer Banken	1,8	2,1	4,8	1,0	1,4	0,2	7,1	0,4	3,3
Privatbankiers	2,4	1,4	1,7	1,2	1,8	2,8	2,6	1,4	2,1
Sparkassensektor, davon	18,4	38,2	36,3	38,9	51,7	19,9	28,2	42,1	34,4
Girozentralen	0,4	16,2	17,2	16,3	13,6	18,1	18,1	5,7	11,7
Sparkassen	18,0	22,0	19,1	22,6	38,1	9,8	10,1	36,4	22,7
Genossenschaftssektor, da- von	68,9	15,6	20,5	12,3	21,7	15,6	19,2	19,5	15,8
Genossenschaftliche Zen- tralbanken	0,3	4,2	9,7	0,9	7,5	10,3	13,2	0,9	3,7
Kreditgenossenschft.	68,6	11,4	10,8	11,4	14,2	5,3	6,0	18,6	12,1
Realkreditinstitute, davon	1,2	14,5	6,3	18,9	0,8	1,6	9,1	7,4	9,7
Privathypothekenbanken	0,8	8,9	3,4	11,8	0,5	0,1	4,6	2,9	5,6
Öffentlich-rechtl. Grund- kreditanstalten	0,4	5,6	2,9	7,1	0,3	1,5	4,5	4,5	4,1
Teilzahlungskreditinstitute	3,4	1,2	0,4	1,5	0,5	0,7	2,3	0,8	2,1
Kreditinstitute mit Sonder- aufgaben	0,5	6,8	11,5	5,2	1,9	2,4	9,9	5,7	6,2

1 Die addierten Anteile ergeben keine 100 %, da die Postsparkassen nicht berücksichtigt wurden.

2 Wertpapiere incl. Bankschuldverschreibungen

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1984, Reihe 1, eigene Berechnung

vermitteln den Geldausgleich zwischen den Sparkassen und gewähren gegebenenfalls Kredithilfen. Sie betreiben ebenfalls das Effektengeschäft und gewähren überwiegend langfristige Großkredite an Wirtschaft und öffentliche Stellen. Der erhebliche Mittelzufluß aus den Sparkassen an die Girozentralen, vor allem in Form der Bankschuldverschreibungen und Termineinlagen, ermöglicht den Girozentralen ihre Position im langfristigen Kreditgeschäft und als Gläubiger auf dem Geldmarkt, wo sie als Geldgeber der Kreditbanken, vor allem der Privatbankiers, auftreten. In den letzten Jahren sind sie darüber hinaus ebenfalls verstärkt ins Auslandsgeschäft eingestiegen; es wurden sowohl die Kredite an ausländische Kreditnehmer ausgebaut als auch ausländische Töchter gegründet.

3. Der *genossenschaftliche Sektor* ist ebenfalls dreistufig aufgebaut: Die Spitze stellt die Deutsche Genossenschaftsbank (DG) dar, den Mittelbau bestreiten die genossenschaftlichen Zentralkassen, und die einzelnen Kreditgenossenschaften sind der Unterbau. Bei den Genossenschaften handelte es sich ursprünglich um Selbsthilfe-Organisationen von Landwirten und kleinen Gewerbetreibenden, die Anteile an den Genossenschaftsbanken erwarben, mit denen dann die Berechtigung zur Kreditaufnahme verbunden war. Die damit verbundene Beschränkung der Kreditvergabe stellte ein Hindernis auf dem Weg der Genossenschaftsbanken zu einer einheitlichen, expandierenden Unternehmensgruppe dar (Wirtschaftswoche vom 8. 2. 1983); sie wurde 1974 aufgehoben. Gleichzeitig wurde damit der Tatsache Rechnung getragen, daß inzwischen auch hier die abhängig Beschäftigten die größte Kundengruppe bilden. Spareinlagen und Sicht- und Termineinlagen stellen von daher die wesentlichen Finanzierungsquellen dar. Ihre Verankerung bei wirtschaftlich Selbständigen, bei kleinen und mittleren Unternehmen zeigt sich im überdurchschnittlichen Anteil langfristiger Kredite.

Die Zentralkassen sind wesentliche Refinanzierungsinstitute für die Genossenschaften; auch die DG-Bank ist innerhalb des Genossenschaftssektors tätig; Effektengeschäfte und Auslandsgeschäfte werden ausgebaut.

4. Die *Realkreditinstitute* vergeben langfristige Kredite gegen Grundpfand- bzw. Schiffspfandrechte. In privater Rechtsform werden Hypothekenbanken und Schiffspfandbriefbanken geführt, als öffentlich-rechtliche Anstalten vor allem Grundkreditanstalten. Die privaten Hypothekenbanken, die überwiegend von den Groß-

banken beherrscht werden, beschaffen sich ihre Mittel durch die Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunalobligationen; in begrenzter Höhe können sie auch Einlagen und Darlehen aufnehmen oder sonstige Bankschuldverschreibungen ausgeben. Neben den Krediten an Unternehmen und Privatpersonen sind sie im Kommunalkreditgeschäft relativ stark engagiert, einer Sparte, die in letzter Zeit sehr an Bedeutung gewinnt (vgl. Teil 3).

5. Die *sonstigen Spezialinstitute*. Hierunter fallen besonders die Teilzahlungsinstitute, die in der Regel Konsumentenkredite gewähren und spezielle Rückzahlungsmodalitäten einräumen, und die Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, eine ausgesprochen inhomogene Gruppe mit gemeinsamen Instituten der Banken (Liquiditätskonsortialbank, Aka Ausfuhrkredit-GmbH, Privatdiskont AG), der gewerblichen Wirtschaft (Industriekreditbank) und einigen anderen privaten sowie öffentlich-rechtlichen Spezialinstituten (Kreditanstalt für Wiederaufbau, Lastenausgleichsbank, Landwirtschaftliche Rentenbank).

1.2 Konzentration im Banksektor

1.2.1 Marktanteile der Sektoren

Die Unterschiede in der Geschäftspolitik der Institutsgruppen sind damit überwiegend traditionell in der Unternehmensgeschichte begründet und beziehen sich im wesentlichen auf die Vorteile der *Sparkassen* und *Genossenschaften* im Spareinlagengeschäft und die Konzentration der Firmenkunden und Beteiligungen auf die *Groß-* und auch die *Privatbanken*. Ein verschärfter Konkurrenzkampf der Banken untereinander führt zur weiteren Nivellierung historisch gewachsener Unterschiede, die mit einer zunehmenden Konzentration verbunden sind:

Die Zahl der Banken ist von 13 359 (ohne Bausparkassen 13 317) berichtenden Kreditinstituten in 1957 auf 4930 (ohne Bausparkassen 4831) gesunken; gleichzeitig ist ihr Geschäftsvolumen von rund 159 Mrd. auf 2589 Mrd. DM gestiegen.

Bezieht man sich auf die drei wichtigsten Bankengruppen, dann sind knapp drei Viertel der Kreditinstitute *Genossenschaftsbanken*, die ein Fünftel des Geschäftsvolumens der drei Gruppen halten,

und ein Fünftel der Institute sind *Sparkassen*, die die Hälfte des Umsatzes auf sich vereinen.

Die relativ höchste Konzentration weist die Gruppe der *Kreditbanken* auf, die mit nicht einmal 8% weit mehr als ein Viertel der Umsätze hält. Diese Unterschiede waren Mitte der 60er Jahre und davor noch ausgeprägter (Huffschmid 1969, S. 80 ff.) und sind seitdem durch den Rückgang der Zahl der Institute und die Annäherung der Marktanteile von Sparkassen- und Genossenschaftssektor nivelliert worden. Auch der Marktanteil der *Großbanken* hat sich verringert. Hinter dieser Entwicklung, die man als Ergebnis eines funktionierenden Konkurrenzkampfes interpretieren könnte, verbirgt sich eine steigende Marktmacht des Bankensektors insgesamt: Die Verringerung der Institute bedeutet nichts anderes als eine wachsende Größenordnung der Bankstellen und Konzentrationsprozesse innerhalb der Sektoren. Dieser Prozeß ist besonders schnell und heftig bei den Genossenschaften als kleinsten Kreditinstituten abgelaufen. Alleine in den vergangenen sechs Jahren sind noch einmal 1200 selbständige Kreditgenossenschaften fusioniert worden; der Aufbau des gesamten Sektors wird zunehmend konzernähnlich organisiert (Wirtschaftswoche vom 8. 12. 1983). Deutlicher wird das, wenn man die Zweigstellenentwicklung mitheranzieht: Die *Genossenschaften* verfügten 1957 über 53,3% von 26 333 Bankstellen, die *Sparkassen* über ein gutes Drittel und die *Kreditbanken* über knapp 9%; davon entfielen 3% auf die *Großbanken*. Im Jahr 1982 hatte die Zahl der Bankstellen auf 44 852 zugenommen; davon verfügten die *Genossenschaftsbanken* über 42%, die *Sparkassen* hatten mit 38,1% einen vergleichbaren Anteil erreicht und die *Kreditbanken* zogen runde 13% auf sich, von denen die *Großbanken* alleine die Hälfte hielten. Die Zunahme des Anteils der *Sparkassen* und der *Kreditbanken* an der Zahl der Institute fällt damit bei einer Betrachtung der *Bankstellen* ebenso wie die Abnahme der *Genossenschaftsbanken* deutlich geringer aus; ihre Anteile nähern sich an. Dabei ist allerdings die Frage nach der ökonomischen Entscheidungsgewalt über die Filialen von zentraler Bedeutung. Mehr als 3100 und damit mehr als die Hälfte aller Bankstellen der *Kreditbanken* in der Hand von den drei Bankmanagements der *Großbanken* (incl. Berliner Töchter) haben ein ganz anderes Gewicht als 17 000 in der Hand von 595 *Sparkassen*.

Auch innerhalb der Gruppe der *Kreditbanken* ist die Konzentration hoch; eine Konzernbilanzsumme über 100 Mrd. DM weist 1982 neben den drei *Großbanken* noch eine vierte private Bank auf:

Tabelle 2 Verteilung von Bankstellen und Geschäftsvolumen auf Sektoren

	1957			1982		
	Kreditinstitute	Bankstellen Anteil in v. H.	Geschäftsvolumen*	Kreditinstitute	Bankstellen Anteil in v. H.	Geschäftsvolumen
Genossenschaftlicher Sektor	89,1	53,5	8,1	72,5	42,1	20,5
Sparkassen-sektor	8,0	34,9	35,7	19,4	38,1	50,3
Kreditbanken	3,0	8,7	26,5	7,7	13,2	29,2
davon:						
Großbanken	0,05	3,0	11,8	0,2	6,6	11,3

* Geschäftsvolumen 1961

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank von 1966 und 1982 (MB); dies., Reihe 1; eigene Berechnung

die Bayerische Vereinsbank, und die Bayerische Hypothekenbank liegt immerhin noch bei mehr als 92 Mrd. DM Konzernbilanzsumme. Insgesamt haben 13 Banken in 1982 eine Konzernbilanzsumme über 50 Mrd. DM, von denen neben den genannten Privatbanken eine genossenschaftlich, eine gemeinwirtschaftlich und alle anderen öffentlich rechtlich organisiert sind (vgl. Tabelle 3). Allein die fünf Privatbanken haben eine gemeinsame Konzernbilanzsumme von 643 Mrd. DM und eine AG-Bilanzsumme von 386 Mrd. DM, während die Bilanzsumme der Kreditbanken 576 Mrd. DM und die der Banken insgesamt 2649 Mrd. DM beträgt.

– Die Bilanzsummen können nicht direkt aufeinander bezogen werden, weil in der Bankenstatistik nur die inländischen Beteiligungen der großen Banken im Bankensektor – wenn auch an anderer Stelle als bei ihren Müttern – enthalten sind. Auslandsfilialen und Auslandstöchter fallen damit aus der Statistik heraus, während sie in den AG- bzw. Konzernabschlüssen der Banken berücksichtigt werden. Deshalb verzichten wir hier auf eine Quotenbildung und halten auch die entsprechende Berechnung der Monopolkommission (Hauptgutachten IV, Tzf. 376), die eine hohe Quote von 37% ausweist, für überzeichnet. Die Konzernbilanzsumme der 10 würde nach unseren Daten 24% der Bilanzsumme aller Bankengruppen ausmachen und müßte noch um die Auslandsfilialen bereinigt und um die Auslandstöchter z. T. ergänzt werden. –

Table 3 Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme über 50 Mrd. DM

Institut	Bilanzsumme 1982		Eigentumsform
	Konzern-	Einzel-	
		Abschluß	
Deutsche Bank	199 175	115 500	privat
Dresdner Bank	137 451	83 577	privat
Westdeutsche Landesbank Girozentrale	132 953	119 232	öffentlich-rechtlich
Commerzbank	108 234	66 183	privat
Bayrische Vereinsbank	105 548	60 143	privat
Bayrische Landesbank Girozentrale		95 936	öffentlich-rechtlich
Bayrische Hypotheken- und Wechselbank AG	92 073	60 363	privat
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank	69 611		genossenschaftlich
Kreditanstalt für Wiederaufbau		66 618	öffentlich-rechtlich
Hessische Landesbank Girozentrale	64 647		öffentlich-rechtlich
Norddeutsche Landesbank Girozentrale	59 453		öffentlich-rechtlich
Bank für Gemeinwirtschaft	56 420		gemeinwirtschaftlich
Deutsche Pfandbriefanstalt	51 560		öffentlich-rechtlich
nachrichtlich:			
Bilanzsumme alle Bankengruppen	2 648 942		
Bilanzsumme Kreditbanken	576 034		

Die Bank 1/1984: 299 Bilanz-Milliardäre in der deutschen Kreditwirtschaft; Geschäftsberichte 1982 der fünf privaten Großbanken

Daß in der Bankenstatistik nur drei Institute zu *Großbanken* zusammengefaßt wurden, hat historische Gründe. Es handelt sich bei ihnen um die drei Nachfolgeinstitute der fünf großen deutschen Privatbanken, die nach 1945 erst entflochten und dann schrittweise wieder reetabliert wurden (Pritzkolet 1954, S. 96 ff.): der Deutschen Bank und der Disconto-Bank, die 1929 fusionierten, der Dresdner und Danat-Bank und der Commerz- und Privatbank (Gossweiler 1975). Vom ökonomischen Kriterium der Größe her ist es allerdings nicht gerechtfertigt, sich auf diese drei zu beschränken.

Die Gruppe *Großbanken* in der Statistik darf folglich nicht mit den großen Banken in der BRD gleichgesetzt werden. Der Marktanteil der *Großbanken* liegt bei den Aktivposten in etwa oder

knapp unter der Höhe des Umsatzteils und nur bei den Einlagen von Nichtbanken, den Beteiligungen und dem Eigenkapital höher (vgl. Tabelle 1).

Darin spiegelt sich allerdings auch wider, daß wichtige Geschäftssparten der *Großbanken*, besonders im Effekten-, im Emissions- und im Auslandsgeschäft, durch die Statistik nicht oder nur unzureichend erfaßt werden. Bei der Erläuterung des Jahresabschlusses für die Deutsche Bank 1983 teilte F. W. Christians mit, daß die Deutsche Bank »insbesondere das nicht bilanzwirksame Geschäft forcieren« wolle (Handelsblatt vom 5. 4. 1984, S. 9). Neben dem mangelnden statistischen Ausweis dieser Geschäftssparten sind es aber vor allem institutionelle Abgrenzungen der Deutschen Bundesbank, die zu einer Unterschätzung der ökonomischen Bedeutung der *Großbanken* führen.

1.2.2 Unterschätzung der Großbanken – Umfang und Einfluß im Bankensektor

Die Bundesbank-Statistik erfaßt inländische Institute ohne Auslandsfilialen und zwar in einer Systematisierung nach den oben genannten Bankengruppen. Die Gruppe der *Großbanken* wird dadurch auf doppelte Weise systematisch unterzeichnet:

Ihre Beteiligungen an anderen Instituten, die anderen Sparten zuzuschlagen sind, fallen ebenso aus der Statistik der *Großbanken* heraus wie ausländische Filialen und Töchter. In den Geschäftsberichten sind dagegen diese Beteiligungen und Filialen ausgewiesen (für die zum Konsolidierungskreis der Obergesellschaft und des Konzerns gehörenden Unternehmen besteht Veröffentlichungspflicht). Bei einer globalen Quantifizierung der Informationsverluste mit Hilfe der Geschäftsberichte der drei Institute ergibt sich, daß die Bilanzsumme allein der drei Konzerne 425 Mrd. DM beträgt, die der Gruppe *Großbanken* in der Statistik der deutschen Bundesbank dagegen rund 222 Mrd. DM, also 203 Mrd. DM oder fast die Hälfte weniger.

Allein die Zahl ausgewählter inländischer Beteiligungen an Banken, Finanzierungs- und Anlagegesellschaften summiert sich für die drei *Großbanken* auf 70 (vgl. im einzelnen Tabelle A1 im Anhang, wo diese Beteiligungen aufgeführt sind). Faßt man die über 25 v. H.-Beteiligungen der drei *Großbanken* an größeren Instituten

zusammen, dann ergeben sich für die Bilanzsumme, die Beschäftigten- und die Geschäftsstellenzahl folgende Größenordnungen:

Übersicht 1 Inländische Beteiligungen der drei Großbanken

	Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerzbank
Bilanzsumme (Mrd. DM)	58 434	47 981	5 124
Geschäftsstellen	109	56	31
Beschäftigte	3 456	2 002	629

Diese Beteiligungen sind aber nicht allein durch ihren quantitativen Umfang von Interesse. Sie setzen die Banken vielmehr instand, über ihren eigenen, nicht unerheblichen Geschäftseinfluß hinaus, ihr Angebot an Dienstleistungen und spezialisierten Geschäften auszudehnen, sich neue Kundenschichten zu erschließen und umgekehrt, sich Zugang zu weiteren Informationen zu verschaffen. Darüber gibt die *spartenmäßige Streuung* der Bankbeteiligungen Aufschluß: Alleine 11 der 25 privaten *Hypothekenbanken* sind im Besitz der drei privaten *Großbanken* oder von ihnen beeinflusst (Münchner). 10 davon zählen dabei zu den 50 größten privaten Banken. Berücksichtigt man noch die Beteiligungen der beiden Bayrischen Großbanken, der Bayrischen Vereinsbank und der Bayrischen Hypothekenbank, die im übrigen traditionell mit der Dresdner verbunden ist (nach Fleischmann/Bellinger/Kerl hält die Dresdner 7% der Aktien), so erhöht sich die Zahl auf 15 (vgl. Tabelle 4). Alle *Hypothekenbanken* hatten 1981 laut Bundesbankstatistik eine Bilanzsumme von 219 956 Mill. DM; davon entfallen auf die im Besitz der drei privaten *Großbanken* befindlichen Hypotheken- und Schiffshypothekenbanken (ohne die Münchner) 47,9%, unter Berücksichtigung der beiden nächstgrößten Privatbanken sogar 66,2% und damit knapp drei Viertel. Wählt man gar die 18 Hypothekenbanken unter den 50 größten privaten Instituten zur Ausgangsbasis, macht der Anteil der im Besitz von drei bzw. fünf *Großbanken* befindlichen Hypothekenbanken 57,3% bzw. 87,5% aus.

Auch bei den *privaten Kreditinstituten mit Sonderaufgaben* handelt es sich überwiegend um gemeinsame Beteiligungen der *Großbanken*, zum Teil um Gemeinschaftsgründungen (Aka und Privatdiskont AG, die beide im Außenhandel tätig sind, und die LiKoBa) (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 4 Hypothekenbanken im Besitz der 3 bzw. 5 größten Privatbanken 1981

Bank	Anteilseigner	Anteil (v. H.)	Bilanzsumme (Mill. DM)
Deutsche Centralbodencredit	Deutsche Bank	84,1	19 689
Frankfurter Hypothekenbank	Deutsche Bank	90,1	22 115
Deutsche Schiffspfandbriefbank	Deutsche Bank	25,3	
Schiffshypothekenbank zu Lübeck	Deutsche Bank	29,0	
Deutsche Hypothekenbank	Dresdner Bank	4,23	1 660
Hypothekenbank in Hamburg	Dresdner Bank	83,9	13 437
Norddeutsche Hypothekenbank	Dresdner Bank	82,4	9 598
Pfälzische Hypothekenbank	Dresdner Bank	57,8	3 908
Rheinische Hypothekenbank	Dresdner Bank	84,1	9 312
Lübecker Hypothekenbank	Commerzbank	93,9	21 270
Münchener Hypothekenbank	Commerz/ Deutsche Bank	25,0 75,0	4 268
	Commerz/ Bayrische Vereinsbank	1,1 1,6	6 755
Drei private Großbanken (mit Münchener Hypothekenbank)			105 257 (112 012)
Württembergische Hypothekenbank	Bayerische Hypothekenbank	75,0	7 807
Westfälische Hypothekenbank	Bayerische Hypothekenbank	75,0	10 776
Süddeutsche Bodencreditbank	Bayerische Vereinsbank	54,0	11 544
Vereinsbank in Nürnberg	Bayerische Vereinsbank	50,0	10 156
Bayerische Handelsbank	Bayerische Vereinsbank	76,0	15 107
Zwei private Großbanken			55 390
Fünf private Großbanken (mit Münchener Hypothekenbank)			160 647 (167 402)
Alle Hypothekenbanken in 1981 in Mill. DM			219 956
Anteil der drei Großbanken in v. H.			47,89
Anteil der fünf Großbanken in v. H.			73,04
Unter den 50 größten privaten Kreditinstituten sind 18 Hypothekenbanken. Ihre Bilanzsumme beträgt in Mill. DM			183 642
Davon sind im Besitz von drei Großbanken in v. H.			57,3
Davon sind im Besitz von fünf Großbanken in v. H.			87,5

Quelle: Geschäftsberichte der fünf Banken (Bilanzsummen: Die Bank 1/1984)

*Tabelle 5 Finanzierungs-, Beteiligungs- und Anlagegesellschaften der fünf privaten Großbanken**

<i>Aka – Ausfuhrkredit Gesellschaft mbH (40 Mill)</i>		<i>Deutsche Wagnisfinanzierungsgesellschaft (30 Mill.)</i>	
Bayerische Vereinsbank	7,9%	Deutsche Bank	14,0%
Bayerische Hypo	4,0%	Dresdner Bank	12,0%
Deutsche Bank	26,8%	Commerzbank	10,0%
Dresdner Bank	17,2%	Bayerische Hypo	4,0%
Commerzbank	12,6%	Bayerische Vereinsb.	3,0%
Zusammen	68,5%	Zusammen	43,0%
<i>GEFA (Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH (1 Mill).</i>		<i>HOSTRA Beteiligungsgesellschaft mbH (51,2 Mill.)</i>	
Deutsche Bank	26,4%	Deutsche Bank	
Dresdner Bank	17,2%	Dresdner Bank	je 33,3%
Commerzbank	12,6%	Commerzbank	
Bayerische Vereinsbank	7,9%	<i>Industriekreditbank</i>	
zusammen	64,1%	Tochter der HOSTRA	
<i>Lombardkasse (6 Mill.)</i>		<i>Liquiditätskonsortialbank</i>	
Deutsche Bank	16,9%	Deutsche Bank	6,1%
Dresdner Bank	11,8%	Dresdner Bank	5,2%
Commerzbank	9,4%	Commerzbank	3,7%
Bayerische Hypo	5,0%	Bayerische Vereinsban.	2,2%
Zusammen	43,1%	Bayer. Hypo	2,0%
<i>Privatdiskont AG (5 Mill.)</i>		Zusammen	19,2%
Deutsche Bank	14,2%	<i>Liquidationskasse für Zeitgeschäfte</i>	
Dresdner Bank	11,4%	Commerzbank 10%	10,0%
Commerzbank	9,0%	Bayerische Hypo	10,0%
Bayerische Vereinsbank	3,6%	Zusammen	20,0%
Zusammen	38,2%		
<i>Allianz Kapitalanlagegesellschaft</i>			
Deutsche Bank			
Dresdner Bank			
Commerzbank	je	8,0%	
Bayerische Vereinsbank			
Bayerische Hypo			
Zusammen	40,0%		
<i>Liquidationskasse in Hamburg</i>			
Deutsche Bank			
Commerzbank			
Zusammen	50,0%		

* in Klammern: Bilanzsumme

Quelle: s. Tabelle A1 im Anhang; eine Darstellung der Institute bei Scheidl 1980.

Bei der Aka hält die Deutsche Bank alleine schon mehr als 25%, die fünf größten privaten Banken zusammen vereinen mehr als zwei Drittel des Kapitals auf sich. Bei der Privatdiskont sind es 38,2%. Schließlich sind die drei *Großbanken* auch an der Industriekreditbank beteiligt, und zwar indirekt über die gemeinsam von allen dreien zu je einem Drittel gehaltene HOSTRA-Beteiligungsgesellschaft, die ihrerseits mit 25% an der Industriekreditbank beteiligt ist. Vier der insgesamt sechzehn Kreditinstitute mit Sonderaufgaben, und damit alle privaten, die unter die 50 größten privaten Banken fallen, sind in der Hand der *Großbanken*. (Wobei das bei der Liquiditäts-Konsortialbank eine qualitativ andere Bedeutung hat, weil sie eine Gemeinschaftsgründung der Banken zur Abwendung von Bankkonkursen darstellt.) Das entspricht 11,2% der Bilanzsumme *aller Kreditinstitute mit Sonderaufgaben* in 1982. Darüber hinaus gibt es gemeinsam gehaltene Finanzierungs-, Beteiligungs- und Anlagegesellschaften der fünf *Großbanken*, die in der Bankenstatistik nicht erfaßt werden, aber ökonomische Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge begründen – über die erwähnte HOSTRA hinaus zum Beispiel die Deutsche Wagnisfinanzierungsgesellschaft (eine venture-capital-Gesellschaft), an der alle fünf Banken einen Anteil von zusammen 43% haben und die Allianz-Kapitalanlagegesellschaft, an der die Banken mit 40% beteiligt sind, sowie verschiedene Wertpapiersammelbanken (Tabelle 5).

Schließlich sind noch Beziehungen und Verflechtungen zu zwei weiteren Bankengruppen der Bundesbankstatistik zu vermuten – nämlich zu den *öffentlichen Kreditanstalten* und zu den *Privatbankiers*.

Die Verflechtung zwischen privaten *Großbanken* und *Privatbankiers* entzieht sich leider einer empirischen Verifikation, weil letztere als Personengesellschaften nicht zur Publizität verpflichtet sind. Die gegenseitige Verbundenheit zieht sich aber wie ein roter Faden durch die Bankliteratur, die die *Privatbankiers* z. T. als flexible Außenstationen der *Großbanken* sehen, zumindest aber von der – ökonomisch unmittelbar einsichtigen – »Anlehnung« der *Privatbankiers* an die *Großbanken* (und zunehmend auch die *Girozentralen*) sprechen (Pritzkolet; Schröder; Gossweiler).

Einen Hinweis auf die Beziehungen der *Großbanken* zu öffentlich-rechtlichen Instituten, die über geschäftliche Gemeinsamkeiten hinausgehen, liefert eine Betrachtung der personellen Verflechtungen der drei *Großbanken* mit anderen Instituten im Bankenbereich in Form der Übernahme von Funktionen als Aufsichtsrats-

Verwaltungs- oder Beiratsmitglied durch Großbankenvertreter bzw. -vorsitzende (vgl. Tabelle A2 im Anhang, die das im einzelnen für die drei Großbanken nachweist).

Insgesamt trat bei den drei *Großbanken* eine Personalverflechtung dieser Art in 83 Fällen auf, wobei in 7 Fällen zwei Banken (Deutsche und Dresdner) und in 3 Fällen alle drei *Großbanken* beteiligt waren. Von diesen 83 Fällen waren 35 oder 42% davon zusätzliche, nicht durch Kapitalbeteiligungen begründete Verflechtungen, die sich vor allem auf Hypothekenbanken, Kassen und staatliche Kreditinstitute bezogen. Alleine sieben betrafen öffentlich-rechtliche Institute, darunter die Kreditanstalt für Wiederaufbau (Deutsche Bank), die Lastenausgleichsbank (Deutsche Bank), die Verkehrskreditbank (Dresdner Bank; das ist die Hausbank der Deutschen Bundesbahn) und die Landeszentralbanken von Rheinland-Pfalz (Deutsche Bank), Bremen und Hessen (Dresdner Bank).

Der tatsächliche Anteil der *Großbanken* am Geschäftsvolumen und anderen relevanten Marktanteilsgrößen der Kreditinstitute liegt daher bei Berücksichtigung der Beteiligungen höher, als es die Bundesbank-Statistik ausweist. Spartenmäßig zeigt sich, daß sie die *Hypothekenbanken* und die *privaten Kreditinstitute mit Sonderaufgaben* beherrschen. Es ist zu vermuten, daß ihr Einfluß noch weiter reicht bis in den öffentlichen-rechtlichen Sektor und die Privatbankiers hinein.

Eine weitere Erhöhung des Marktanteils würde sich bei Einbeziehung der *ausländischen Filialen* ergeben: Die Bundesbankstatistik berücksichtigt die Umsätze der Auslandsfilialen der Kreditinstitute nicht, weist sie allerdings in Spezialerhebungen gesondert aus. Die Orientierung auf Inlandsgeschäfte hat eine größen-spezifisch verzerrende Wirkung, weil die Beteiligung am Auslandsgeschäft unter den Kreditinstituten nicht gleichmäßig verteilt ist.

Umsätze und darauf fußende Gewinne mögen zwar im Ausland erzielt werden, sind aber Mittel inländischer Machtanhäufung im Bankenbereich. Dieses Argument fällt besonders ins Gewicht, weil die Auslandsaktivitäten der Banken in den vergangenen Jahren außerordentlich zugenommen haben (vgl. Tabelle 6).

So liegt das Wachstum des Geschäftsvolumens ohne Auslandsfilialen von 1976 bis 1982 bei 73,4% für alle Kreditinstitute, das Wachstum des Geschäftsvolumens der Auslandsfilialen dagegen liegt bei 391,4%! Für die drei *Großbanken* lauten die entsprechen-

Tabelle 6 *Geschäfte der Auslandsfilialen*

Alle Bankengruppen	1976	1978	1980	1982	Wachstum 1976/82 in v. H.
	– Mill. DM –				
jahresdurchschnittliches Geschäftsvolumen incl. Auslandsfilialen ¹	1 509 527	1 878 942	2 294 582	2 699 658	+ 78,84
jahresdurchschnittliches Geschäftsvolumen ohne Auslandsfilialen ²	1 492 938	1 841 244	2 218 208	2 589 062	+ 73,42
jahresdurchschnittliches Geschäftsvolumen aller Auslandsfilialen	27 063	53 304	90 091	132 980	+ 391,37
<i>Großbanken</i>					
jahresdurchschnittliches Geschäftsvolumen incl. Auslandsfilialen	162 162	218 388	263 727	283 694	+ 74,95
jahresdurchschnittliches Geschäftsvolumen ohne Auslandsfilialen	148 000	190 068	218 276	223 058	+ 50,71
jahresdurchschnittliches Geschäftsvolumen der Auslandsfilialen	14 162	28 320	45 451	60 636	+ 328,16
<i>Anteil der Auslandsfilialen der Großbanken an dem Geschäftsvolumen aller Auslandsfilialen in v. H.</i>					
	50,12	53,13	50,45	45,60	
<i>Anteil der Auslandsfilialen am Gesamtvolumen aller Bankengruppen in v. H.³</i>					
	1,79	2,84	3,93 ⁴	4,93	
<i>Anteil der Auslandsfilialen am gesamten Geschäftsvolumen der Großbanken in v. H.</i>					
	8,7	13,0	17,2	21,4	

Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Statistischer Anhang; ebda, Erträge der Kreditinstitute, lfd. Statistische Beihefte, Reihe 1; eigene Berechnung

den Zuwächse bei 50,7 % bzw. 328,2 %. Die geringere Differenz in den Zuwachsraten ist damit zu erklären, daß der Anteil des Auslandsgeschäfts bei den *Großbanken* traditionell besonders hoch ist: 1976 lag der Anteil des Geschäftes der Auslandsfilialen am Geschäftsvolumen bei allen Kreditinstituten bei 1,8 %, bei den *Großbanken* dagegen bei 8,7 %. Das entsprach der Hälfte des gesamten Geschäftes der Auslandsfilialen aller Kreditinstitute. Der Einstieg der *Girozentralen* und *Zentralkassen* in das Auslandsgeschäft hat die bestimmende Rolle der *Großbanken* nicht erschüttert: ihr Anteil liegt 1982 bei 45,6 %. Die spezifischen Anteile des Geschäftsvolumens der Auslandsfilialen liegen 1982 bei allen Kreditinstituten bei knapp 5,0 % und bei den *Großbanken* bei 21,4 %. Würde man das Geschäftsvolumen der Auslandsfilialen in die Statistik miteinbeziehen, ergäbe sich 1982 für die *Großbanken* ein Anteil von 10,7 % statt der ohne Auslandsfilialen gemessenen 8,6 %.

Die Statistik der Deutschen Bundesbank trägt so ein gut Teil zur Verschleierung der tatsächlichen Bedeutung der *Großbanken* bei: Folgt man nur ihren Angaben ohne Kenntnis über die Zusammenhänge, würde man beispielsweise einen Rückgang des Marktanteils der *Großbanken* beim Kreditvolumen vermuten. Gleichzeitig sind aber die *Hypothekenbanken* Anteilsgewinner; auch die Auslandsfilialen weisen ein Wachstum der Kreditvergabe auf. Mit anderen Worten: das Geschäft mit dem soliden Mittelstand und dem Staat schöpfen die *Großbanken* über ihre Hypothekentöchter ab, während sie ihre eigentlichen Großkunden aus Industrie und Handel über die ausländischen Filialen und Töchter am Eurokapitalmarkt versorgen. Statistisch erscheint so auf den ersten Blick die Expansion der *Großbanken* als ihr genaues Gegenteil!

Anmerkungen zu Tabelle 6

- 1 zuzüglich Postscheckämter und Postsparkassenämter
- 2 entspricht nicht der Differenz der vorhergehenden Positionen, da die Bundesbank im jahresdurchschnittlichen Geschäftsvolumen nicht alle Auslandsfilialen erfaßt (hat).
- 3 keine echte Quote (s. Anm. 2)
- 4 Die Entwicklung muß z. T. statistisch erklärt werden mit dem erstmaligen Einbezug der Auslandsfilialen der Girozentralen ab 1979 in Höhe von ca. 8,9 Mrd. DM in das jahresdurchschnittliche Geschäftsvolumen.

1.2.3 Machtgewinn der Großbanken durch Verflechtungen mit der Wirtschaft

Schließlich wird die ökonomische Macht, die die drei *Großbanken* durch ihre Beziehungen und Verflechtungen zu den anderen Unternehmen der Wirtschaft ausüben, statistisch nicht erfaßt: Nach den Angaben der Monopolkommission waren die drei *Großbanken* 1980 an 19 Unternehmen aus dem Kreis der 100 größten Unternehmen der BRD beteiligt (Monopolkommission, Hauptgutachten IV, Tzf. 434). Nach Erhebung des Projekts »Konkurrenz in Großunternehmen«/Bremen waren sie an 32 Unternehmen aus dem Kreis der 200 größten Industrie-, der 50 größten Handels- und der 20 größten Dienstleistungsunternehmen beteiligt. Dabei sind indirekte Beteiligungen mit berücksichtigt worden. Die Zahl der Beteiligungsfälle, die den Intensitätsgrad der Beteiligungen charakterisiert, lag bei 48 (alle Angaben vgl. Tabellen 7–9). Sie trugen damit den wesentlichen Anteil der Bankbeteiligungen insgesamt.

Diese Beteiligungen konzentrieren sich auf besonders einflußreiche Unternehmen, darunter z. B.:

Deutsche Bank:

Daimler Benz	Norddeutsche Affinerie
AEG	Nixdorf AG
Metallgesellschaft	MTU
Philipp Holzmann	Hapag-Lloyd-AG
VEW AG	Karstadt AG
Continental AG	Horten AG

Dresdner Bank:

Daimler-Benz	DUB Schultheiß
AEG	Hapag Lloyd
Metallgesellschaft	DER-Reisebüro

Commerzbank:

Daimler Benz	Kabel- und Metallwerke GHH
GHH	Karstadt AG
MAN	Horten AG
Hochtief AG	Ferrostaal
Sachs AG	

Tabelle 7 Direkte und indirekte Beteiligungen der Banken an den 200 größten Industrieunternehmen der BRD 1981

Bank	Zahl der Beteiligungsfälle ¹ auf:				Zahl der Beteiligungsunternehmen ² auf			
	Eigner- stufe 1	Eigner- stufe 2	Eigner- stufe 3	insgesamt	Eigner- stufe 1	Eigner- stufe 2	Eigner- stufe 3	insgesamt
Alle Banken	15	19	15	49	13	15	10	31
Deutsche Bank	6	4	4	14	6	4	4	13
Dresdner Bank	3	6	4	13	3	6	4	11
Commerzbank	1	3	4	8	1	3	4	7
Großbanken	10	13	12	35	10	10	9	25
Übrige Banken	5	6	3	14	5	5	3	13

Anmerkungen: Eignerstufe 1 = Direkte Beteiligung, Eignerstufe 2 = Indirekte Beteiligungen 1. Grades, Eignerstufe 3 = Indirekte Beteiligungen 2. Grades

1 Nur Beteiligungsfälle in der Größenordnung von 10% und mehr

2 Alle mehrfachen Beteiligungsfälle an einem Unternehmen wurden eliminiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Tabelle A3 im Anhang

Tabelle 8 Direkte und indirekte Beteiligungen der Banken an den 50 größten Handelsunternehmen der BRD

1981	Zahl der Beteiligungsfälle auf				insgesamt	Zahl der Beteiligungsunternehmen ¹ auf			
	Eigner- stufe 1	Eigner- stufe 2	Eigner- stufe 3			Eigner- stufe 1	Eigner- stufe 2	Eigner- stufe 3	insgesamt
Alle Banken	4	2	1	7	3	1	1	5	
Deutsche Bank	1	1	—	2	1	1	—	2	
Dresdner Bank	—	—	—	—	—	—	—	—	
Commerzbank	1	1	1	3	1	1	1	3	
Großbanken	2	2	1	5	1	1	1	3	
Sonstige Banken	2	—	—	2	2	—	—	2	

1 Alle Mehrfachbeteiligungen an einem Unternehmen wurden eliminiert.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Tabelle A4 im Anhang

Tabelle 9 Direkte u. indirekte Beteiligungen d. Banken an d. 20 größten Dienstleistungsunternehmen d. BRD

1981	Zahl der Beteiligungsfälle auf					insgesamt	Zahl der Beteiligungsunternehmen ¹ auf			
	Eigner- stufe 1	Eigner- stufe 2	Eigner- stufe 3	Eigner- stufe 4			Eigner- stufe 1	Eigner- stufe 2	Eigner- stufe 3	Eigner- stufe 4
Alle Banken	2	8	7	10	27	1	3	2	2	4
Deutsche Bank	1	3	3	4	11	1	3	2	2	4
Dresdner Bank	1	2	3	3	9	1	2	2	2	3
Commerzbank	—	1	—	1	2	—	1	—	1	2
Großbanken	2	6	6	8	22	1	3	2	2	4
Sonstige Banken	—	2	1	2	5	—	2	1	2	2

1 Alle Mehrfachbeteiligungen an einem Unternehmen wurden eliminiert.

Quelle: Eigene Berechnung nach Tabelle A5 im Anhang

Bei diesen Beteiligungen an großen Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen argumentieren die Banken in der Regel, sie seien nur vorübergehender Natur und würden überwiegend gehalten, um sie bei günstiger Gelegenheit auf dem Kapitalmarkt zu placieren (Bankenstrukturkommission). Dagegen spricht jedoch, daß z. B. die Beteiligungen an Daimler, Holzmann, Karstadt und Horten oder an der Metallgesellschaft schon für 1966 in der Wettbewerbsquote über die Untersuchung der Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe genannt werden (Huffschild 1969, S. 85).

Zur Begründung der zahlreichen *Aufsichtsratsmandate* der Banken berufen sich die Banken auf den Sachverstand ihrer Vertreter. Mit einer Ausnahme werden 1981/82 bei allen 25 größten Industrieunternehmen Mandate von Bankenvertretern wahrgenommen. Von diesen 55 Mandaten entfallen 40 oder fast drei Viertel auf die Gruppe der *Großbanken*, darunter alleine mehr als ein Drittel auf die Deutsche Bank (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10 Aufsichtsratsmandate der Banken bei den 25 größten Industrieunternehmen der BRD 1981/82

Bank	Unternehmen ¹	Aufsichtsratsmandate davon: Vorsitz – absolut –		Aufsichtsratsmandate davon: Vorsitz – in Prozent –	
Alle Banken	24	55	10	100,0	100,0
Deutsche Bank	18	19	6	34,5	60,0
Dresdner Bank	13	14	2	25,5	20,0
Commerzbank	7	7	–	12,7	–
Großbanken	24	40	8	72,7	80,0
Sonstige Banken	11	15	2	27,3	20,0

Anmerkungen: 1 Anzahl der Unternehmen, in deren Aufsichtsrat die jeweilige(n) Bank(en) vertreten ist(sind).

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Tabelle A6 im Anhang

Nach den Berechnungen der Monopolkommission wurden 1974 bei den 100 größten Aktiengesellschaften 179 Mandate (= 15%) von Kreditinstituten wahrgenommen, darunter 102 von den *Großbanken*. Anders ausgedrückt bedeutet das, daß in 75 Aufsichtsräten von den 100 größten Aktiengesellschaften mindestens ein Kreditinstitut einen oder mehrere Vertreter sandte, davon die drei *Großbanken* in 56 Unternehmen. Die Deutsche Bank war alleine in 48

Unternehmen vertreten (Monopolkommission, Hauptgutachten 1976/77, S. 300f.).

Die Besetzung von Aufsichtsratsposten mit Bankvertretern ist also ein Teil der Geschäftspolitik der Banken. Diese Personalstrategie ist im Zusammenhang damit zu sehen, daß die Unternehmen ihre Investitionen nicht alleine aus dem Gewinn finanzieren, sondern auf Kredite und Emissionshilfen der Banken angewiesen sind. Präsenz im Aufsichtsrat bedeutet daher nicht allein Beratung des betreffenden Unternehmens, sondern Informationen über den Kreditnehmer und dessen Wettbewerbssituation und die Möglichkeit der Beeinflussung der Unternehmenspolitik im Sinne der Rentabilitäts- und Sicherheitsinteressen der Bank.

Tabelle 11 Anteile der Banken an der Stimmrechtsvertretung auf den Hauptversammlungen von 74 börsennotierten Großunternehmen 1974/75

Bank	Durchschnittlicher Stimmrechtsanteil insgesamt ¹ in v. H.		In v. H. der Stimmrechtsanteile der Banken	
	aufgrund: Vollmacht	Vollmacht u. Eigenbesitz	Vollmacht	Vollmacht u. Eigenbesitz
Alle Banken	46,4	56,6	100,0	100,0
Deutsche Bank	11,2	18,6	24,1	32,9
Dresdner Bank	10,8	11,8	23,3	20,8
Commerzbank	3,5	4,5	7,5	8,0
Großbanken ²	25,5	34,9	54,9	61,7
3 große Regionalbanken ^{2,3}	4,4	5,0	9,5	8,8
Sparkassen/ Girozentralen ²	4,3	4,6	9,3	8,1
Genossenschaftsbanken ²	0,9	0,9	1,9	1,5
Sonstige Banken ²	10,9	11,2	23,5	19,8
Nichtbanken	6,5	43,4	-	-

1 Durchschnittlicher Stimmrechtsanteil auf den Hauptversammlungen der 74 börsennotierten Großunternehmen

2 Nach zusammengerechneten Stimmrechtsanteilen

3 Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Bank für Gemeinwirtschaft

Quelle: BMF (Hrsg.), Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft, Bericht der Studienkommission, Tabelle 12, S. 439

Diese Möglichkeiten werden noch vervielfältigt durch das *Depotstimmrecht*. Depotstimmrecht bedeutet, daß die Banken die in ihren

Depots liegenden Aktien – mehr als die Hälfte des Gesamtumsatzes an Aktien – nicht nur technisch verwalten, sondern auch rechtlich vertreten und – bei einer entsprechenden Vollmacht, die in der Regel erteilt wird – das Stimmrecht ausüben können. Die neuesten Angaben dazu finden sich in den Erhebungen der Bankenstrukturkommission aus den Jahren 1974/75 (Tabelle 11). Danach hatten die Banken bei den Hauptversammlungen von 74 börsennotierten Großunternehmen einen durchschnittlichen Stimmrechtsanteil von 56,6%. (Depot und Eigenbesitz zusammen). Mit mehr als einem Drittel nahmen wiederum die *Großbanken* den größten Teil dieser Stimmrechte wahr.

1.3 Macht und Einfluß der Großbanken

Für eine Einschätzung der Rolle der *Großbanken* ergibt sich also:

1. Der Kampf um Marktanteile zwischen den einzelnen Institutgruppen hat zu einer Erhöhung der inneren Konzentration des Bankensektors geführt. Im Verein mit dem gewachsenen Umfang der Bankgeschäfte führt das zu einer erhöhten wirtschaftlichen Macht des Sektors insgesamt. Unter den Sektoren ist der relativ höchste Konzentrationsgrad bei den *Kreditbanken* anzutreffen, die ihren Vorsprung trotz erheblicher Zentralisation in den anderen beiden Gruppen aufrechterhielten.

2. Innerhalb der *Kreditbanken* haben die *Großbanken* ein ganz besonderes Gewicht; sowohl gemessen an ihrem quantitativen Geschäftsumfang als auch gemessen an der Breite ihres Angebots wird diese Gruppe statistisch systematisch unterschätzt. Ihre Marktmacht ist damit erheblich größer, als es die Bundesbankstatistik auf den ersten Blick ausweist.

3. Ihre tatsächliche ökonomische Macht spiegelt sich z. T. wider in ihrem überdurchschnittlichen Anteil an Beteiligungen, an personellen Verflechtungen und im Depotstimmrecht des Bankensektors insgesamt gegenüber der übrigen Wirtschaft. Diese Beteiligungen und Verflechtungen konzentrieren sich dabei auf die größten Unternehmen der Bundesrepublik.

Mit andern Worten: Das ökonomische Gewicht der *Großbanken* innerhalb des Bankensektors wie gegenüber der Wirtschaft ist beträchtlich: fast möchte man sagen, es ist kein Gegenbeweis, son-

dern Folge ihrer Macht, daß sie in Relation zu ihrem wirklichen Einfluß so klein erscheinen!

Dabei ist aber ihre tatsächliche Einflußnahme mit diesen Angaben nur der Möglichkeit nach umrissen: Die Quelle ihrer Macht liegt in ihrer Funktion als Kreditgeber. Die rechtliche und ökonomische Ausgangssituation für Kreditgeber und Kreditnehmer ist ungleich: ökonomisch, weil die einzelne Bank in der Regel über ein bestimmtes Kreditvergabevolumen verfügt, das unter den verschiedenen Kunden breit gestreut ist, während für den Kreditnehmer die Situation gerade umgekehrt beschaffen ist; rechtlich, weil das ›Gesetz über das Kreditwesen‹ (KWG) der kreditgebenden Bank die Möglichkeit einräumt bzw. sogar zuweist, Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens zu nehmen. Selbst Eingriffe in die Unternehmensführung sind zur Sicherung von Forderungen rechtlich zulässig.

Diese ungleiche Machtverteilung wird vervielfacht durch das Universalbanksystem. Aus der Kombination der Kreditgeschäfte mit Effektenkommissionsgeschäften entsteht eine zusätzliche Abhängigkeit des Unternehmens von der Anlagepolitik der Bank. Bei entsprechendem Volumen der Kredite kann diese Abhängigkeit durchaus gegenseitig sein, denn das Machtverhältnis zwischen Bank und Unternehmen als Kreditnehmer bemißt sich nach der Größe der Kredite, der Bonität der Kunden, den Finanzierungsalternativen der Kunden und der Lage am Kreditmarkt.

Diese Bedingungen sind aber ganz unterschiedlich, v. a. in bezug auf die Unternehmensgröße, aber auch auf die Branche, in der das Unternehmen hauptsächlich angesiedelt ist:

- Je kleiner der einzelne Kredit, desto geringer das Interesse der Bank,
- je solider der Kunde, desto begehrt ist er für die Bank,
- mit der Größe des Kunden wachsen die Finanzierungsalternativen,
- schließlich greifen die Benachteiligungen kleinerer Kunden umso mehr, je ungünstiger die allgemeine Lage am Kreditmarkt ist.

Wo es um den eigentlichen Kern ökonomischer Macht geht, bei den industriellen Großunternehmen, sind die Banken auch auf die Unternehmen angewiesen. Dies gilt auch bei zwei Finanzierungsalternativen, die für Großunternehmen bestehen und häufig unter dem Gesichtspunkt der relativen Entmachtung der Banken diskutiert werden: Selbstfinanzierung bzw. Versorgung mit Liquidität

an ausländischen Kapitalmärkten. Sie sind in dem Fall keine Schwächung des Bankeneinflusses, wenn man sie als Resultat bankpolitischer Anstrengungen begreift: Sollte es sich z. B. empirisch bestätigen, daß bestimmte Formen der Wirtschaftspolitik (verstärkte Steuersubventionen ab Mitte der 70er Jahre, die sich inzwischen auf MRD. DM aufgeschätzt haben, als Grundlage der Selbstfinanzierung) oder bestimmte Richtungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die verstärkte Exportorientierung der BRD-Industrie im Verein mit der Förderung des technologischen Fortschritts durch venture capital etc.) auch auf den politischen und wirtschaftlichen Einfluß der Banken zurückgehen, aber ebenso auf den bestimmter Großunternehmen, dann sind sie nicht ein Gegengewicht gegen den Bankeneinfluß, sondern Ausdruck und Folge des *gemeinsamen* Einflusses bestimmter Finanzgruppen.

Aber nicht allein die Größe des Kunden ist ausschlaggebend, auch die betroffene Branche spielt eine Rolle: so nimmt z. B. in von Strukturkrisen betroffenen Bereichen wie Stahl die Kreditaufnahme und die Zinsbelastung deutlich zu, auch bei Großunternehmen, ihre Abhängigkeit von den Banken wächst damit und räumt ihnen einen Einfluß ein, der strukturgestaltend auf die Volkswirtschaft wirken kann.

Es ist späteren Arbeitsschritten vorbehalten, diesen Zusammenhängen im Detail nachzuspüren. In diesem Beitrag hier wurde nur eine erste Grundlegung für möglicherweise darauf fußende Arbeiten über die Macht der Großbanken vorgestellt, die das Arbeiten mit dem statistischen Material auf realistische Grundlagen stellt und Schritte der weiteren Untersuchung aufzeigt.

2. Gewinne der Banken: Entwicklung und Verschleierung

2.1 Methoden der Verschleierung

In den vergangenen drei Jahren ziehen die Banken verstärkt das öffentliche Interesse auf sich. Mitten in der schwersten Krise der BRD-Wirtschaft erzielten mehrere große Banken die höchsten Betriebsergebnisse ihrer Geschichte nach dem 2. Weltkrieg. Auch für 1983 werden schon wieder Rekordergebnisse gemeldet. Im selben Atemzug wird allerdings regelmäßig auf die Notwendigkeit einer hohen Risikovorsorge hingewiesen.

Für den externen Betrachter sind sowohl die Gewinnmeldungen als auch die Risikowarnungen nicht überprüfbar: Die Banken werden zwar überwiegend als Kapitalgesellschaften geführt und sind insofern zur Veröffentlichung ihrer Jahresabschlüsse durch das Aktiengesetz verpflichtet. Daneben unterliegen sie dem Kreditwesengesetz (KWG), das sie gegenüber der Deutschen Bundesbank berichtspflichtig macht. Aufgrund der Besonderheiten ihres Geschäftes, das auf das Vertrauen des Publikums angewiesen ist, ist aber ihre Publizitätspflicht eingeschränkt. Vertrauen läßt sich grundsätzlich auf zwei Wegen herstellen: 1. durch Transparenz der Geschäftspolitik, Aufklärung der Benutzer und gemeinsame, demokratische Entscheidungsprozesse durch Vorstand und Beschäftigte im Rahmen einer qualifizierten Mitbestimmung oder 2. durch eine – echte oder vorgespiegelte – erfolgreiche, ertragswirksame und kontinuierliche Geschäftspolitik »wie im Bilderbuch«. Das KWG hat den zweiten Weg für den richtigen befunden. Dabei wären die Erfahrungen mit dem großen Bankenkrach in der Weltwirtschaftskrise von 1929, mit der Finanzierung und Unterstützung des Faschismus und des 2. Weltkrieges durch die Großbanken Anlaß genug gewesen, die Offenlegung des Finanzgebarens der privaten Banken zu fordern.

Das Gegenteil ist der Fall. Die an sich schon an der Gewinnlätung orientierten Vorschriften des Aktiengesetzes werden durch das KWG für die Banken gerade in denjenigen Punkten außer Kraft gesetzt, bei denen es um eine gewisse ökonomische Einsicht

geht (Bruttoprinzip), und dort noch gelockert, wo bereits Spielräume zur Manipulation vorliegen. Die Möglichkeiten zur überdurchschnittlichen legalen Verschleierung des Gewinnausweises trifft zusammen mit einer weiteren Bestimmung, die bei den Banken besonders Gewicht hat: dem ungewissen Kreditrisiko. Die Fristen für Ausleihungen müssen nicht nach Restlaufzeit, sondern nach der Gesamtlaufzeit ausgewiesen werden. Die Folge ist, daß man diese Position in der stichtagsbezogenen Bankbilanz nicht einschätzen kann: Sind die dort aufgeführten Positionen am nächsten Tag fällig? Sind sie breit gestreut? Auf welche Länder, Kreditnehmer beziehen sie sich? Das Risiko wäre je nachdem ganz verschieden einzuschätzen.

Die Gewinnverschleierung selber findet im wesentlichen auf zwei Ebenen statt: der potentiellen Unterbewertung des Vermögens in der Bilanz und der Verringerung (oder Erhöhung) des Erfolgsausweises durch die Gewinn- und Verlustrechnung.

1. Im Unterschied zu Industrie- und Handelsunternehmen bilden die verschiedenen Arten der Forderungen den Schwerpunkt der Bank-Aktiva; sie zählen generell zum Umlaufvermögen. Das Umlaufvermögen unterliegt prinzipiell nach § 155 Abs. 2 AktGes. dem sog. »Niederstwertprinzip«: von mehreren möglichen Wertansätzen muß der niederste angesetzt werden (zum Vergleich: bei dem gemilderten Niederstwertprinzip nur dann, wenn es sich allem Anschein nach um eine dauerhafte Wertminderung handelt); zweifelhafte Forderungen sind nach ihrem »wahrscheinlichen Wert« anzusetzen. Für akut gewordene spezifische Risiken bei Kapital- und Zinsforderungen sind Einzelwertberichtigungen zu bilden, die aktivisch abgesetzt werden müssen (d. h., die Bilanzposition »Forderungen« wird um diesen Betrag gekürzt) und für latent vorhandene Risiken, die im einzelnen nicht belegt werden können (z. B. Länderrisiko), müssen Sammelwertberichtigungen gebildet werden. Dieselben Bestimmungen gelten auch für *Wertpapiere*, bei denen keine Beteiligungsabsicht vorliegt. Die entsprechende Standardformulierung für Aktienpakete an Industrieunternehmen, die unter der Position *Wertpapiere* in der Regel verbucht werden, lautet (am Beispiel des Geschäftsberichts 1982 der Deutschen Bank): »Die in dieser Position (Wertpapiere) enthaltenen Aktienpakete von branchenfremden Unternehmen halten wir als Vermögensanlage ohne Beteiligungsabsicht und unternehmerische Einflußnahme.« Die Beteiligungen müssen dem Betrag nach angegeben werden, wenn sie 10% des Grundkapitals der betreffenden

Gesellschaft übersteigen; sie sind meldepflichtig ab einem Anteil von 25 % (§ 20 AktGes). Von 2327 Mill. DM Wertpapieren im Bestand der Deutschen Bank AG waren 1982 mehr als die Hälfte (1190 Mill. DM) Aktienpakete von über 10 % (fast ausschließlich Aktienpakete über 25 %).

Der tatsächliche Besitz an Industriebeteiligungen ist noch größer, als er darin zum Ausdruck kommt: Auch in der Bilanzposition »Sonstige Vermögensgegenstände« werden »Anteilsrechte ohne Beteiligungscharakter« verbucht. Darunter fallen die Vorschaltgesellschaften der Banken, die sie gemeinsam mit anderen Gesellschaften halten. Die Deutsche Bank z. B. führt dort folgende Gesellschaften mit entsprechenden Beteiligungen auf:

Vorschaltgesellschaft	hält Aktienanteile von mindestens 25 % an:
Allgemeine Verwaltungsgesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, München – unser Anteil 25 %	Metallgesellschaft AG, Frankfurt am Main
Consortia Versicherungs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main – unser Anteil 25 % –	Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg
Deutsche Gesellschaft für Anlageverwaltung mbH, Frankfurt am Main – unser Anteil 75 % –	Horten AG, Düsseldorf-Niederkassel
Energie-Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Düsseldorf – unser Anteil 25 % –	Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund
Gesellschaft für Elektrowerte mbH, Frankfurt am Main – unser Anteil 20 % –	Olympia Werke AG, Wilhelmshaven
Groga Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main – unser Anteil 50 % –	Leonische Drahtwerke AG, Nürnberg
Kistra Beteiligungsgesellschaft bmH, Frankfurt am Main – unser Anteil 75 % –	Hutschenreuther AG, Selb (Bay.)
Roßma Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main – unser Anteil 60 % –	Didier-Werke AG, Wiesbaden

Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bank 1982, S. 58.

Durch die Einstellung in die Position »Wertpapiere« werden diese Beteiligungen dem Umlaufvermögen zugeordnet und unterliegen damit ebenfalls dem strengen Niederstwertprinzip. (In der Position »Beteiligungen« werden dagegen überwiegend – bei der Deutschen Bank AG z. B. zu 80% – Beteiligungen an Banken ausgewiesen.)

Über diese Möglichkeit hinaus räumt das KWG in § 26a Abs. 1 den Banken (Aktiengesellschaften und KGaA) für die Bewertung von Forderungen und Wertpapieren zusätzlich die Möglichkeit ein, diese Untergrenzen noch weiter zu unterschreiten: Sie können zu einem »niedrigeren als dem nach § 155 AktGes vorgeschriebenen oder zugelassenen Wert« angesetzt werden, »soweit dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute notwendig ist«. Größer kann der Spielraum für unternehmerische Bewertungsfreiheiten kaum noch gestaltet werden!

2. Die dadurch erzeugte systematische Unterbewertung des Bankvermögens in der Bilanz findet ihre Entsprechung in der Manipulation des Gewinnausweises durch die Gewinn & Verlustrechnung: Erstens müssen Bewertungs- und Abschreibungsmethoden für das Umlaufvermögen – im Unterschied zur Bilanzierung bei anderen Aktiengesellschaften – nicht ausgewiesen werden; nicht einmal ein Wechsel der Methode; zweitens wird die bilanztechnische Voraussetzung für die unsichtbare Legung von Stillen Reserven bzw. deren Auflösung geschaffen: Aufwendungen und Erträge im Kredit- und im Wertpapiergeschäft dürfen miteinander saldiert werden.

Diese Rechnung wird innerhalb des sogenannten »außerordentlichen« Ergebnisses vorgenommen. Es setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

Außerordentliches Ergebnis

Erträge

- Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft
- Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

Aufwendungen

- Sonstige Aufwendungen
- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Erträge

- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil
- Erträge aus Verlustübernahme
- Erträge aus Warenverkehr und Nebenbetrieben
- Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft der Hypothekenbanken

Aufwendungen

- Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen
- Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil
- Aufwendungen aus Verlustübernahme
- Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- und eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne
- Einmalige Aufwendungen aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft der Hypothekenbanken

»Andere« Erträge sind damit alle Erträge, die einem anderen Ertragsposten nicht zugeordnet werden können (nach der offiziellen Definition). Darunter fallen besonders diejenigen aus dem Wertpapiereigenhandel, der eine wesentliche Geschäftssparte darstellt. *Rückstellungen und Sonderposten mit Rücklageanteil* sind steuerlich ermöglichte Rücklagen der Unternehmen, die bei Entfall des ursprünglichen Anlasses wieder ertragswirksam aufgelöst werden. In voller Höhe gilt das allerdings nur für die Rückstellungen, und auch das ist zu relativieren, denn die Anlässe für ihre Neu-Bildung sind sehr zahlreich. Bei den Sonderposten geht die Bilanzgesetzgebung von vorneherein davon aus, daß sie z. T. Gewinnverwendung darstellen und entsprechend auch als Rücklage erhalten bleiben können. Das hindert sie allerdings nicht, sie steuerlich bei ihrer Bildung in voller Höhe als Aufwand anzuerkennen! Beide Posten sollen der Bilanzglättung und -kontinuität dienen. *Sonstige Aufwendungen* werden ebenso negativ abgegrenzt wie Andere Erträge. Hinsichtlich der Gewinnverschleierung verbirgt sich hinter ihnen aber weniger; nämlich Aufwendungen für sonstige soziale Leistungen, Verluste aus Veräußerung von Vermögen und – nichtbankgeschäftlichen Umsätzen sowie Kassenfehlbeträge.

Die gegenseitige Kompensation ist eingeräumt für die G & V-Posten: »Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft« bei den Aufwendungen und »Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft« bei den Erträgen. Einmal werden dadurch Erträge und Aufwendungen aus Bewertungsänderungen in ganz verschied-

denen Geschäftssparten zusammengefaßt. Zum andern darf diese Kompensation zusätzlich noch überkreuz vorgenommen werden zwischen Aufwands- und Ertragsposten. In die Position »Andere Erträge« werden damit im wesentlichen nur noch diejenigen Erträge aus höherer Bewertung oder aus dem Eingang ganz oder teilweise abgeschriebener Forderungen bzw. aus höherer Bewertung oder aber dem Abgang von Wertpapieren und aus der Auflösung von Rückstellungen eingestellt, die *nicht* mit den genannten Aufwendungen verrechnet wurden (§ 4 der Verordnung über Formblätter für die Gliederung des Jahresabschlusses von Kreditinstituten). Besonders der Wertpapiereigenhandel wird dadurch bilanzpolitisch gemindert. Nicht kompensierbar sind nur einige kleinere Positionen, die darin enthalten sind wie z. B. zurückerstattete Steuern, Erträge aus nicht-bankgeschäftlichem Umsatz und aus Abgängen oder Zuschreibungen im Anlagevermögen.

Es wäre also bspw. denkbar (Beispiele nach Mattes, S. 566 f.), bei Kursverfall bestimmter Wertpapiere:

- den Abschreibungsbedarf für diese Wertpapiere mit Kursgewinnen aus dem Verkauf anderer Wertpapiere zu saldieren (gegebenenfalls mit Rückkaufabsicht im nächsten Geschäftsjahr!),
- abzuschreibende Wertpapierposten vom Umlauf- ins Anlagevermögen umzuwidmen, so daß nur noch nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet werden muß (Deutsche Bank 1973),
- von der Einzel- auf die Durchschnittsbewertung zu wechseln oder die noch niedrigeren Bewertungsmöglichkeiten nach § 26a auszunutzen, bspw. so:

Im Bestand seien Wertpapiere verschiedener Art:

100 Aktien à Buchwert von 90,00 DM pro Stück	- Kurswert 90,00 DM
200 Aktien à Buchwert von 400,00 DM pro Stück	- Kurswert 300,00 DM

Bei Einzelbewertung nach dem Niederstwertprinzip entsteht ein Abschreibungsbedarf von 20 000,- DM (100,- DM pro Stück für die Aktien B).

Anders bei Durchschnittsbewertung:

100 Aktien à Buchwert 90,00 DM pro Stück =	9 000 DM
200 Aktien à Buchwert 400,00 DM pro Stück =	80 000 DM
300 Aktien à Buchwert 296,67 DM pro Stück =	89 000 DM

Der Durchschnitts-Buchwert liegt dann unter dem Kurswert der B-Aktien von 300,- DM: Es liegt kein Abschreibungsbedarf vor! Im umgekehrten Fall, wenn die Bank es für opportun hält, Abschreibungen vorzunehmen,

um Erträge zu kompensieren, ist ihr die Möglichkeit gegeben, die Bewertung auch nach dem niedrigsten Kurs durchzuführen:

100 Aktien à Buchwert 90,00 DM pro Stück =	9 000 DM
200 Aktien à Buchwert 400,00 DM pro Stück =	80 000 DM
300 Aktien à Buchwert 90,00 DM pro Stück =	27 000 DM

Der Buchwert liegt dann bei 27 000 DM statt bei 89 000 DM, der Abschreibungsbedarf erhöht sich auf 62 000 DM statt der 20 000 DM in Beispiel 1. Außerdem könnte noch eine Pauschalabwertung vorgenommen werden.

Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß diese und noch mehr Möglichkeiten 1973 und während der Hochzinsphase 1979 bis 1981 angewandt wurden, um die doppelt negativen Wirkungen der anhaltenden Hochzinsphase – relative Zinsverluste in den Beständen an festverzinslichen Wertpapieren gemessen am Marktzins und relativer Kursverfall der Wertpapiere wegen des Zinsanstiegs – bilanztechnisch auszugleichen und die vielbeschworene Risikovorsorge und die vertrauensbildenden Maßnahmen zu pflegen. Das Handelsblatt gab 1982 die Faustregel an: »Je mehr als Aufwand saldiert ist und je weniger per Saldo als Ertrag ausgewiesen wird, desto besser hat die Bank verdient.« (6./7. 8. 82)

3. Schließlich eröffnet das Aktiengesetz den Banken wie anderen Konzernen auch noch weitere Möglichkeiten der Bilanzmanipulation durch die Konzernrechnungslegung. In einen Konzernabschluß einbezogen werden in der Regel Konzernunternehmen mit Sitz im Inland, an dem die Mutter zu mehr als der Hälfte beteiligt ist und die einer einheitlichen Leitung von Konzernmutter und -tochter unterstehen. Das letztgenannte Kriterium wird von den Banken so eng ausgelegt, daß nur Unternehmen vergleichbarer oder gleicher Geschäftssparten als Töchter angesehen werden (außer Kreditinstituten noch Leasing-, Factoring-, Franchising-, Vermögens-, Grundstücks- oder Fondsverwaltungsgesellschaften etc.); Industrie- und Handelsunternehmen werden so gut wie nie konsolidiert. Fakultativ ist die Einbeziehung ausländischer Töchter und derjenigen inländischen Unternehmen, die für die Konzernmutter nur geringe Bedeutung haben. Die Interpretationsspielräume des Aktiengesetzes lassen damit eine weitere Verschleierung von Informationen zu (vgl. Kollhöfer, S. 678 ff.). Des weiteren müssen für den Konzernabschluß alle innerkonzernlichen Beziehungen eliminiert werden, weil sonst die Bilanz um alle

Geschäfte auf Gegenseitigkeit künstlich aufgebläht würde. Bei den Banken bezieht sich das auf das Eigenkapital, die Schulden (Forderungen und Verbindlichkeiten) und die Zwischengewinne. Das Eigenkapital wird nach der »deutschen Kapitalkonsolidierungsmethode« aufgerechnet: Zu jedem Bilanzstichtag wird der Beteiligungsbuchwert in der Obergesellschaft dem Eigenkapital und den offenen Rücklagen der Tochter gegenübergestellt; Überschüsse der Töchter werden den Rücklagen zugeschlagen, Minderbewertungen durch einen aktiven Ausgleichsposten in der konsolidierten Bilanz berücksichtigt und umgekehrt. Allerdings können bei mehreren Töchtern aktive bzw. passive Ausgleichsposten saldiert werden. Analog gilt auch für die anderen Konsolidierungsschritte, daß Aufwendungen aus Geschäften mit Konzerngesellschaften bei der einen Tochter mit entsprechenden Erträgen der anderen konsolidiert werden. Es tritt also wiederum ein Informationsverlust ein, der nicht gering veranschlagt werden darf: Schulden entstehen ja nicht allein bei den Positionen Forderungen und Verbindlichkeiten, sondern in der Bankbilanz auch bei ausstehenden Einlagen, Anleihen und Schuldverschreibungen, bei Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen, Wechselgeschäften, Bürgschaften und Garantien.

Mithilfe dieser Rechnungslegungsvorschriften wird aber nicht allein und nicht einmal in erster Linie Bilanzkosmetik getrieben, sondern vor allem Politik gemacht. Insbesondere der Grundsatz I, der die Kreditvergabe der Banken auf das 18fache ihres Eigenkapitals beschränkt (allerdings werden bestimmte Kredite nicht in Rechnung gestellt), wird mit ihrer Hilfe umgangen. Gewinnverschiebungen nach Luxemburg (z. B. Commerzbank 1980) und das Aufbauen von Kredittürmen weit über das 18fache hinaus mit Hilfe der ausländischen Töchter sind Gegenstand langjähriger Kontroversen zwischen Banken und Bundesaufsichtsamt und Regierung. Nach Angaben des BMFi beträgt die Relation der Buchwerte von Beteiligungen und Immobilien Ende 1980 zum haftenden Eigenkapital bei den Großbanken bspw. 80%, im Sparkassen-sektor 59% und im Kreditgenossenschaftssektor 51%; bei einer Konsolidierung der Auslandstöchter würden sich diese Relationen erhöhen auf 114% bei den Großbanken, 70% bei den Sparkassen und 60% bei den Kreditgenossenschaften. Ein Krediturm entsteht durch Mehrfachausnutzung des haftenden Eigenkapitals:

Selbst wenn sich alle drei Banken an den Grundsatz I hielten, würde damit ein Vielfaches des haftenden Eigenkapitals ausgelie-

Bank A (die Mutter)

Kredite	5300	5150	Einlagen	5300:300 = 18
Beteiligung an Bank B	150	300	haftendes Eigenkapital	
Bilanzsumme (BS)	5450	5450	Bilanzsumme (BS)	

Bank B (1. Tochter)

Kredite	3600	3500	Einlagen	3600:200 = 18
Beteiligung an Bank C	100	200	Haftendes Eigenkapital	
BS	3700	3700	BS	

Bank C (2. Tochter)

Kredite	2700	2550	Einlagen	2700:150 = 18
		150	Haftendes Eigenkapital	
BS	2700	2700	BS	

hen werden. Berücksichtigt man allerdings die Eigentumsverhältnisse, dann hält die Bank A die Mehrheit an B, diese an C; sie stellen eine ökonomische Einheit dar. Die Summe der Kredite beträgt 11 600,- gemessen am haftenden Eigenkapital der Banken (400), ist damit nicht allein das 18fache, sondern das 29fache des Eigenkapitals ausgeliehen worden. Dieses Verfahren ist gang und gäbe bei den Banken; selbst die kleinen Privatbankiers verfügen alle über Niederlassungen in Luxemburg (s. u.). Seine Bedeutung erhellt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß die Banken jetzt schon im neunten Jahr eine Reform des KWG, die die Teilkonsolidierung der ausländischen Töchter vorschreiben sollte, verhindert haben. Bis heute ist lediglich ein gentleman-agreement abgeschlossen worden, das vierteljährliche Meldungen der Kreditinstitute an das Bundesaufsichtsamt auf freiwilliger Basis vorsieht; der konsolidierte Grundsatz-I-Ausweis betrifft dabei nur Beteiligungen deutscher Banken an luxemburgischen Kreditinstituten ab 50% und einer Aktie (HB v. 17. 10. 83). Die Novelle des KWG soll ab Januar 1985 in Kraft treten, sieht aber großzügige und langfristige Übergangsregelungen vor. Die Banken verstehen es, auch die geplante Reform zu ihrem Vorteil zu nutzen: Die Jahresabschlüsse

1983 der privaten Großbanken stehen ganz unter dem Zeichen der Rücklagenstärkung. Nachdem in den beiden vergangenen Jahren die Risiken im Auslandsgeschäft dazu dienten, hohe Gewinnbestandteile in Abschreibungsaufwand zu verwandeln, ist es heute die bevorstehende Konsolidierung der Hypothekentöchter, die dazu dient, der Belegschaft und den Aktionären Gewinnbestandteile vorzuenthalten: Die Deutsche Bank stellt 1983 150 Mio. DM in die Rücklagen ein (im Vorjahr nichts), die Dresdner Bank 110 Mio. DM (im Vorjahr 60 Mio. DM) (HB vom 5. 4. 1984 und vom 6./7. 4. 1984).

Insgesamt ist so mit dem Argument des Vertrauensschutzes um den Gewinn ein undurchdringliches Netz von Bilanzierungsrichtlinien gelegt worden, das dem Externen jede wirkliche Einsichtnahme verwehrt. Wie weit das Dunkel reicht, zeigen die Fälle Herstatt und neuerdings das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst und Co: Die SMH-Bank hatte bei 110 Mio. DM haftendem Eigenkapital alleine 900 Mio. DM an einen einzigen Kunden verliehen, der allerdings als Firmen-Konglomerat auftrat. Diesem Kunden verlängerte die Dresdner Bank die Kreditlinien nicht und brachte damit den Stein ins Rollen: Nach dem KWG § 13 Abs. 4 dürfen nur 75 % des haftenden Eigenkapitals für einen Großkredit ausgegeben werden, also im Fall der SMH-Bank runde 80 Mio. DM. Die 820 Mio. DM zuviel waren durch zwei Verfahren ermöglicht worden: Auf der einen Seite Kreditvergabe durch die ausländische Tochter in Luxemburg (erst 1978 gegründet), die wie üblich nicht konsolidiert wurde und 1982 schon eine Bilanzsumme von 1,1 Mrd. DM, also fast die Hälfte der Mutter, aufwies, Forfaitierungsgeschäfte auf der anderen.

- Forfaitierung ist ein Begriff der Exportfinanzierung: Der Warenexporteur verkauft seine Forderungen (i.d.R. in Wechseln) an einen Kunden, um einen Risikoabschlag vermindert (Diskontierung), an den Forfaiteur. Häufig sind das Tochterinstitute von Großbanken. Für den *Exporteur* bedeutet das: Er spart die Hermes-Versicherung, kann zu jedem Zeitpunkt nach der Lieferung Liquidität herstellen und zu einem festen Zinssatz und ohne Kursrisiko berechnen und sein Kreditvolumen sinkt durch die vollständige Fremdfinanzierung. Der Forfaiteur seinerseits verkauft die Forderung weiter und refinanziert sich überwiegend am Euromarkt.

Im Fall IBH – SMH wurden nicht 900 Mio. DM Kredite an einen Kunden vergeben, sondern das Geschäft lief offenbar so: Ein Teil

der Kredite wurde von der SMH-Mutter an einen Teil der IBH-Gruppe gegeben, ein Teil der Kredite wurde von der SMH-Tochter an einen anderen Teil der IBH-Gruppe gegeben und ein dritter Teil über Forfaitierungsgeschäfte weitergereicht: Beide Gesellschaften zusammen, die Bank und der Baukonzern, hatten ein gemeinsames Finanzierungsinstitut in Zürich, die Finzag, an die die IBH ihre Forderungen verkaufte. Dadurch verbesserte sich einerseits die Bilanz der IBH. Die Finzag selbst wurde diese Forderungen allem Anschein nach nicht los, sie finanzierte sie daher durch Kredite der SMH und der SMH-Tochter in Luxemburg. Diese Kredite tauchten dann in der Bilanz der Mutter unterdurchschnittlich und in der Bilanz der Tochter vermutlich als »Kredite an Kreditinstitute« auf. Das alles ist legal. Der Vorwurf an Herrn Graf von Gahlen, weil er 820 Mio. DM der Kreditaufsicht entzogen hat, lautet denn auch nie, er sei ein unredlicher, sondern nur, er sei ein unvorsichtiger Geschäftsmann!

Nur in einem solchen Fall aber lüftet sich ein Eckchen des Schleiers, der über den Charakter der Bankgeschäfte gebreitet ist, vor dem staunenden Publikum. Nur einen kurzen Moment allerdings, denn die Sache wird schnell bereinigt: Eine deutsche Großbank hat den Skandal ausgelöst, eine englische Großbank setzt den Schlußstrich: die rentablen Teile der SMH-Bank wurden von der viertgrößten englischen Bank, der Lloyd's Bank, erworben. Letztlich sind die Bilanzierungsrichtlinien denn auch ein Geschäft für die Großen: Die Möglichkeiten des § 26a KWG wachsen mit dem Wertpapierhandel, die der Konzernrechnungslegung mit der Zahl der Töchter und Auslandstöchter. Nicht umsonst verkündete C. F. Christians von der Deutschen Bank auf der Halbjahreskonferenz 1982, man würde den Verlust der drei größten Kreditengagements der Bank ihrer Bilanz nicht einmal anmerken!

2.2 Das Betriebsergebnis – der Schlüssel zum Erfolg?

Aufgrund dieser Gesetzgebung behilft sich die externe Analyse bei der Rentabilitätsbeurteilung der Banken mit verschiedenen Kennziffern, die unterschiedlichen Geschäftsbereichen der Banken entsprechen. Ausgangsmaterial ist dabei die G & V-Rechnung der Banken. Ihr Ergebnis, der Jahresüberschuß, gibt nur den Bestandteil des Gewinns wieder, der zur Verteilung für (Steuern und) Di-

videnden ansteht bzw. in die offenen Rücklagen eingestellt werden soll; er sagt vielleicht etwas aus über die gegenwärtige Geschäftspolitik der Bank, aber wenig über die tatsächliche Gewinnlage. Die Hauptmanipulationsmöglichkeiten des Gewinns liegen im außerordentlichen Bereich. Deshalb soll die Gewinnsituation durch die Berechnung des Betriebsergebnisses erfaßt werden, das das Ergebnis der Geschäfte im sog. »ordentlichen« Bereich des Bankgeschäfts (Kredit- und Geldmarktgeschäfte, Dienstleistungsgeschäfte), von dem Ergebnis des »außerordentlichen« Bereichs (Vermögensverwaltung, vor allem aber Wertpapiereigenhandel und andere Eigengeschäfte der Bank und Vermittlungsgeschäfte) isoliert. Es wird unterstellt, das Betriebsergebnis ließe bewertungsabhängige Positionen außen vor und gebe die realen Erfolge aus dem laufenden Geschäft wieder. Selbst das stimmt nur zum Teil: Das Betriebsergebnis wird berechnet nach dem auf der folgenden Seite dargestellten Schema.

Dabei können sowohl in den Abschreibungen auf Grundstücke als auch in den Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung stille Reserven enthalten sein: In den *Abschreibungen* können Sonderabschreibungen nach § 6b EStG versteckt werden; die *Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung* dienen, bei den Banken nicht anders als bei Konzernen aus Industrie und Handel, nur zum geringen Teil zur Auszahlung von Pensionsgeldern; der größte Teil ist dagegen langfristig verfügbares Kapital, das voll gewinnbringend eingesetzt werden kann. In den *sonstigen Steuern* sind immer auch Steuerrückstellungen enthalten; allerdings fallen sie nur in geringer Größenordnung an.

Entscheidender für die Diskussion des Betriebsergebnisses ist die Tatsache, daß auf diese Art und Weise erhebliche Geschäfts- und Gewinnbestandteile aus dem Ergebnis ausgeklammert bleiben.

Bei der Pressekonferenz der Deutschen Bank zum Jahresabschluß 1982 hieß es z. B.: »der Gewinn des Eigenhandels übertraf den Vorjahreswert um fast das Doppelte und beeinflusste das Betriebsergebnis außerordentlich. Seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß das Betriebsergebnis mit einer doppelt so hohen Zuwachsrate wie das Teil-Betriebsergebnis aufwartet.« (zit. nach Handelsblatt vom 31. 3. 1983, S. 12; als »Teil-Betriebsergebnis« wird hier das Betriebsergebnis in der Definition der Bundesbank angesehen, als »Betriebsergebnis« das letztere zuzüglich Einzel-

<p>Zinsüberschuß Zinsertrag (Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Geld- und Kreditmarktgeschäften, Laufende Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren, anderen Wertpapieren und Beteiligungen)</p>		Bruttozinsspanne*
<p>./. Zinsaufwand (Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen)</p>		
<p>+ Provisionsüberschuß Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften ./. Provisionen und ähnliche Aufwendungen aus Dienstleistungen</p>		Provisionsspanne*
<p>./. Verwaltungsaufwand Sachaufwand für das Bankgeschäft + Gehälter und Löhne + Soziale Abgaben + Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung</p>	= Rohertrag	Bedarfsspanne
<p>+ Sonstige Steuern + Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Gebäude = Betriebsergebnis</p>	= Betriebsergebnis aus laufenden Geschäften	Nettozinsspanne od. Ertragsspanne

* Das ist nicht mißzuverstehen als Erfolgsrechnung der Sparten der Geschäftstätigkeit; die Verwaltungsaufwendungen für das Dienstleistungsgeschäft sind im Verwaltungsaufwand enthalten.

handel.) Da das »Betriebsergebnis« auf knapp 2,5 Mrd. DM veranschlagt wird, ergibt sich rechnerisch ein Wertpapiereigenhandelsergebnis von mehr als 600 Mio. DM!

Die Sparkassen beklagen deshalb schon seit langem die hohen Wertpapiereigenhandelsgewinne der Kreditbanken. In der Zeitschrift »Die Sparkasse« wurde 1977 eine Berechnung vorgeführt, nach der sich die Differenz in der Nettozinsspanne zwischen den Sparkassen und der Deutschen Bank annähernd nivellierte, wenn die Eigenhandelserträge beim Zins- und Provisionüberschuß zugerechnet wurden (Die Sparkasse 8/77, S. 271).

Der bei der Ermittlung des Betriebsergebnisses von der Deutschen Bundesbank nicht berücksichtigte Wertpapiereigenhandel ist aber in keiner Weise »außerordentlich«, sondern ein ordentliches und normales Bankgeschäft. Durch die Begriffsbildung wird nur ein verbales Deckmäntelchen über die Tatsache gebreitet, daß wesentliche Bestandteile des Bankgeschäfts an der Abschlußrechnung vorbeigesteuert werden und aus ihr nicht ersichtlich sind: Die Ergebnisse des Wertpapiereigenhandels können nach geltendem Recht im außerordentlichen Ergebnis mit den Bewertungsänderungen im Kreditgeschäft verrechnet werden, und die Wertberichtigungen im Umlaufvermögen werden in der Bilanz aktivisch abgesetzt. Die hohen Gewinne aus dem Devisen- und Wertpapiereigenhandel können auf diese Weise durch Abschreibungen auf Forderungen oder sonstige Wertberichtigungen vertuscht werden. Durch überproportionale Abschreibungen, die in keinem Verhältnis mehr zum Risiko stehen, werden so erhebliche »Stille Reserven« aufgebaut, ohne daß dies für den externen Betrachter zu erkennen ist.

Bei einer Betrachtung des »Betriebsergebnisses« werden somit die enormen Eigenhandelsgewinne der Banken ausgeklammert, während der damit verbundene Verwaltungsaufwand in die Berechnung einbezogen ist.

Eine Erhöhung der Aussagekraft der außerordentlichen Rechnung ist extern aber kaum möglich; entscheidend für die Beurteilung der Geschäftslage der Bank ist nicht die Höhe des absoluten Betrages, sondern seine Entwicklung: Steigen die a. o. Erträge, läßt das auf ein unbefriedigendes Betriebsergebnis schließen, zu dessen Gunsten stille Reserven aufgelöst wurden. In guten Jahren dagegen steigen die a. o. Aufwendungen, da zusätzliche Rückstellungen gebildet werden: der Saldo wird negativ und mindert den

ausgewiesenen Gewinn. (Ganz sinnvoll kann es daher sein, anstelle der wenig aussagekräftigen absoluten Größen einen Stille-Reserve-Koeffizienten zu bilden, der den Saldo aus a. o. Erträgen und a. o. Aufwendungen in Bezug setzt zum Geschäftsvolumen: Je kleiner der Koeffizient, desto besser vermutlich die Ertragslage, s. u. Tabelle 12).

Man schließt damit notgedrungen wesentliche Teile des Bankgeschäfts aus dem Vergleich und der Beurteilung der Gewinnlage aus. Jahresüberschuß und Betriebsergebnis sind nur in Form einer groben Schätzung über die Richtung und Größenordnung der Reservenbildung zu ergänzen. Die Deutsche Bundesbank legt bspw. ihren Analysen i. d. R. das Betriebsergebnis zugrunde und zieht nur in ausgewählten Jahren den Jahresüberschuß mit heran (z. B. 1981).

2.3 Gewinne der Kreditinstitute

2.3.1 *Wachstum der Bankprofite*

Während die industriellen Profite dem zyklischen Auf und Ab kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung folgen, sind die Kreditinstitute im Prinzip, unterstützt durch eine entsprechende Geldpolitik der Bundesbank, in der Lage, aus jeder konjunkturellen Situation Gewinn zu schlagen: Im Boom partizipieren sie vom wirtschaftlichen Wachstum, da die Kreditnachfrage infolge einer wachsenden Investitionsbereitschaft, die die Zunahme der Selbstfinanzierung aus Gewinnen überflügelt, und infolge eines steigenden Lebensstandards mit kreditfinanzierten privaten Anschaffungen zunimmt. In der Krise verdienen sie an den Krediten, die wegen unfreiwilliger Lagerhaltung, Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen benötigt und umsoweniger durch die Gewinne des Unternehmenssektors finanziert werden können, sowie an der steigenden Staatsverschuldung. Eine geschickte Zinsspannenpolitik gehört in beiden Fällen dazu.

Betrachtet man die Rentabilitätskennziffern aller Bankengruppen seit 1969 (vgl. Tabelle 12), dann zeigt sich: Im Durchschnitt der Entwicklung liegt der Jahresüberschuß 1968–1982 bei 0,59% des Geschäftsvolumens, die Zinsspanne bei 1,96% und die Nettozinsspanne bei 0,70%. Betrachtet man nur die Nettozinsspanne als

die bewertungsunabhängigste Größe, dann liegt ihr Schwankungsgrad im gesamten Zeitraum bei 0,38 Prozentpunkten (oder $s = 0,1$). Ähnlich stabil verläuft die Entwicklung der Rentabilität gemessen am Eigenkapital mit durchschnittlich 19,21% ($s = 3,6$). Oder anders ausgedrückt: Die Nettozinsspanne ist in dem gesamten Zeitraum, der immerhin drei Zyklen umfaßt, nie unter 0,57%, die Rentabilität des Eigenkapitals nicht unter 15,6% gesunken!

Höhepunkte und Tiefpunkte der Gewinnentwicklung der Banken lassen dabei eine Zuordnung zum industriellen Zyklus nicht eindeutig zu: die Höhepunkte liegen im Boomjahr 1968/69, im Krisenjahr 1975 und im Stagnationsjahr 1982 (die Höhepunkte der industriellen Bruttoanlageinvestitionen dagegen: 1969, 1976, 1979); die Tiefpunkte in den Stagnations- und Abschwungjahren 1979 und 1980 (industrieller Zyklus 1967, 1974/75 und 1982). Es bestätigt sich nur z. T. die alte Bankerweisheit, daß gerade Zeiten einer flauen Konjunktur den Banken besonders gute Ergebnisse bringen, denn die Renditen verlaufen nicht mit dem Zyklus, aber auch nicht spiegelbildlich. Dabei ist eine gegenläufige Entwicklung bei schlechter Konjunktur eher anzutreffen (1975/1977/1981) als bei guter.

Vergleicht man den Jahresüberschuß der Banken in absoluten Beträgen mit dem der Unternehmen, so ergab sich 1968 eine Relation von 6,0%, 1982 dagegen von 13,6%, d. h. ihr Anteil hat sich mehr als verdoppelt (vgl. Tabelle 12).

Dem entspricht die Tatsache, daß die Jahresüberschüsse der Unternehmen im selben Zeitraum von 72,9 Mrd. DM auf 122,5 Mrd. DM um mehr als zwei Drittel gestiegen sind, während die der Banken von 4,4 Mrd. auf 16,7 Mrd. DM wuchsen und sich damit beinahe verdreifacht haben! Und dies, obwohl es sich beim Jahresüberschuß der Banken um eine besonders stark bilanzpolitisch nach unten manipulierte Größe handelt.

Dem überdurchschnittlichen Wachstum der Gewinne entspricht auch ein überdurchschnittliches Wachstum des Geschäftsvolumens. Das Geschäftsvolumen der Banken (Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln und eigenen Ziehungen im Umlauf) ist im betrachteten Zeitraum – selbst bei Berücksichtigung von statistischen Sprüngen von zusammen rund 30 Mrd. DM ab 1976 – ganz außerordentlich stark gewachsen von 648 Mrd. DM auf 2656 Mrd. DM; es hat sich damit mehr als vervierfacht! Der größte Teil dieses Wachstums fällt auf die erste Hälfte des Zeitraums, vor allem ab 1980 verringern sich

Tabelle 12 Rentabilitätskennziffern der Banken und der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes

Kennziffern	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Jahresüberschuß der Banken vor Steuern in Mrd. DM	4,4	4,2	3,6	4,7	5,6	4,9	6,2	9,3	9,2	11,2	11,9	10,3	11,3	12,8	16,7
nachrichtlich: Geschäftsvolumen ¹ in Mrd. DM	0587	0669	0745	0838	0962	1084	1188	1308	1479	1644	1842	2064	2253	2463	2656
Jahresüberschuß der Banken in v. H. Geschäftsvolumen	0,76	0,62	0,49	0,57	0,59	0,45	0,52	0,72	0,63	0,68	0,64	0,50	0,50	0,52	0,63
Nettozinsspanne	0,72	0,73	0,62	0,57	0,65	0,60	0,74	0,86	0,70	0,71	0,71	0,61	0,58	0,75	0,95
Stille-Reserven-Quotient ²	0,11	-0,05	-0,07	0,05	-0,02	-0,06	-0,09	-0,06	0,03	0,07	0,02	0,05	0,0	-0,15	-0,24
Bruttozinsspanne	1,82	1,88	1,89	1,89	1,92	1,90	2,13	2,24	2,08	2,04	1,98	1,83	1,78	1,92	2,11
Betriebsergebnis in v. H. Eigenkapital	-	17,76	16,64	15,60	18,10	16,94	20,61	24,14	20,05	20,23	20,79	18,28	17,50	23,11	29,17
Jahresüberschuß aller Unternehmen in Mrd. DM	72,9	84,0	87,1	90,6	98,1	97,9	94,2	95,6	120,3	122,9	130,0	140,5	132,5 (142,2)	122,3	122,5 (114,1)
Relation Jahresüberschuß B/U.	6,0	5,0	4,1	5,2	5,8	5,0	6,6	9,7	7,6	9,1	9,2	7,3	8,5 (7,9)	10,5	13,6 (14,6)

die Zuwachsraten. Die hohe Profitrate 1975 fällt auch in eine Zeit analog hohen Wachstums der Umsatzgröße der Banken; die hohen Profite von 1982 dagegen finden vor dem Hintergrund eines sehr viel geringeren Wachstums des Geschäftsvolumens statt. In der Tat gibt es in dieser Zeitspanne auch um eine Umstrukturierung der Bankgeschäfte, mit der die Banken auf die strukturellen Veränderungen der ökonomischen Entwicklung reagieren.

2.3.2 Ursachen der Profitabilität

Die Banken waren ab Mitte der 70er Jahre mit verschiedenen Veränderungen konfrontiert.

Der *Binnenmarkt* war beeinträchtigt durch

- die anhaltende Wirtschaftskrise seit 1976 und die damit verbundenen erhöhten Risiken im Kreditgeschäft, sinkende Nachfrage von privaten Kunden bei Wertpapiergeschäften und Beteiligungen;

- den Übergang der Zinspolitik als Variable einer keynesianisch bestimmten Wirtschaftspolitik zur Subgröße der Geldmengenspolitik, die die Zinsentwicklung unkalkulierbarer machte, und den Übergang der Bundesbank zur Anpassung an die Hochzinspolitik der USA;

- einen verstärkten Wettbewerb im Bankenbereich um mittelständische Kunden: Die Großfirmenkundschaft der großen Banken und Privatbanken wich auf ausländische Finanzmärkte aus

Anmerkungen zu Tabelle 12

1 Jahresdurchschnittszahlen.

2 Der »Stille-Reserven-Koeffizient« wird folgendermaßen gebildet:

Andere Erträge

+ Erträge aus Rückstellungen

+ Erträge aus Sonderposten

./. Abschreibungen und Werber. a. F.

./. Abschrbg. und Wertber. auf Beteilig.

./. Einstellung in Sonderposten mit R.

= Saldo der bewertungsabhängigen Aufwendg. in v. H. zum Geschäftsvolumen

Deutsche Bundesbank. Die Ertragslage der Kreditinstitute 1976 und 1982, MB 1/1978 und 8/1983

Deutsche Bundesbank, Jahresabschlüsse der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland 1965–1981, Sonderdrucke Nr. 5;

eigene Berechnungen

und wickelte ihre Kreditaufnahme verstärkt durch die dort ansässigen Töchter ab; die ausfallende Kreditnachfrage mußte im Inland durch das Einwerben anderer Kundenschichten kompensiert werden. Die *Großbanken* bemühen sich daher, in die traditionellen Bereiche der Sparkassen und Genossenschaftsbanken einzudringen.

– einen verstärkten Wettbewerb aus dem Nicht-Bankenbereich um Dienstleistungen (»socks & stocks«) und Geldanlagen. Die Einwerbung der Ersparnisse der arbeitenden Bevölkerung hat an Bedeutung gewonnen; dabei herrscht nicht allein ein Kampf der Kreditbanken um Marktanteile gegenüber den Sparkassen, sondern auch zwischen den Banken und den Versicherungsgesellschaften: Die Geldanlage bei den Versicherungen ist von 1970 bis 1980 von 15 % auf 21 % gestiegen; die bei den Banken von 53 % auf 44 % gesunken.

– veränderte Formen der Investitionsfinanzierung durch Leasing und Factoring, die die Institute zwangen, entsprechende Angebote zu entwickeln. Insgesamt entfallen nach Erhebungen des Ifo-Instituts 1983 auf Investitionen der Anlagevermietung 7,3 % der gesamtwirtschaftlichen Investitionen (1976 waren es nur 3,8 %); damit wird ein Anlagevermögen von 61 Mrd. DM durch vermietete Wirtschaftsgüter aufgebracht.

Nach *außen* hin ist es vor allem die Veränderung der Exportfinanzierung und die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte, die ab der Mitte der 70er ein stürmisches Wachstum nahmen. Die Exportfinanzierung hat sich im Laufe der Entwicklung immer mehr vom nationalen Markt entfernt: In den 50er Jahren war die Kreditierung der Exporteure die typische Strategie der Auslandsexpansion der Banken; in den 60ern ging man verstärkt dazu über, Bestellerkredite für ausländische Abnehmer zu vergeben, die einen Teil des Auftragsangebotes darstellen, und in den 70er und 80er Jahren wurde die Finanzierung noch mehr projektmäßig organisiert und von Konsortien und vor allem dann von Auslandstöchtern der Banken am Euromarkt abgewickelt (siehe Teil 4). Schließlich brachte die Flexibilisierung der Wechselkurse noch Unsicherheit ins internationale Geldmarktgeschäft (1973).

Die Anpassungsstrategien der Kreditbanken liefen in der 2. Hälfte der 70er Jahre darauf hinaus, die traditionellen, kurzfristigen Kredite für Betriebsmittel an Unternehmen, die sich durch die zugrundeliegenden Warengeschäfte relativ schnell liquidieren, zu ergänzen durch:

1. langfristige Kredite, u. a. für Großprojekte und Baufinanzierungen,
 2. die Erschließung privater Kunden nicht allein als Einleger, sondern auch als Kreditnehmer (Konsumentenkredite, Baufinanzierungen),
 3. die Kreditierung der öffentlichen Verschuldung auf dem nationalen Geld- und Kreditmarkt.
- Damit mußte auch die Passivseite mittelfristiger werden.
4. Das Auslandsgeschäft wurde verstärkt ausgebaut durch die vermehrte Beteiligung an Bankenkonsortien und den Aufbau von Auslandstöchtern und -filialen.

Übersicht 2: Gründung von Banken mit westdeutschen Müttern in Luxemburg

Stand 1981	Gründungs- jahr	Muttergesellschaft	Beteiligung in Prozent
Deutsche Bank Com- pagnie Financière Lu- xembourg	1970	Deutsche Bank AG	100
Compagnie Luxem- bourgeoise de la Dresdner Bank	1967	Dresdner Bank AG	100
Commerzbank Intern.	1968	Commerzbank AG	100
WestLB Intern.	1972	Westdeutsche Landes- bank Giro-Zentrale	100
Bayerische Landesbank Intern.	1973	Bayerische Landesbank	100
BfG Luxembourg	1973	Bank für Gemeinwirt- schaft AG	100
Deutsche Girozentrale Intern.	1971	Deutsche Girozentrale Deutsche Kommunal- bank	100
Bayerische Vereins- bank Intern.	1971	Bayerische Vereins- bank	100
Hypobank Intern.	1972	Bayerische Hypothe- ken- und Wechselbank	100
Norddeutsche Landes- bank Intern.	1972	Norddeutsche Landes- bank	100
BHF-Bank Intern.	1972	BHF-Bank	100
DG-Bank Intern.	1977	DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank	95
		Genossenschaftliche Zentralbank, Wien	5
Vereins- und Westbank Intern.	1972	Vereins- und Westbank AG	100

Stand 1981	Gründungs- jahr	Muttergesellschaft	Beteiligung in Prozent
Badische Kommunale Landesbank Intern.	1977	Badische Kommunale Landesbank	100
Landesbank Rhein- land-Pfalz + Saar	1978	Landesbank Rhein- land-Pfalz	74,9
		Landesbank Saar	25,1
Hanse Bank	1977	Landesbank Schles- wig-Holstein	90
		Bank of Helsinki Ltd.	10
Trinkhaus + Burk- hardt Intern.	1977	Trinkhaus + Burk- hardt	100
Berliner Bank Intern.	1977	Berliner Bank AG	100
Bank MM Warburg- Brinkmann, Wirtz In- tern.	1973	M. M. Warburg-Brink- mann, Wirtz u. Co	100
Hauck Banquiers Lu- xembourg	1973	Georg Hauck u. Sohn, Bankiers	100
Schröder, Münch- meyer, Hengst Intern.	1978	Schröder, Münch- meyer, Hengst u. Co	100
Landesbank Stuttgart Intern.	1979	Landesbank Stuttgart	100
Lampebank Intern.	1979	Bankhaus Herman Lampe KG	100
Westfalenbank Intern.	1979	Westfalenbank AG	100
Industriebank Intern.	1979	Industriekreditbank AG Deutsche Indu- striebank	100
<i>Nicht zu den Euroban- ken zählen:</i>			
Banque de l'Union des Coopérateurs	1966	BfG-Luxembourg	87,5
		Unabhängiger Ge- werkschaftsbund Lu- xembourg (OGBL)	6,25
		Eisenbahnergewerk- schaft FNCTTFEL	6,25
Beamtenheimstätten- werk	1977	(Zweigstelle)	-
Bausparkasse GdF Wü- stenrot gem. GmbH	1978	(Zweigstelle)	-

Zusammengestellt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg

Die Differenz zwischen dem Geschäftsvolumen mit und ohne Aus-
landsfilialen (nicht Töchter) betrug für die Banken 1976 runde 27
Mrd. DM, 1982 dagegen 133 Mrd. DM. Die Zahl der westdeut-
schen Institute in Luxemburg verdoppelte sich von 15 im Jahr

1973 auf 30 in 1982; die Filialen stiegen von 23 in 1973 auf 94 in 1982. 1982 bestanden 370 Niederlassungen, Repräsentanzen und 100%-Töchter allein der Privatbanken in 56 Ländern (Bank 11/83).

Diese Strategien bilden den Hintergrund für die Fortsetzung des *Mengengeschäfts* der Banken in der 2. Hälfte der 70er Jahre. Konjunkturell bedingte Ausfälle wurden kompensiert durch das Erschließen neuer Kundenschichten und die Erweiterung des Kreditangebots, die zu dem oben angegebenen Wachstum führten. Für die Banken setzte die Wende dann 1979/80 ein: einerseits stiegen die Zinsen trotz konjunktureller Stagnation weiter an, andererseits nahmen die Risiken zu – im Inland vor allem krisenbedingt und im Ausland aufgrund der Zahlungskrise der unterentwickelt gehaltenen Länder – und die Gewinne nahmen ab. Wie passen hohe Zinsen und niedrige Bankgewinne zusammen? Immerhin nahmen die Zinserträge aller Bankengruppen im Jahr 1979 um 19,9% zu. Entscheidend für die Profitabilität einer Bank ist aber nicht die absolute Höhe der Zinsen, sondern die der *Zinsspanne*, d. h. der Differenz zwischen Soll- und Habenzinsen im Aktiv- und Passivgeschäft (bei den Forderungen und den Kundeneinlagen). Und die Zinsaufwendungen nahmen im selben Jahr um 27,1% zu. Die Zinsspanne hängt in hohem Maße davon ab, inwiefern die Banken auf der Passivseite, darauf angewiesen sind, sich die Mittel für ihre Kreditmarktgeschäfte am Geldmarkt zu beschaffen (darüber gibt z. B. der Anteil der Bankeinlagen an der Gesamtsumme aller Einlagen Aufschluß), wie der Anteil der Kundeneinlagen sich zusammensetzt (Termineinlagen passen sich schneller an, Sicht- und Spareinlagen langsamer) und wie anpassungsfähig umgekehrt das Kreditgeschäft auf der Aktivseite an wechselnde Zinslagen ist (Konditionenwettbewerb und Marktmacht spielen hier hinein). Bei diesen Größen und Risikofaktoren gibt es zwischen den verschiedenen Gruppen von Kreditinstituten erhebliche Unterschiede:

– Die *Sparkassen* und *Kreditgenossenschaften* haben einerseits einen sehr viel höheren Marktanteil an Kundenspareinlagen als die Banken: Im Jahr 1982 betrug er 52,6% für die Sparkassen und 24,9% für die Kreditgenossenschaften zu 9,2% bei den drei Großbanken und 5,5% bei den übrigen Kreditbanken.

– Die *Kreditbanken* sind daher in größerem Maß auf eine Refinanzierung am Geldmarkt angewiesen. Zudem hatten sie sich auf der anderen Seite verstärkt auf längerfristige Kreditgeschäfte zu den damals herrschenden niedrigeren Zinsen eingelassen, die nicht

entsprechend langfristig refinanziert worden waren. Während die Kosten der Refinanzierung also stiegen, sanken die relativ zum Marktzins erzielbaren Zinsgewinne durch die großen Festzinsblöcke – u. a. bei der Kreditierung der öffentlichen Hand. Was vorher eine profitable Kompensationsstrategie schien, verkehrte sich vorübergehend ins Gegenteil. So sank der Zinsüberschuß in v. H. des Geschäftsvolumens von seinem Höchststand 1975 von 2,24% ab 1976 kontinuierlich auf einen Tiefstand von 1,78% in 1980. Daran waren die verschiedenen Bankengruppen allerdings ganz unterschiedlich stark beteiligt:

Tabelle 13 Bruttozinsspanne verschiedener Bankengruppen 1975 bis 1982

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Großbanken	3,2	2,6	2,5	2,3	2,2	2,1	2,4	2,7
Private Hypobanken	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7
Regionalbanken	2,4	2,2	2,0	2,0	1,7	1,7	1,7	2,1
Privatbanken	2,5	2,1	2,1	2,0	2,0	2,0	2,4	2,5
Girozentralen	0,9	0,9	0,9	0,9	0,7	0,6	0,5	0,7
Sparkassen	3,4	3,2	3,2	3,2	3,0	2,9	3,3	3,5
Genossenschaftl. Zentralbanken	1,5	1,2	1,0	1,0	0,8	0,7	0,9	1,4
Kreditgenossenschaften	3,6	3,4	3,3	3,2	3,1	3,3	3,7	3,8
Alle Bankengruppen	2,2	2,1	2,0	2,0	1,8	1,8	1,9	2,1

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 8/83

Unter den großen Gruppen stellt sich die Entwicklung bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften am stabilsten dar, den relativ heftigsten Veränderungen unterworfen waren die Groß- und Regionalbanken und die Girozentralen. Auch hier gibt es allerdings erhebliche Unterschiede, vor allem zwischen dem Marktführer Deutsche Bank und den anderen Instituten.

Unter dem Motto »Ertrag vor Volumen« begannen die Banken daraufhin, ihre Geschäftsstruktur an die veränderte Situation anzupassen. Die Strategie zur Verbesserung der Erträge beruht im wesentlichen auf drei Maßnahmenbündeln: Senkung der Geldbeschaffungskosten und Zinsausgaben auf der Passivseite, Erhöhung der Zinseinnahmen auf der Aktivseite und Senkung des Sach- und

Personalaufwands. Begleitet werden diese Maßnahmen von einer Verbesserung des risk-management und erhöhtem Aufbau von Stillen Reserven. Schon für 1981 schrieb die Deutsche Bundesbank: »Nicht selten sind (die Banken) bei der Bewertung des Forderungsbestandes und der Bemessung der Wertberichtigungen . . . bis an die Obergrenze der Risikoeinschätzung gegangen . . . Inwieweit das sehr gute Betriebsergebnis auch zur Bildung stiller Reserven genutzt wurde, ist aus den Angaben der Gewinn- und Verlustrechnung nicht zu ersehen« und empfiehlt allerdings, sich bei der Beurteilung der Ertragslage auf den Jahresüberschuß zu beziehen. (MB 10/82, S. 16)

Die Zinserträge erhöhten sich zum ersten durch den Abbau festverzinslicher Wertpapiere und Festzinsdarlehen. Die Deutsche Bundesbank schrieb: »Die Ertragssituation der Banken stabilisierte sich in jüngster Zeit auch deshalb, weil in zunehmendem Maße Festzinsdarlehen aus der letzten Niedrigzinsphase fällig wurden und Festzinsvereinbarungen ausliefen. Durch die Wiederanlage der Tilgungsrückflüsse in Ausleihungen mit höheren Zinssätzen und die Anpassung auslaufender Zinskonditionen an die gestiegenen Marktsätze weiteten sich die Zinserträge des Kreditgeschäftes auch bei Stagnation oder verlangsamten Wachstum des Geschäftsvolumens bei vielen Instituten aus. Schließlich wurden 1981 viele niedrig verzinsliche Wertpapiere im Eigenbestand der Banken getilgt, was bei der Wiederanlage solcher Mittelrückflüsse in höherverzinslichen Titeln ebenfalls einen stabilisierenden Einfluß auf die Ertragslage der Banken ausübte.« (MB 10/82, S. 14)

Neben dem Ausnutzen der laufenden Fälligkeiten wurden aber auch zur Beschleunigung der Umschichtung im Aktivgeschäft Beteiligungen abgestoßen. So verkauften die Dresdner Bank und die Commerzbank Aktienpakete von Kaufhof/Metro, Bilfinger und Berger (nur Dresdner Bank) sowie Preussag und Philipp Holzmann (Commerzbank und West LB), lösten durch die Realisierung der Kursgewinne stille Reserven auf und konnten die erzielten Erlöse im Kreditgeschäft einsetzen. Die verbleibenden langfristigen Festzinskredite stellen sich ab 1982 nicht mehr so ungünstig dar, weil die Differenz zum Marktzins etwas nachgab. Gleichzeitig begannen die Neuanlagen in Wertpapiere aus der Hochzinsphase Zinserträge abzuwerfen, die über dem jetzt niedrigeren Marktzins lagen. (MB 10/83, S. 17, S. 18)

Analog wurde im gesamten Zeitraum das Kreditvolumen Schritt für Schritt umgeschichtet von längerfristigen Krediten, u. a. auch

an die öffentliche Hand, auf kürzerfristige Kredite an private Kunden.

Die Zinsspannen wurden zusätzlich ganz erheblich verbessert durch Verzögerungen der Anpassung der Kreditzinsen im Massengeschäft an die sinkenden Geldbeschaffungskosten (vgl. Tabelle 14): Vom Herbst 1980 bis zum Herbst 1983 senkte die Bundesbank den Diskontsatz um $3\frac{1}{2}$ Prozentpunkte von $7\frac{1}{2}$ auf 4 Prozent; die Zinsen für die Kreditschuldner sanken im selben Zeitraum nur um 2,77 Prozentpunkte, und waren dazwischen noch dazu auf beachtliche Höhen geklettert: Im Frühjahr und Sommer 1981 stiegen die Kontokorrentkredite monatlich! (vgl. Tabelle 14) Als der Zinstrend sich umkehrte, reagierten sie umso langsamer: Kontokorrentkredite kosteten am Jahresende 1981 mit 14 bis 15% immer noch rund $2\frac{1}{2}$ Prozentpunkte mehr als am Jahresanfang (MB 10/81, S. 17). Bis Mitte Oktober 1982 hielten die Banken an Sollzinsen über 13% fest. Sehr viel schneller erfolgte die Anpassung bei den Zinsen, die die Banken zu zahlen haben! Von September 1981 bis Oktober 1982 waren die Zinsen für Termineinlagen bereits um 4,3 Prozentpunkte gesunken (Zinsen auf Spareinlagen um 2,54 Prozentpunkte) und am Jahresende 1981 schon kosteten sie soviel wie im Frühjahr zu Beginn der Zinssteigerung. 1982 wurden die Zinsen für Termingelder um 3 Prozentpunkte durch die Banken gesenkt, so daß eine Umschichtung der Sparer zu den Spareinlagen stattfand, die traditionell niedriger verzinst werden und für die Banken billiger sind. Gleichzeitig waren aber die Kosten weiter gesunken, weil die Deutsche Bundesbank vom Dezember 1981 bis Dezember 1982 die Lombard- bzw. Sonderlombardsätze von $10\frac{1}{2}$ auf 6% herabgesetzt hatte. Sie kritisierte denn die Bankpolitik auch: »Vor allem im ›Massenkreditgeschäft‹ blieb der Zinsabbau hinter der gleichzeitigen Verbilligung der Geldbeschaffungskosten und speziell der Spitzenrefinanzierung bei der Bundesbank zurück.« (MB 10/82, S. 18)

Zusätzlich stiegen auch die *Provisionserträge* v. a. 1982 überdurchschnittlich. Die Ursachen dafür lagen einmal in der Veränderung der Geschäftsstruktur. Das kommerzielle Auslandsgeschäft wurde ausgedehnt, 1982 nahm der Wertpapiereigenhandel besonders stark zu. (MB 8/83, S. 19) Auch hier ist aber ein wesentlicher Ertragsfaktor, daß die kleinen Leute verstärkt zur Kasse gebeten wurden: Die Erträge und Provisionen aus dem Girobereich wuchsen 1981 und 1982 besonders schnell (MB 10/82, S. 18; MB 8/83, S. 19).

Tabelle 14 Entwicklung ausgewählter Zinssätze (%)

	Diskontsatz	Sollzinsen: Konto- korrentkredite unter 1 Mill. DM	Habenzinsen: Termineinlagen unter 1 Mill. DM, durchschnittlicher Zinssatz	Spareinlagen mit gesetzlicher Kün- digungsfrist, durchschnittlicher Zinssatz
<i>1980</i>				
Jan.	7	10,42	7,39	4,00
Feb.	7½	10,50	7,51	4,00
Mai	7½	12,43	8,48	5,00
Sept.	7½	12,53	7,54	4,52
Dez.		12,57	8,20	4,51
<i>1981</i>				
Jan.		12,57	7,93	4,51
Febr.		12,70	8,19	4,52
März		14,21	9,60	4,97
April				5,00
Mai		15,14	10,21	5,00
Juni				5,00
Juli				5,00
August				5,00
Sept.		15,44	10,57	5,00
Okt.				5,00
Nov.				5,00
Dez.		15,01	9,32	5,00
<i>1982</i>				
Jan.		14,84	9,00	5,00
Febr.		14,72	8,47	5,00
Mai		13,78	7,71	5,00
August	7	13,56	7,79	5,00
Okt.	6	12,90	6,66	4,88
Dez.	5	11,13	5,35	4,02
<i>1983</i>				
Jan.		10,72	4,58	4,00
März	4	10,42	4,00	4,00
Sept.	4	9,80	3,01	3,01

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Jahrgänge

Auf der Kostenseite wurden die »Ertragsklemme« 1979/1980 und das Auslandsrisiko genutzt, um einen Rationalisierungsschub durchzusetzen und die Einkommensansprüche der Beschäftigten niedrig zu halten: Sowohl 1981 wie 1982 blieb der *Verwaltungsaufwand* zurück, und zwar vor allem aufgrund des gesunkenen Personalaufwands. Trotz steigender Beschäftigtenzahlen sank der Anteil

der Personalaufwendungen am Geschäftsvolumen von 1,00% in den Jahren 1979 und 1980 auf 0,99% in 1981 und 0,96% in 1982. Im Jahre 1974 waren es noch 1,18% gewesen (MB 10/82, S. 18). Die Beschäftigten hatten dagegen 1982 um 8700 Personen zugenommen; das entspricht 1,8% Zuwachs.

Im Ergebnis dieser Politik stiegen die Gewinne der Banken in der schärfsten Wirtschaftskrise der BRD seit dem 2. Weltkrieg in schwindelnde Höhen. Die Nettozinsspanne 1982 liegt mit 0,95% selbst über den Spitzenwerten von 1975 (0,86%), die Verwertung des Eigenkapitals gar bei 29,17%: In drei Jahren ist das eingesetzte Kapital damit erwirtschaftet. Der Jahresüberschuß/Geschäftsvolumen liegt dagegen 1982 etwas niedriger als 1975 mit 0,63% – und der »Stille-Reserven-Quotient« erreicht Spitzenwerte: Der gesamte a. o. Aufwand der Banken hat sich alleine von 1979 bis 1982 verdoppelt von 7,5 Mrd. DM auf 15,7 Mrd. DM, die Abschreibungen darunter wuchsen um 133% von 5,3 Mrd. DM auf 12,3 Mrd. DM. Der a. o. Aufwand erreicht damit 1982 fast die Höhe des Jahresüberschuß vor Steuern (16,6 Mrd. DM)! Bei den *Großbanken* übertraf er den Jahresüberschuß sogar mit 2,5 Mrd. DM a. o. Aufwand zu 1,7 Mrd. DM Jahresüberschuß; er lag damit bei fast 90% des Betriebsergebnisses. Dieser Trend setzt sich auch 1983 fort. Die Großbanken meldeten auf ihren Halbjahrespressekonferenzen 1983 erneut Überschüsse wie nie zuvor:

Bank	Betriebsergebnis in Mrd. DM	Zuwachs in v. H.	Geschäftsvolumen- zuwachs in v. H.
Deutsche Bank	1200 Mill. DM	+ 16	– 2
Dresdner Bank	570 Mill. DM	+ 36	– 2,5
Commerzbank	468 Mill. DM	+ 51	– 2,3

Bezahlen für die hohen Bankgewinne müssen alle anderen Wirtschaftsteilnehmer:

– die Kreditnehmer aus der mittelständischen Industrie, Handwerk und Gewerbe für die die Zinsbelastungen und die Bonitätsanforderungen steigen,

– die Anleger, Sparer und Kreditnehmer unter den abhängig Beschäftigten, die ebenfalls Opfer der »ertragswirksamen Zinsspannenpolitik« werden,

- die Beschäftigten in den Banken, deren Arbeitsplätze auf mittlere Frist wegrationalisiert werden, während ihre Tarifabschlüsse genauso mäßig sind wie in der übrigen Wirtschaft,
- die Kleinaktionäre, denen durch die überhöhte Risikovorsorge Dividenden vorenthalten werden,
- die Entwicklungsländer, die aufgrund der Zinslasten mehr denn je in ihrer autonomen wirtschaftlichen Entwicklung zurückstecken müssen,
- der Staat, der ebenfalls durch wachsende Zinsverpflichtungen belastet wird.

Die einzelwirtschaftlichen Gewinnstrategien der Banken haben damit Folgewirkungen, die über die einzelne Bank weit hinausreichen und die Struktur und die Entwicklung der gesamten Wirtschaft beeinflussen. Die Macht der Banken, die so heftig bestritten wird, liegt schon darin begründet: Allein durch die Verfolgung ihrer eigenen Interessen, das Rentabilitätsziel, üben die Banken einen regulierenden Einfluß auf die Volkswirtschaft aus. Nicht erst ein Bankenkrach, sondern schon die Vorsorge dagegen hat auf die Ökonomie der BRD schädliche Wirkungen; abhängig Beschäftigte, kleine Sparer und Kreditnehmer bezahlen durch Einkommenseinbußen, Zinsen und Gebühren und Steuern für das Risiko der Banken!

3. Die Banken als Kreditgeber und Kreditvermittler des Staates

Bereits seit vielen Jahrhunderten wird zur Abdeckung von Defiziten der Staatskasse auf Kredite von mächtigen Geldverleihern bzw. später von einzelnen Kreditinstituten oder Bankengruppen zurückgegriffen. Daß die Kreditnehmer sich dabei häufig in erhebliche Abhängigkeiten begaben und die Kreditgeber beachtliche Zusatzprofite realisieren konnten, ist eine historisch hinlänglich bekannte Tatsache. Ob und in welcher Form dies auch auf die mit der öffentlichen Kreditaufnahme verbundenen Geschäftsbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften und dem Bankensystem in der BRD zutrifft, soll im folgenden eingehender untersucht werden.

Die Gebietskörperschaften der Bundesrepublik waren nach der Währungsreform 1949 zunächst praktisch schuldenfrei geworden und auch bis Anfang der 70er Jahre war der Zuwachs der öffentlichen Kreditaufnahme relativ gering. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich diese Sonderentwicklung der BRD grundlegend verändert: Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung seit Mitte der 70er Jahre ist mit einem erheblichen Anstieg der Staatsverschuldung einhergegangen. Die steigende Massenarbeitslosigkeit und das verlangsamte Einkommenswachstum führten zu sinkenden Staatseinnahmen bei gleichzeitig wachsenden Anforderungen auf der Ausgabenseite, so daß eine – weitgehend krisenbedingte – Ausweitung der öffentlichen Kreditaufnahme unumgänglich wurde. Die Kreditnachfrage der inländischen Unternehmen und sonstigen privaten Kreditnehmer ist dagegen aufgrund der nachlassenden Investitionstätigkeit in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt nur relativ verhalten angestiegen.

Diese Entwicklungen sind nicht ohne Konsequenzen für die Struktur der inländischen Kreditnachfrage und damit auch für die Kreditvergabestruktur des Bankensystems geblieben. Die Bedeutung der öffentlichen Haushalte als Kreditkunden der Geschäftsbanken ist seit 1974 ganz erheblich gewachsen und hat damit zunehmend Einfluß auf die gesamte Ertrags- und Geschäftsentwicklung der Banken gewonnen.

Die Ausweitung des öffentlichen Verschuldungsvolumens und das seit Ende der 70er Jahre anhaltend hohe Zinsniveau haben die Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte weit überproportional ansteigen lassen. Während die Zinsausgaben der Gebietskörperschaften zusammen 1977 noch 21 Mrd. DM betragen, hatten die öffentlichen Haushalte 1983 mit ca. 52 Mrd. DM annähernd das Zweieinhalbfache für ihre Verschuldung aufzubringen. Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben des Staates hat sich von 3,9% 1974 über 5,1% 1978 auf 8,0% 1982 erhöht. Die mit der Staatsverschuldung gegenwärtig verbundenen Zinszahlungen engen den öffentlichen Ausgabenspielraum somit zunehmend ein. Da der mit Abstand größte Teil der öffentlichen Schulden von den inländischen Kreditinstituten gehalten wird, fließen ihnen demzufolge auch die Masse dieser Zinszahlungen des Staates zu.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß in der Öffentlichkeit der bereits dargestellte sprunghafte Anstieg der Bankgewinne zumindest zu einem erheblichen Teil auf die steigenden Zinsausgaben der Gebietskörperschaften zurückgeführt wird.

Die folgende Untersuchung der Geschäftsbeziehungen zwischen den Banken und dem Staat soll daher vor allem zur Beantwortung der folgenden beiden Fragestellungen dienen:

1. Sind die hohen und weiter steigenden Zinsbelastungen der Gebietskörperschaften aufgrund fehlenden Wettbewerbes auf zu hohe Zinsforderungen der Banken zurückzuführen?

2. Welche Gewinne erzielen die Banken aus dem Kreditfinanzierungsbedarf des Staates bzw. trägt die öffentliche Verschuldung überproportional zur Gewinnentwicklung im Bankensystem bei?

Zunächst wird aber ein kurzer empirischer Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung, die Bedeutung der wichtigsten Kreditaufnahmeformen und der Kreditgeber (Gläubiger) vorangestellt.

3.1 Entwicklung und Struktur der öffentlichen Verschuldung

Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte erreichte Ende 1982 einen Stand von 614,8 Mrd. DM und hat sich gegenüber dem Niveau von 1970 damit annähernd verfünffacht. Die Staatsver-

Tabelle 15

Verschuldung der öffentlichen Haushalte						
Zeit	Ins- gesamt	Bund 1)	Länder	Gemein- den	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- ver- mögen
Schuldenstand am Jahresende in Mrd DM						
1950	20,6	7,3	12,8	0,5	—	—
1955	41,0	17,9	15,5	4,7	2,9	—
1960	52,8	23,1	14,7	11,2	3,7	0,1
1965	83,7	33,7	17,4	25,8	6,2	0,6
1970	125,9	49,7	27,8	40,3	6,8	1,3
1975 2)	256,4	108,5	67,0	74,4	5,2	1,3
1977	328,5	150,2	89,6	83,3	3,8	1,6
1978	370,8	177,5	102,1	86,7	3,1	1,3
1979	413,9	202,6	115,9	90,4	2,9	2,1
1980	468,6	3) 232,3	137,8	95,2	3) —	3,3
1981	545,6	273,1	165,2	102,6	—	4,7
1982	614,8	309,1	190,6	109,9	—	5,3
1983 Sept.	649,8	331,8	201,9	110,9	—	5,3
Anteil am Schuldenstand in %						
1950	100	35,3	62,2	2,4	—	—
1955	100	43,7	37,9	11,4	7,0	—
1960	100	43,9	27,9	21,1	7,0	0,1
1965	100	40,3	20,8	30,9	7,4	0,7
1970	100	39,5	22,1	32,0	5,4	1,0
1975	100	42,3	26,1	29,0	2,0	0,5
1977	100	45,7	27,3	25,4	1,1	0,5
1978	100	47,9	27,5	23,4	0,8	0,4
1979	100	49,0	28,0	21,8	0,7	0,5
1980	100	49,6	29,4	20,3	—	0,7
1981	100	50,1	30,3	18,8	—	0,9
1982	100	50,3	31,0	17,9	—	0,9
1983 Sept.	100	51,1	31,1	17,1	—	0,8

1 Einschl. Verschuldung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa), die für den Bund 1955–1973 die Fremdfinanzierung von Verkehrsinvestitionen übernommen hatte, und nach Einbeziehung der Schulden, die 1972 und 1973 von beauftragten Kreditinstituten für die Finanzierung von Ausgaben des Bundes nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz eingegangen worden sind. — 2 Die Verschuldung ab 1974 ist mit den früheren Angaben wegen der Neuabgrenzung der Gemeindeverschuldung nicht voll vergleichbar. — 3 Der Bund hat 1980 die Schulden des Lastenausgleichsfonds mitübernommen. Diese werden seither zusammen mit der eigentlichen Bundesschuld beim Bund nachgewiesen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte 1/1984

schuldung expandierte im betrachteten Zwölfjahreszeitraum somit weit stärker als das Bruttosozialprodukt: Während der öffentliche Schuldenbestand Ende 1970 einen Anteil am Bruttosozialprodukt von 18,6% erreichte, ist er über 24,9% 1975 bis Ende 1982 auf 38,5% angestiegen.

Eine Unterteilung des Gesamtzeitraumes in die Periode von 1970 bis 1974 und die Zeit danach verdeutlicht, daß der überwiegende Teil des Verschuldungszuwachses in die Periode nach 1975 fällt. Während die Nettokreditaufnahme aller Gebietskörperschaften in der ersten Periode jahresdurchschnittlich bei 15,7 Mrd. DM lag und in erster Linie von der Neuverschuldung der Gemeinden dominiert wurde, ist der Schuldenbestand seit 1975 im Durchschnitt jährlich um 52,8 Mrd. DM angewachsen. Dabei entfällt in der zweiten Periode über die Hälfte der öffentlichen Nettokreditaufnahme auf den Bund. Deutlich angestiegen ist aber auch der Verschuldungsbedarf der Länder, während die Gemeinden nur noch zu 10% am Schuldenzuwachs aller Gebietskörperschaften beteiligt waren.

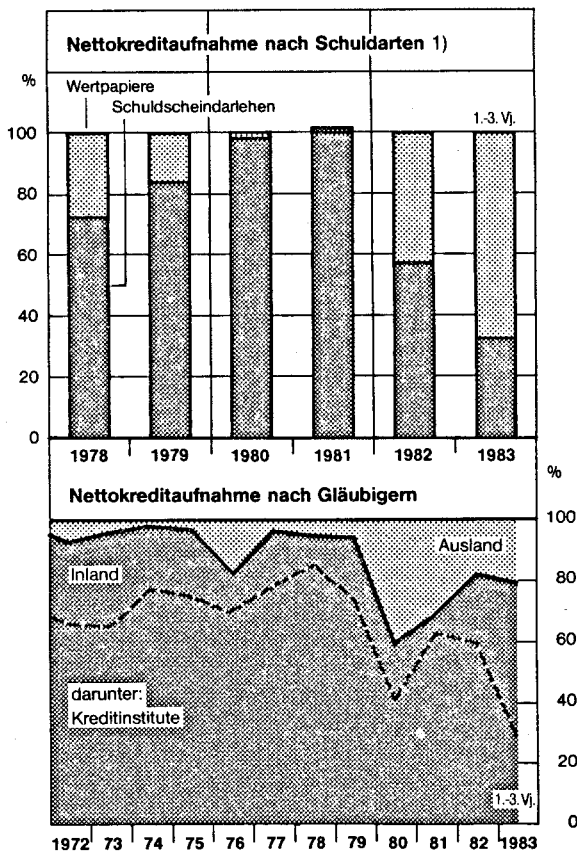
Da die Art und Weise der Kreditaufnahme zwischen den Gebietskörperschaften nicht unerheblich differiert, ist die Verschiebung der Gewichte der einzelnen Staatsebenen an der öffentlichen Verschuldung auch für die Gläubigerstrukturentwicklung von Bedeutung.

Bei der Verschuldung der öffentlichen Haushalte stehen den Gebietskörperschaften im Prinzip eine breite Palette unterschiedlicher Kreditaufnahmeformen zur Verfügung. In der Praxis werden allerdings lediglich vom Bund in größerem Ausmaß die verschiedenen Schuldformen eingesetzt. Neben den gesetzlich eingeschränkten Buchkrediten der Deutschen Bundesbank und den Darlehen von Sozialversicherungen und sonstigen Nichtbanken, die alle inzwischen quantitativ bedeutungslos sind, erfolgt die öffentliche Kreditaufnahme in der Bundesrepublik vor allem in zwei Formen:

- durch die Ausgabe und Unterbringung von festverzinslichen Wertpapieren des Staates
- durch die direkte Kreditaufnahme im Bankensystem in Form der sog. Schuldscheindarlehen.

Während es sich bei den Bankkrediten um direkte Ausleihungen einzelner Kreditinstitute an die Gebietskörperschaften handelt, sollen die festverzinslichen Wertpapiere zum überwiegenden Teil über das Bankensystem dem ›Publikum‹ zum Erwerb angeboten

Strukturdaten der Verschuldung



1) Ohne Berücksichtigung der geringen Schulden in anderer Form als in Wertpapieren und Schuldscheindarlehen.

BBK

Quelle: ebenda

werden. Die Banken erhalten hierfür eine Verkaufsprovision, sie übernehmen aber auch einen Teil dieser Papiere in die eigenen Wertpapierbestände (siehe unten).

Tabelle 16 Schuldenbestand der Gebietskörperschaften nach wichtigen Schuldarten

	1970	1974	1978	1982
<i>Bund</i> ¹ (in Mrd. DM)	57,8	78,7	182,0	314,3
davon in %:				
festverzinsliche Wertpapiere ²	24,2	29,5	44,8	36,3
Bankkredite ³	28,4	29,2	38,5	48,1
<i>Länder</i> (in Mrd. DM)	27,8	47,3	102,1	190,6
davon in %				
festverzinsliche Wertpapiere ²	21,6	19,5	12,9	6,3
Bankkredite ³	38,8	53,9	75,2	85,4
<i>Gemeinden</i> (in Mrd. DM)	40,3	66,4	86,7	109,9
davon in %				
festverzinsliche Wertpapiere ²	1,7	0,8	0,3	0,1
Bankkredite ³	80,1	89,3	92,5	94,0
<i>Öffentliche Haushalte insgesamt</i> (in Mrd. DM)	125,9	192,4	370,8	614,8
davon in %				
festverzinsliche Wertpapiere ²	16,4	17,1	25,7	20,5
Bankkredite ³	47,3	56,0	61,2	67,8

1 Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

2 Kassenobligationen, Anleihen sowie beim Bund Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen.

3 Bei den Angaben für 1982 sind in den Bankkrediten auch die bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen enthalten.

Quelle: Troost, S. 13; eigene Berechnungen.

Tabelle 16 zeigt für die einzelnen Gebietskörperschaften die Entwicklung der jeweiligen Anteile dieser beiden Schuldarten an der Gesamtverschuldung. Bei den öffentlichen Haushalten insgesamt wird der erhebliche Bedeutungszuwachs der direkten Bankkredite sichtbar: während 1970 noch weniger als die Hälfte des Schuldenbestandes auf die Direktausleihung der Kreditinstitute entfielen, waren es Ende 1982 über $\frac{2}{3}$. Extreme Verschiebungen zugunsten der Bankkredite zeigen sich bei den Ländern; die Verschuldung der Gemeinden erfolgt praktisch ausschließlich in dieser Schuldart.

Der Anteil der festverzinslichen Wertpapiere ist bei den Gebietskörperschaften insgesamt ebenfalls leicht angestiegen, was aber

ausschließlich auf die Verschuldungsaktivitäten des Bundes zurückzuführen ist. Zwar haben auch beim Bund die Bankkredite im Zeitablauf deutlich an Gewicht gewonnen, gleichzeitig wurden aber auch verstärkt Kredite in Form von festverzinslichen Wertpapieren aufgenommen. Das Volumen des Absatzes der Wertpapiere und damit die jeweilige Struktur der Schuldformen des Bundes unterliegt allerdings ganz erheblichen jährlichen Schwankungen (siehe Deutsche Bundesbank; MB 1/1984, S. 26 f.).

Da die Kreditinstitute nicht nur über die Direktausleihungen an der Finanzierung der Staatsverschuldung beteiligt sind, sondern zusätzlich auch noch einen Teil der von den öffentlichen Haushalten ausgegebenen Wertpapiere selber halten, ist die Gläubigerstruktur des staatlichen Kreditbestandes bereits vorgezeichnet.

Anfang der 80er Jahre liegen zwei Drittel der gesamten öffentli-

*Tabelle 17 Gläubigerstruktur der Verschuldung der öffentlichen Haushalte
Anteil am Schuldenbestand in v. H.*

	Bundesbank	Kreditinstitute	Sozialversicherungen	sonstige inländische Nichtbanken	Ausland
1970	9,2	61,6	5,0	30,0	1,2
1971	7,9	62,6	5,1	23,1	1,3
1972	5,9	62,9	5,0	24,6	1,6
1973 ¹	7,0	63,5	4,8	22,4	2,2
1974 ¹	5,4	64,9	5,0	22,3	2,3
1975	5,1	67,8	8,0	16,3	2,8
1976	3,8	68,1	4,9	18,5	4,6
1977	3,0	69,1	3,2	20,4	4,3
1978	3,0	70,8	2,8	18,7	4,6
1979	2,4	71,2	2,4	19,2	4,7
1980	2,9	67,7	2,3	18,3	8,9
1981	2,9	67,1	2,0	15,8	12,2
1982	2,3	66,1	1,7	17,0	12,9

1 Für die Jahre 1973 und 1974 liegen Angaben über die Gläubigerstruktur nur für den Schuldenbestand ohne die Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, die erst im Monatsbericht 6/1978 einbezogen werden, vor. Außerdem wird die Zusatzversicherung des öffentlichen Dienstes seit diesem Zeitpunkt den Sozialversicherungen zugeordnet. 1975 kommt es hierdurch zu einer statistisch bedingten Verschiebung zwischen den Angaben für die Sozialversicherungen und die sonstigen inländischen Nichtbanken.

Quelle: Troost, S. 18; eigene Berechnungen.

chen Verschuldung in den Kredit- und Wertpapierbeständen der inländischen Kreditinstitute. Mit Ausnahme des Auslandes haben dagegen alle anderen Gläubigergruppen im Betrachtungszeitraum – z. T. erheblich – an Bedeutung verloren. (Der Anstieg des Anteiles der im Ausland untergebrachten Staatsschulden Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre ist darauf zurückzuführen, daß die Deutsche Bundesbank den zentralen Gebietskörperschaften aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen empfohlen hat, einen Teil der jeweiligen Kreditaufnahme bei ausländischen Kreditinstituten zu plazieren.)

Der kurze Überblick über die Entwicklung der Schuldarten- und Gläubigerstruktur hat gezeigt, daß den Geschäftsbanken aus der Sicht der öffentlichen Haushalte eine dominierende und im Zeitablauf noch erheblich gestiegenen Bedeutung bei der Finanzierung der staatlichen Kreditaufnahme zukommt. In einem zweiten Schritt muß nun überprüft werden, welche quantitative Rolle die öffentlichen Kredite aus der Sicht der einzelnen Bankengruppen im Rahmen ihres gesamten Kreditgeschäftes spielen.

3.2 Die Bedeutung des Kreditgeschäftes mit dem Staat bei wichtigen Bankengruppen

Die in Tabelle 18 dargestellte Entwicklung des Anteiles der an die öffentlichen Haushalte vergebenen Kredite an den insgesamt an Inländer vergebenen Krediten zeigt deutlich, daß die Gebietskörperschaften als Schuldner im Rahmen des gesamten Bankengeschäftes erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Während die gesamten Ausleihungen der Banken an die Gebietskörperschaften Anfang der 70er Jahre einen Anteil von 15–16% am Kreditvolumen an inländische Nichtbanken hatten, erreichen sie Ende 1982 mit 24,1% annähernd ein Viertel. Bei einer Beschränkung der Betrachtung auf die Direktkredite (ohne Wertpapiere) als den Kernbereich des Aktivgeschäftes zeigt sich ein ähnliches Bild: auch hier ist der öffentliche Anteil von rund 13% 1970 auf 22% 1982 angestiegen.

Da das Volumen der Kredite an den Staat und seine jeweilige relative Bedeutung zwischen den einzelnen Kreditinstituten aller-

Tabelle 18 Anteil aller Kredite von Banken¹ an inländische öffentliche Haushalte an den gesamten Krediten an inländische Nichtbanken

	Anteil am Bestand am Jahresende (in %)	Anteil an den Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ² (in %)
1970	16,1	13,7
1971	15,9	14,6
1972	15,3	11,6
1973	15,3	16,2
1974	16,5	32,8
1975	20,4	60,9
1976	21,5	31,7
1977	22,1	27,9
1978	22,7	28,3
1979	22,4	20,2
1980	22,0	17,7
1981	23,2	36,6
1982	24,1	37,7
1983	23,7	17,3

1 Einschließlich Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen.

2 Ohne statistisch bedingte Veränderungen.

Quelle: Troost, S. 28; eigene Berechnungen.

dings stark differiert, soll im folgenden kurz der Entwicklung der Marktanteile wichtiger Bankengruppen im Staatskreditgeschäft nachgegangen werden.

Tabelle 19 zeigt, daß im Vergleich zur Ausgangssituation Anfang der 70er Jahre die Großbanken, die Regional- und sonstigen Kreditbanken, die Girozentralen und die Privaten Hypothekendarlehenbanken ihren Marktanteil am gesamten öffentlichen Kreditbestand aller Banken deutlich ausgebaut haben. Beträchtliche Anteilsrückgänge sind bei den Sparkassen, den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben und bei den sonstigen Institutsgruppen feststellbar.

Aus dem Bereich der Kreditbanken haben sich die *Großbanken* und die *Regionalbanken* in der zweiten Hälfte der 70er Jahre deutlich stärker im Kreditgeschäft mit den öffentlichen Haushalten engagiert. Während sich die Großbanken nahezu ausschließlich an der Finanzierung der Verschuldung des Bundes beteiligen, sind die Regionalbanken auch im Bereich der Finanzierung Länderverschuldung aktiv. Bei der kommunalen Kreditaufnahme

Tabelle 19 Marktanteil einzelner Bankengruppen am gesamten Bestand der Kredite¹ an öffentliche Haushalte (Anteil am Bestand in v. H.)

	Großbanken	Regionalbanken	Girozentralen Sparkassen	Genossenschaftl. Zentralbanken	Kreditgenossenschaften	Private Hypothekenbanken	Öffentl.-rechtliche Grundkreditanstalten	
1970	3,8	5,2	24,2	27,8	2,2	3,0	11,9	6,9
1973	2,0	5,2	31,5	27,0	1,0	3,6	11,7	3,4
1975	6,3	6,3	30,1	23,2	2,4	2,9	14,7	4,5
1978	7,7	9,4	28,1	19,5	2,0	2,3	17,2	6,0
1980	5,6	9,6	30,5	18,2	1,3	2,2	18,6	6,9
1982	4,7	8,8	30,6	16,3	2,6	2,0	19,2	9,3
1983	4,5	9,7	30,6	16,0	2,3	2,2	19,4	8,7

¹ einschließlich Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen
 Quelle: Troost, S. 37; eigene Berechnungen.

Tabelle 20 Marktanteil einzelner Bankengruppen am Direktkreditbestand¹ verschiedener Gebietskörperschaften (Anteil am Jahresende in v. H.)

	Groß- banken	Regional- banken	Giro- zentralen	Sparkassen	Private Hy- potheken- banken	übrige Ban- kengruppen
Bund²						
1973	1,6	1,8	26,3	1,2	13,9	55,2
1974	2,5	2,3	36,6	3,7	18,3	36,6
1975	13,7	4,6	30,5	4,9	16,1	30,2
1976	16,3	6,8	26,8	4,7	18,4	27,0
1977	16,0	8,8	25,0	4,8	20,9	24,6
1978	17,3	10,7	26,4	5,9	20,2	19,6
1979	14,7	11,3	29,9	6,3	19,9	17,9
1980	10,8	10,9	30,4	6,3	23,8	17,8
1981	8,8	9,6	33,7	5,2	24,4	18,2
1982	6,8	8,3	31,9	4,8	25,9	22,2
Länder						
1973	2,5	5,7	45,3	10,2	19,9	16,4
1974	2,6	5,4	39,1	10,7	27,9	14,2
1975	2,9	7,1	35,1	11,0	29,0	14,8
1976	3,2	7,5	33,0	10,4	30,5	15,4
1977	2,5	8,3	32,2	10,3	30,9	15,8
1978	3,2	9,2	31,2	9,5	30,6	16,3
1979	2,9	10,2	32,7	7,9	30,1	16,2
1980	3,2	10,4	34,6	7,2	28,8	15,8
1981	2,8	9,6	35,6	6,4	28,0	17,5
1982	3,9	8,5	33,4	6,7	28,5	18,9
Gemeinden und Gemeindeverbände³						
1973	0,4	4,8	33,2	41,4	10,2	9,9
1974	0,2	4,9	33,0	41,0	10,1	10,7
1975	0,2	5,1	31,2	41,3	10,6	11,7
1976	0,1	5,3	30,6	41,1	10,1	12,8
1977	0,1	5,8	31,3	39,3	11,1	12,4
1978	0,1	5,8	31,1	39,3	10,9	12,8
1979	0,1	5,7	31,0	40,1	9,8	13,3
1980	0,1	6,0	31,2	39,7	9,3	13,8
1981	0,1	6,2	31,0	38,5	9,4	14,7
1982	0,0	6,9	30,5	37,2	9,6	15,7

1 Ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsfor-
derungen.

2 Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

3 Ohne kommunale Zweckverbände mit hoheitlichen Aufgaben.

Quelle: Troost, S. 42; eigene Berechnungen.

sind beide Bankengruppen nur wenig bzw. praktisch gar nicht engagiert.

Im Bereich der Sparkassenorganisation zeigt sich ein deutlich gegenläufiger Trend: während die *Girozentralen* Ende 1970 hinter den Sparkassen lediglich die zweitwichtigste Gläubigergruppe stellten, erreichte ihr Marktanteil bereits Mitte der 70er Jahre mit 32,7% (Ende 1974) das höchste Niveau. Seit dieser Zeit sind die Landesbanken mit weitem Abstand Hauptgläubiger des Staates geworden. Sie nehmen bei allen drei Gebietskörperschaften eine annähernd gleichstarke Stellung ein. Der Marktanteil der *Sparkassen* hat sich dagegen nahezu kontinuierlich von rund 28% Ende 1970 bis auf 16,0% Ende 1983 reduziert. Seit 1980 werden sie sogar von den Privaten Hypothekenbanken vom zweiten auf den dritten Platz verdrängt. Wesentliche Ursache für diese Entwicklung ist der relative Bedeutungsverlust der Gemeindeverschuldung, da die Sparkassen ihre Kreditaktivitäten mit dem Staat weitgehend auf diesen Bereich konzentrieren.

Die *Genossenschaftlichen Zentralbanken* und die *Kreditgenossenschaften* tragen nur wenig zur Finanzierung der Staatsverschuldung bei.

Der stärkste Anstieg des Marktanteiles ist bei den *Privaten Hypothekenbanken* feststellbar. Seit Ende 1973 (11,7%) hat sich die relative Bedeutung dieser Bankengruppe, deren Institute zum überwiegenden Teil von den drei Großbanken und den beiden großen bayrischen Kreditbanken beherrscht werden (siehe auch S. 341 f.), jedes Jahr vergrößert und Ende 1983 inzwischen 19,4% erreicht. Der festgestellte erneute Rückgang des (direkten) Marktanteiles der Großbanken am Staatskreditgeschäft ist somit von den kapitalmäßig mit ihnen verbundenen Hypothekenbanken weit überkompensiert worden.

Der Marktanteil der ebenfalls zum Bereich der Realkreditinstitute gehörenden *Öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten* hat sich im Gesamtzeitraum der 70er Jahre nur wenig geändert. Erst Anfang der 80er Jahre ist bei ihnen eine Hinwendung zur verstärkten Kreditvergabe an die öffentlichen Haushalte festzustellen.

Faßt man die vom Privatkapital beherrschten Groß- und Regionalbanken sowie die Privaten Hypothekenbanken zusammen und vergleicht ihren Marktanteil mit dem der von der öffentlichen Hand beeinflussten Sparkassen, Girozentralen und Öffentlich-Rechtlichen Realkreditinstitute, zeigt sich der erhebliche Bedeutungszuwachs der privaten Banken im Staatskreditgeschäft.

Tabelle 21 Zusammengefaßter Marktanteil der wichtigsten privaten und öffentlichen Bankengruppen am Staatskreditgeschäft (in % aller Bankengruppen)

	1970	1975	1983
Private Bankengruppen (Großbanken, Regionalbanken, Private Hypothekenbanken)	20,8	27,3	33,6
Öffentlich-Rechtliche Bankengruppen (Sparkassen, Girozentralen, Öffentl.-Rechtl. Grundkreditanstalten)	58,9	57,8	55,2

Quelle: Deutsche Bundesbank; eigene Berechnungen

Während sich der Marktanteil der öffentlichen Banken leicht reduziert hat, haben die privaten Kreditinstitute von 1970 bis 1982 einen Anteilszuwachs von über 50% zu verzeichnen.

Die Betrachtung der Marktanteilsentwicklung gibt zwar einen Einblick in die Frage, mit welchen Bankengruppen die öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren Kreditverträge abgeschlossen haben, sie läßt aber noch offen, welche relative Bedeutung das Staatskreditgeschäft im Rahmen der gesamten inländischen Kreditaktivitäten bei den einzelnen Instituten eingenommen hat.

In Tabelle 22 ist deshalb der Anteil der öffentlichen Kredite am jeweiligen Gesamtkreditbestand gegenüber inländischen Nichtbanken für die betrachteten Bankengruppen wiedergegeben. Deutliche Gewichtsverlagerungen zugunsten der öffentlichen Kredite sind seit 1975 bei den Großbanken, den Regionalbanken, den Girozentralen und Genossenschaftlichen Zentralbanken sowie den Privaten und Öffentlich-Rechtlichen Hypothekenbanken feststellbar. Bei diesen Bankengruppen lag das Wachstum der Kreditvergabe an die Gebietskörperschaften seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre deutlich über dem der Ausleihungen an Private. Ihre gesamte Kreditvolumenexpansion wurde somit seit dieser Zeit zu einem erheblichen Teil im Staatskreditgeschäft realisiert.

Bei den Sparkassen hat sich dagegen bei einer Durchschnittsbetrachtung im Untersuchungszeitraum nichts verändert. Auf den relativen Bedeutungszuwachs der Staatskredite bis 1975 folgte ein nahezu kontinuierlicher Rückgang. Die häufig vorzufindende Vermutung, daß gerade die Sparkassen überdurchschnittlich stark bei

Tabelle 22 Anteil aller Kredite an inländische öffentliche Haushalte¹ am gesamten Kreditbestand an inländische Nichtbanken bei einzelnen Bankengruppen (in v. H.)

	alle Banken- gruppen	Großbanken	Regional- banken	Giro- zentralen	Sparkassen	Genossen- schaftl. Zen- tralbanken	Kredit- genossen- schaften	Private Hy- potheken- banken	Öffentl.- rechtliche Grundkredit- anstalten
1970	16,2	6,5	8,3	27,2	18,6	28,4	5,9	21,0	10,5
1971	16,1	5,2	7,8	27,8	18,5	21,5	5,9	21,5	10,7
1972	15,7	4,2	7,7	27,8	18,5	17,4	5,9	19,9	9,5
1973	15,2	3,5	7,2	27,7	17,8	17,4	5,6	18,3	7,5
1974	15,7	3,9	7,6	29,9	18,0	17,0	5,6	19,6	7,8
1975	18,4	8,5	9,9	32,4	19,6	27,4	6,0	24,2	11,1
1976	21,2	14,9	14,0	35,5	20,7	28,3	6,0	30,0	15,5
1977	21,8	15,1	16,6	36,6	20,1	24,1	5,6	32,6	17,8
1978	22,6	17,5	18,7	38,4	19,2	27,7	5,1	33,9	19,3
1979	22,6	17,1	19,8	40,5	18,1	24,9	4,7	34,9	20,4
1980	22,3	15,3	20,5	42,2	16,9	22,8	4,3	35,8	21,6
1981	22,4	12,9	20,4	44,0	16,0	18,5	4,0	37,3	23,7
1982	23,7	13,0	20,7	45,6	16,1	30,5	3,9	38,5	29,1
durchschnittlicher Anteil am Kreditbestand									
1970/74	15,8	4,7	7,7	28,1	18,3	19,7	5,8	20,1	9,2
1975/79	21,3	14,6	15,8	36,7	19,5	26,5	5,5	31,1	16,8
1980/82	22,8	13,7	20,5	43,9	16,3	23,9	4,1	37,2	24,8

¹ Einschl. Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Ausgleichs- und Deckungsforderungen; die Anteile wurden auf der Grundlage der aus den Monatsendwerten errechneten Jahresdurchschnittswerte ermittelt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

der Finanzierung der öffentlichen Defizite engagiert sind, ist seit Mitte der 70er Jahre unzutreffend. Sowohl bei der Gesamtheit aller Bankengruppen als auch bei einer Vielzahl der einzelnen betrachteten Institutsgruppen liegt der Anteil der öffentlichen Kredite inzwischen – zum Teil deutlich – über den Werten der Sparkassen. Die Zuwachsraten des Kreditvolumens an private und öffentliche Schuldner waren bei ihnen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nahezu identisch.

Eine entgegengesetzte Entwicklungstendenz zeigt sich bei den Kreditgenossenschaften. Während sich die Zentralinstitute des Genossenschaftsbereiches, über die der Liquiditätsausgleich zwischen den einzelnen Instituten erfolgt, ebenfalls erheblich stärker um den »zu verteilenden Kuchen« des Staatskreditgeschäftes bemüht haben, sind die Basisinstitute nach wie vor nahezu ausschließlich im Bereich der Finanzierung der Kreditnachfrage der inländischen Unternehmen und Privatpersonen engagiert. Trotz ihres Verzichtes auf das Staatskreditgeschäft weisen die Kreditgenossenschaften seit Mitte der 70er Jahre weit überdurchschnittliche Zuwachsraten ihres gesamten inländischen Kreditvolumens auf.

Betrachtet man die Entwicklung des Anteils der öffentlichen Kredite am Gesamtkreditbestand zusammen mit der in Tabelle 19 dargestellten Marktanteilsentwicklung, wird deutlich, daß die für das gesamte Bankensystem feststellbare Verschiebung des Aktivgeschäftes zugunsten der öffentlichen Defizitfinanzierung in erster Linie auf Veränderungen in der Kreditstruktur der Groß- und Regionalbanken, der Girozentralen sowie der Privaten und Öffentlich-rechtlichen Realkreditinstitute zurückzuführen ist. Bei den anderen Bankengruppen hat sich entweder keine diesbezügliche Verschiebung ergeben oder ihr Marktanteil ist zu gering bzw. hat sich sogar rückläufig entwickelt.

Die erhebliche Ausweitung der öffentlichen Verschuldung im Bankensystem und der beträchtliche Anstieg der öffentlichen Kredite an den Gesamtkreditbeständen relevanter Bankengruppen sollen im folgenden nun auf ihre Konsequenzen für die Gewinnentwicklung der Banken untersucht werden. Dabei erweist es sich als notwendig, die Ertragswirkungen der Kreditvergabe der Banken an die Gebietskörperschaften (in Form von Direktkrediten oder durch die Übernahme von staatlichen Wertpapieren in die eigenen Bestände) und die Aktivitäten der Kreditvermittlung in Form des Verkaufes von festverzinslichen Wertpapieren für

den Staat getrennt zu betrachten. Während der erste Fall einen Teil des zinstragenden Kreditgeschäftes darstellt, handelt es sich im zweiten Fall um einen Bestandteil des Dienstleistungsgeschäftes, in dem Gebühren- und Provisionseinnahmen erwirtschaftet werden.

3.3 Auswirkungen der Direktkredite an den Staat für die Geschäfts- und Gewinnentwicklung der Banken

Daß das erheblich angewachsene Engagement der Banken bei der Finanzierung der öffentlichen Defizite mit relevanten Ertragswirkungen verbunden ist, scheint allgemein anerkannt zu sein – keine Einigung besteht aber über die Richtung dieser Wirkungen. Vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium wird in seinem 1979 vorgelegten »Gutachten zur Schuldenstrukturpolitik des Staates« (im folgenden zit.: Schuldenstrukturgutachten) die Vermutung geäußert, daß die Gebietskörperschaften bei ihrer Kreditaufnahme überhöhte Zinsen zu bezahlen haben, die »möglicherweise nicht wettbewerbsgerecht (sind)« (ebenda, S. 89), und »daß dem Staat geringere Kosten entstünden, wenn ein stärkerer Wettbewerb zwischen den Banken herrschte« (S. 64). Auch in der Öffentlichkeit ist häufiger das Argument zu finden, daß die Gewinnexpansion bei den Banken seit Anfang der 80er Jahre in erster Linie auf die hohen Zinszahlungen der Gebietskörperschaften zurückzuführen sei.

Demgegenüber stehen zahlreiche Äußerungen aus der Kreditwirtschaft, die auf den besonders harten Wettbewerb im Staatskreditgeschäft hinweisen und die diesen Geschäftsbereich als wenig lukrativ, weil mit einer zu geringen Zinsmarge ausgestattet, ansehen (siehe entsprechende Zitate in Troost, S. 116ff.). Von der Deutschen Bundesbank wird ebenfalls hervorgehoben, daß die Ausleihungen an den Staat »unter reinen Ertragsgesichtspunkten weniger lukrativ (sind), da sie eine wesentlich niedrigere Rentabilität als die Kredite an die private Kundschaft aufweisen.« (Deutsche Bundesbank, MB 8/1981, S. 19)

Auf den ersten Blick erscheinen solche Klagen aus der Kreditwirtschaft absurd: die Banken engagieren sich völlig freiwillig und ohne jeden staatlichen Druck seit Mitte der 70er Jahre erheblich stärker in diesem Geschäftsbereich, rennen den Gebietskörper-

schaften mit ihren Kreditangeboten häufig genug die Türen ein und beschwerten sich gleichzeitig über eine zu geringe Profitabilität. Um diese Widersprüchlichkeit erklären zu können, müssen im folgenden wichtige Besonderheiten der Kredite an die öffentlichen Haushalte gegenüber den normalen Firmen- und Privatkundengeschäften herausgearbeitet werden.

Auch wenn konkrete Zahlenangaben in der Öffentlichkeit nicht vorhanden sind, sprechen in der Tat einige Faktoren dafür, daß die jeweils mit den Gebietskörperschaften ausgehandelten Zinskonditionen unter den ansonsten im Kreditgeschäft üblichen liegen. Es ist bekannt, daß die von den Banken verlangten Kreditzinsen je nach Kundengruppe stark differieren. Großkreditnehmer erhalten in aller Regel wesentlich günstigere Kreditkonditionen, sie verfügen gegenüber einzelnen Banken über mehr Verhandlungsmacht und haben eine bessere Marktübersicht, die es ihnen erlaubt, zumindest kleinere Kreditinstitute gegeneinander auszuspielen.

Solche Vorteile gelten zumindest auch für die zentralen Gebietskörperschaften, die von den Banken als »erste Adressen« angesehen werden und die aufgrund der Höhe des Einzelkreditvolumens durchaus über eine relativ große Marktmacht gegenüber einzelnen Kreditinstituten verfügen. Beim Bund wird für den Abschluß eines Direktkredites ein Zeichnungsvolumen von mindestens 10 Mio. DM vorausgesetzt, im Regelfall werden Kreditverträge im Volumen von 50 Mio. DM und mehr abgeschlossen. Auch bei den Ländern belaufen sich die normalen Zeichnungsbeträge zwischen 10–20 Mio. DM.

Von daher kann es als sehr wahrscheinlich angesehen werden, daß die Banken bei ihrer Kreditvergabe an den Staat die Zins-schrauben nicht in ähnlicher Weise ansetzen können, wie sie dies bei kleineren und mittleren Kreditnehmern zu tun pflegen. Die Ausleihungen an die Gebietskörperschaften sind deshalb in aller Regel mit einer geringeren Zinsmarge – d. h. einer kleineren Differenz zwischen dem erzielten Zinssatz im Aktivgeschäft und dem von den Banken für die Refinanzierung zu bezahlenden Passivzinssätzen – ausgestattet. Die jeweilige absolute Höhe der Zinsmarge ist dabei in erster Linie von der Refinanzierungsform abhängig und differiert demgemäß zwischen den verschiedenen Bankengruppen – sowohl bei den Ausleihungen an die Privaten als auch an den Staat – beträchtlich.

Der geringeren Zinsmarge im Kreditgeschäft mit der öffentli-

chen Hand stehen aus der Sicht der Bank aber erhebliche Vorteile bei den anfallenden Geschäftskosten gegenüber. Da die Ausleihungen zumindest an die zentralen Gebietskörperschaften als völlig risikolos angesehen werden, entfallen bei den Banken auch sämtliche Verwaltungsaufwendungen, die mit der Kreditwürdigkeitsprüfung und der laufenden Kreditüberwachung verbunden sind (siehe Troost, S. 101ff.). Hinzu kommt, daß aufgrund des weit überdurchschnittlich hohen Volumens des einzelnen Kreditabschlusses auch die relativen Verwaltungsaufwendungen sinken.

Zum Vergleich der jeweiligen Verwaltungsaufwendungen für einen Unternehmenskredit und eine Ausleihung an den Staat: »Bei einem Unternehmenskredit in der Größenordnung von 100 000 DM bis 1 Million DM fallen unmittelbare Verwaltungskosten in Form von Sachbearbeiterkosten von »einer Mannwoche« sowie »eine Mannwoche« Gemeinkosten an. Zusätzlich ist in vielen Fällen noch die Erstellung eines externen Gutachtens notwendig. Eine zusätzliche Kreditvergabe an den Bund nimmt dagegen trotz eines erheblich größeren Volumens nur ungefähr 1 ½ Stunden in Anspruch und wird . . . in aller Regel auf der Geschäftsleitungs- bzw. Vorstandsebene erledigt.« (ebenda, S. 102)

Noch bedeutsamer für die Kostenentwicklung bei den Banken dürfte aber sein, daß die Ausleihungen an die Gebietskörperschaften bei ihrer Fälligkeit tatsächlich dann auch ohne Kreditausfälle oder Rückzahlungsrisiken getilgt werden. Die Banken sind zwar mittels ihrer Kreditwürdigkeitsprüfungen bestrebt, das Ausfallrisiko so gering wie möglich zu halten, zumindest in wirtschaftlichen Krisenzeiten ist eine Verhinderung von tatsächlich auftretenden Kreditausfällen aber im privaten Bereich nicht zu erreichen. Die erheblich angestiegene Zahl der Insolvenzen im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe, spektakuläre Zusammenbrüche und »Sanierungsmaßnahmen bei einzelnen Großunternehmen, Privatkredite, die aufgrund der Einkommensentwicklung und der Arbeitslosigkeit nicht oder nicht fristgerecht getilgt werden können, sowie die inzwischen mit erheblichen Risiken verbundenen ausländischen Länderkredite haben die potentiellen und tatsächlich bereits eingetretenen Kreditausfälle in den letzten Jahren ausgeweitet. Die mit gesicherten Zinszahlungen und einer fristgerechten Rückzahlung verbundenen Kredite an die Gebietskörperschaften erlauben dagegen eine Ausweitung des gesamten Kredit- und Geschäftsvolumens, ohne daß hiermit ein Anstieg des Kreditausfallrisikos verbunden ist.

Der geringeren Zinsmarge beim öffentlichen Kredit stehen somit auch geringere Verwaltungs- und Kreditausfallkosten gegenüber. Dennoch scheinen die Ausleihungen an die Gebietskörperschaften kein vollwertiger Ersatz für die Kreditgeschäfte mit der Privatkundschaft zu sein. Die objektiven Vorteile bei den Verwaltungsaufwendungen dürften sich erst mittel- und längerfristig in der Kostenentwicklung niederschlagen, da der überwiegende Teil der Personal- und Sachkosten kurzfristig als Fixkostenblock anzusehen ist. Außerdem fallen im Privatkundengeschäft mit der Kreditvergabe häufig weitere Geschäftsbeziehungen und Dienstleistungen an, aus denen die Banken zusätzliche Erträge in Form von Gebühren-, Provisions- und ähnlichen Einnahmen ziehen.

Zur Erklärung des seit 1975 feststellbaren dauerhaft höheren Engagements der Kreditwirtschaft bei der Finanzierung der Staatsverschuldung muß daher auf eine weitere Besonderheit der Direktkredite an die Gebietskörperschaften hingewiesen werden. Gemäß dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG) sind vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen sog. »Grundsätze über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute« aufgestellt worden, die für die Banken verbindlich sind und laufend vom Bundesaufsichtsamt überprüft werden. Bedeutsam für die hier behandelte Fragestellung ist dabei der *Grundsatz I*: In diesem Grundsatz wird das Verhältnis zwischen der Kreditgewährung und dem haftenden Eigenkapital geregelt, wobei die Kredite und Beteiligungen eines Kreditinstitutes das 18fache der haftenden Eigenmittel nicht überschreiten sollen. Entscheidend ist, daß die Kreditvergabe an die inländischen öffentlichen Haushalte auf diesen Grundsatz nicht angerechnet wird (siehe im einzelnen Troost, S. 59 ff.). Eine analoge Regelung existiert im Hypothekendarlehenbankgesetz (HBG) für die Realkreditinstitute: dort haben die sog. Kommundarlehen, die u. a. auch sämtliche Ausleihungen an alle Gebietskörperschaften umfassen, eine Sonderstellung, da für sie eine eigenständige – an das jeweilige Volumen des haftenden Eigenkapitals gebundene – Umlaufbegrenzung bei der Refinanzierung und damit indirekt bei der Kreditvergabe existiert (siehe ebenda, S. 84 ff.).

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu können, sind aufgrund dieser Sonderregelungen die folgenden Zusammenhänge von entscheidender Bedeutung: Die Mehrzahl der bundesdeutschen Kreditinstitute kann aufgrund gesetzlicher Bestimmungen und kurz-

fristiger ökonomischer Grenzen ihre haftenden Eigenmittel nicht beliebig aufstocken. Gemäß den oben angedeuteten Bestimmungen geraten sie daher immer näher an ihre Expansionsgrenze für die Kreditvergabe an die Privatkundschaft. Die forcierten Ausleihungen an den Staat bieten ihnen somit die willkommene Gelegenheit, ihr Gesamtkredit- und Geschäftsvolumen deutlich auszuweiten, ohne daß hierfür eine entsprechende Aufstockung des Eigenkapitals erforderlich wird. Überschlägige Berechnungen zeigen daher auch, daß viele Institutsgruppen in den letzten Jahren bei einem Verzicht auf das Staatskreditgeschäft überhaupt nicht in der Lage gewesen wären, auf der Basis des vorhandenen Eigenkapitals die tatsächlich erreichte Kreditvolumenausweitung ausschließlich im Privatkundengeschäft vorzunehmen (siehe ebenda, S. 64 ff. und S. 88 ff.).

Die Sonderstellung der Direktkreditgewährung an den Staat ist für die Banken daher aus zweierlei Gründen von Bedeutung:

Erstens sind die Institute hierdurch in der Lage, ihr gesamtes Kreditvolumen stärker auszuweiten, als dies bei einer ausschließlichen Befriedigung der privaten Kreditnachfrage möglich wäre. Selbst wenn diese Kreditaktivitäten nur mit relativ geringen Zinsmargen ausgestattet sind, erbringen sie zusätzliche Erträge, denen faktisch keinerlei zusätzliche Verwaltungsaufwendungen gegenüberstehen. Die Überschüsse aus dem Staatskreditgeschäft können mit zur Abdeckung der insgesamt zu tragenden Fixkosten verwendet werden.

Da zweitens diese Kreditausweitung nicht an eine Aufstockung des Eigenkapitals gebunden ist, führen die Erträge aus diesem Geschäftsbereich unmittelbar zu einer Verbesserung der Rentabilität des eingesetzten Eigenkapitals. Bei der Kalkulation kann auf eine sonst übliche Einbeziehung der Eigenkapital(beschaffungs)kosten vollständig verzichtet werden. Forcierte Kreditaktivitäten mit dem Staat führen daher tendenziell zu einer Auseinanderentwicklung der Umsatz- und der Eigenkapitalrentabilität: Da die Zinsmargen bei den Ausleihungen an die Gebietskörperschaften niedriger als die im Privatkundengeschäft sind, kommt es bei einem steigenden Anteil der öffentlichen Kredite zu einer Absenkung der durchschnittlichen Zinsspanne (Zinsüberschuß in % des Geschäftsvolumens). Da aber keine Aufstockung des Eigenkapitals hierfür erforderlich ist, führt das steigende Zinsüberschußvolumen zu einer Verbesserung der Eigenkapitalrentabilität (siehe auch ebenda, S. 163 ff.).

Aus diesem Blickwinkel heraus sind die Ausleihungen an den Staat für die Banken als Zusatzgeschäft anzusehen. Zunächst wird die an die Banken herangetragene – ertragreichere – private Kreditnachfrage befriedigt und anschließend das Kreditvolumen durch zusätzliche Direktkredite an die Gebietskörperschaften aufgestockt.

Vor dem Hintergrund dieser herausgearbeiteten Besonderheiten des Staatskreditgeschäftes kann versucht werden, seine Auswirkungen auf die Gewinnentwicklung der Banken abzuschätzen. Dabei erweist es sich als notwendig, den gesamtwirtschaftlichen Hintergrund und die jeweilige Entwicklung der privaten Kreditnachfrage mit in die Betrachtung einzubeziehen.

Das Engagement der Kreditinstitute im Staatskreditgeschäft kann aus zwei – im Einzelfall häufig nicht exakt zu trennenden – Motiven erfolgen: Im ersten Fall dienen die Direktkredite an den Staat bei einem krisenbedingten Rückgang der privaten Kreditnachfrage bzw. ihres Zuwachses als geschäftspolitisch bedeutendes *Ersatzgeschäft*, im zweiten Fall ist der Staatskredit mehr als eigenkapitalneutrales *Zusatzgeschäft* anzusehen.

Als Ersatzanlagemöglichkeit für die Banken kommt der Finanzierung der Staatsverschuldung besondere Bedeutung in wirtschaftlichen Abschwung- und Rezessionsperioden zu. Die Kreditinstitute werden in diesen Perioden mit einem Rückgang der privaten Kreditnachfrage (zumindest mit guter Bonität) konfrontiert und sind deshalb zur Suche nach anderen zinsbringenden Kreditkunden gezwungen. Insbesondere in den Jahren 1974 bis 1976 war für viele Bankengruppen die erhebliche Aufstockung der Kreditvergabe an den Staat praktisch die einzige Möglichkeit, das Kundenkreditvolumen zu halten oder auszubauen. In solchen Perioden wird der Rückgang oder nur minimale Anstieg der privaten Kreditnachfrage durch verstärkte Ausleihungen an die Gebietskörperschaften ersetzt, weil andere risikolose rentable Anlagemöglichkeiten nicht existieren. Die öffentliche Kreditaufnahme liegt daher »nicht zuletzt . . . auch im Interesse des Bankensystems . . . Man kann ja nicht nur Einlagen haben, sondern muß auch auf der Aktivseite tätig sein. In diesem Jahr 1975 aber hat es außer der öffentlichen Hand so gut wie keine anderen Debitoren gegeben.« (Pöhl, S. 30)

Die verstärkte Direktkreditvergabe an den Staat dient den Banken als bedeutsamer Weg der Gewinnstabilisierung, denn hier-

durch kann ein massiver Einbruch des Kreditbestandes verhindert werden. Trotz dieser Gewinnstabilisierungsfunktion bleiben die Klagen der Banken nicht aus: Da die Geschäftsaktivitäten mit den Gebietskörperschaften aufgrund der geringeren Zinsmargen bei kurzfristig weitgehend vorgegebenen Zins- und Verwaltungskosten weniger gewinnträchtig als das Privatkundengeschäft sind, ergibt sich ein gewisser Druck auf die Gewinnentwicklung. »Die Ausleihungen an die Gemeinden, die Länder und den Bund streicht sich als Substitut vorwiegend mißmutig auf das tägliche Brot, wer Besseres nicht bekommen konnte. Daß die Sparkassen ihren Anteil am Staatskredit von 26 auf 18 Prozent reduzieren konnten, und die Genossenschaftsbanken ihn immer noch so gut wie gar nicht brauchen, darf somit geradezu als Indiz für eine ausgezeichnete Wettbewerbslage im Privat- und Firmenkundengeschäft gelten.« (Ungeliebte Kundschaft?, S. 655)

Die Entwicklung der inländischen Kreditvergabe zeigt in der Tat, daß die Sparkassen und in noch stärkerem Maße die Kreditgenossenschaften von größeren Einbrüchen in der privaten Kreditnachfrage verschont geblieben sind. In ihrem Kundenkreis dominieren die mittelständigen Bereiche, deren Kreditnachfrage insgesamt in den letzten Jahren relativ stetig verlaufen ist.

Sie verfügen daher auch über die höchsten Zinsspannen aller Bankengruppen und weisen nur relativ geringe Schwankungen in der Gewinnentwicklung auf (siehe auch S. 378).

Dem Ersatzgeschäftcharakter der Staatskredite ist bei den anderen Bankengruppen dagegen eine ganz erhebliche Bedeutung zugekommen. So haben z. B. die Großbanken den Rückgang ihres Kreditbestandes an die privaten Nichtbanken im Jahre 1975 durch einen massiven Anstieg der Ausleihungen an den Staat kompensiert. Auch bei anderen Bankengruppen wurde in den Jahren 1974–1977 die gesamte Kreditexpansion weitgehend von den öffentlichen Krediten getragen.

Insbesondere in dieser Zeit haben einige der Kreditinstitute versucht, die – im Vergleich zum fehlenden Privatkundengeschäft – geringeren Zinsmargen beim Staatskredit durch eine riskante, nicht fristenkongruente Refinanzierung aufzubessern. Damals niedrig verzinste, kurzfristig angelegte Kundeneinlagen wurden zu festen Zinssätzen langfristig an den Staat (sowie teilweise auch an Private) verliehen. Den hierdurch erzielten zusätzlichen Gewinnen standen später aber, als das gesamtwirtschaftliche Zinsniveau Ende der 70er Jahre erneut deutlich anstieg, häufig Verluste gegenüber.

Die Folgen solcher Fehlspekulationen wurden bei der Geschäftsentwicklung der Commerzbank besonders deutlich: Ein sehr starkes Engagement im Staatskreditgeschäft und eine risikante, nicht fristenkongruente Refinanzierung haben dieses Institut Ende der 70er Jahre in erhebliche Schwierigkeiten gebracht. Die Deutsche Bank hat dagegen fast ausschließlich auf das Privatkundengeschäft gesetzt und hierdurch kontinuierlich extrem hohe Gewinne realisiert (siehe im einzelnen Troost, S. 156 ff.). Ähnliche Probleme wie bei der Commerzbank hat es in den letzten Jahren z. B. auch bei den Girozentralen gegeben (siehe ebenda, S. 161 ff. und S. 178 ff.).

Von solchen geschäftspolitischen Fehlentscheidungen abgesehen, bleibt als Faktum aber festzuhalten, daß der Gewinnstabilisierungsfunktion der Staatskredite in zyklischen Abschwungperioden eine erhebliche Bedeutung zukommt. Auch wenn der Rückgang oder nur geringe Anstieg des Privatkundengeschäftes hierdurch ertragsmäßig nicht vollständig kompensiert werden kann, bleiben die Banken von stärkeren Gewinneinbrüchen verschont. Aus dem Bereich der privaten Kreditwirtschaft ist daher auch zu vernehmen, daß der Staatskredit für die Banken »um einiges besser (wirkt), als sein Ruf behauptet. Ohne ihn wären beispielsweise viele der nicht einem öffentlich-rechtlichen Eigentümer »verpflichteten« privaten Kreditinstitute in der Bundesrepublik heute in einer spürbar schlechteren Position als mit ihm: Ihnen fehlten auf der Aktivseite die praktisch risikolosen Forderungen als ruhender Block in unruhigen Konjunkturen, ihnen fehlte es an kontinuierlicher Beschäftigung für einen ohnehin vorhandenen Verwaltungsapparat und ihnen fehlte schließlich das Zehntel oder sogar Achtel eines Prozents, um welches das Geld meistens doch noch billiger herein- als herausgeht.« (Ungeliebte Kundschaft?, S. 655)

Sobald die private Kreditnachfrage allerdings wieder ansteigt, haben die Banken ein Interesse daran, die ertragreicheren Kundenforderungen gegenüber der Privatwirtschaft aufzustocken – auch aus der einzelwirtschaftlichen Sicht der Banken ist die häufig behauptete Verdrängungsthese (crowding-out) deshalb äußerst unwahrscheinlich.

Über das verstärkte Engagement in den Geschäften mit dem Staat in zyklischen Abschwungperioden hinaus, sind die Banken aber auch aus überzyklischen Gründen an einer Aufstockung ihrer öffentlichen Direktausleihungen interessiert. Die Ertragswirkungen für die Kreditwirtschaft sind hierbei noch wesentlich günstiger

zu beurteilen. Gelingt den Kreditinstituten neben der öffentlichen Darlehensvergabe gleichzeitig eine deutliche Aufstockung des privaten Kreditvolumens, werden sämtliche Verwaltungskosten und der angestrebte Gewinn bereits durch diese Geschäftsaktivitäten erwirtschaftet. Die Banken befriedigen – entsprechend ihrer Risikovorstellungen und dem jeweils angestrebten Auslastungsgrad des Grundsatzes I – zunächst die an sie herangetragenen Kreditwünsche aus der Privatwirtschaft. Existieren weitere Refinanzierungsspielräume – und hiervon ist für die Jahre seit 1974 in aller Regel auszugehen –, werden zusätzlich noch weitere Kredite an die Gebietskörperschaften vergeben. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß viele Institute aufgrund der Bestimmungen des Grundsatzes I bzw. des Hypothekendarlehensgesetzes überhaupt nicht in der Lage gewesen wären, die in den letzten Jahren realisierten Zuwächse des Kreditvolumens ausschließlich im privaten Bereich vorzunehmen. Als Zusatzgeschäft ist der Staatskredit für die Banken aber äußerst lukrativ, weil trotz einer relativ geringen Zinsmarge weitere risikolose Gewinne erzielt werden können, denen keine höheren Verwaltungs- oder Eigenkapitalkosten gegenüberstehen. Solange die Erträge aus dem Privatkundengeschäft – sei es über eine Steigerung des Kreditvolumens oder über eine Ausweitung der jeweils durchgesetzten Zinsmarge – zumindest so stark anwachsen, um den Anstieg der gesamten Verwaltungskosten abzudecken, erzielen die Banken mit ihren Ausleihungen an den Staat willkommene Zusatzprofite.

Trotz der publizitätswirksamen Ablehnung der Staatsverschuldung durch die Kreditwirtschaft in der Öffentlichkeit, wird vor diesem Hintergrund auch die folgende Äußerung von Vertretern einer Großbank verständlich: »Es muß jedoch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werden, daß eine Kreditbank ihre primäre Aufgabe unverändert darin sieht, dem privaten Sektor einschließlich Wohnungsbau das erforderliche Fremdkapital zur Verfügung zu stellen . . . Trotzdem ist der Staat auch in Zukunft nicht mehr aus dem Kreditalltag einer größeren Geschäftsbank hinwegzudenken. Dazu hat sich die gesamte Wirtschaft einschließlich der Banken schon zu sehr an die staatliche Präsenz gewöhnt.« (Fischer/Pietsch, S. 680)

Angesichts der Tatsache, daß die Banken am Staatskredit nicht unerheblich verdienen, stellt sich die Frage nach möglichen Alternativen. Da zudem die Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte in

den letzten Jahren erheblich zugenommen haben und den Ausgabenspielraum zunehmend einengen, sind Veränderungen in der Verschuldungspolitik dringend geboten. Weil die ausführliche Erarbeitung von Alternativen zur gegenwärtigen Bankenpolitik allerdings erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgenommen werden kann, beschränken sich die folgenden Überlegungen nur auf einige Andeutungen.

Auch wenn davon auszugehen ist, daß die von den Gebietskörperschaften an die Banken zu bezahlenden Kreditzinsen in der Regel unter dem Niveau der jeweils von der Privatkundschaft geforderten liegen, hat die Darstellung verdeutlicht, daß die Kreditwirtschaft in erheblichem Umfange vom staatlichen Kreditfinanzierungsbedarf profitiert. Die praktisch bedeutungslosen Verwaltungskosten, das fehlende Kreditausfallrisiko und die Ausnahmeregelung bezüglich der Eigenkapitalvorschriften lassen es gerechtfertigt erscheinen, auf eine Absenkung der Kreditzinsen zu drängen.

Durch eine Intensivierung des Wettbewerbes, eine Verbesserung der Marktübersicht der kreditaufnehmenden Gebietskörperschaften, die generelle Einführung des Tendersverfahrens (Versteigerungsverfahren) auch bei den Direktkrediten und ähnliche Maßnahmen wären häufig günstigere Konditionen zu erzielen. Dennoch sind durch solche Maßnahmen nur Verbesserungen in der Größenordnung von wenigen Zehnteln eines Prozentes zu erwarten. Solange die Finanzierung der Staatsverschuldung ausschließlich über rein marktwirtschaftliche Geschäftsbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften und den Kreditinstituten erfolgt, wird sich an der augenblicklichen Situation nur wenig ändern.

Es ist deshalb an der gegenwärtigen Verschuldungspraxis auch weniger zu kritisieren, daß die Banken mit ihren Direktkrediten an den Staat überhöhte Zinsgewinne realisieren, sondern daß die Defizitfinanzierung überhaupt über den Bankenapparat geleitet wird und hierfür entsprechende Kreditzinsen zu bezahlen sind.

In den letzten Memoranden ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß ein Teil der Finanzierung der Staatsverschuldung über den ökonomisch möglichen und fiskalisch notwendigen Notenbankkredit abgedeckt werden kann. Die sehr konkreten Vorschläge und Berechnungen sollen nicht wiederholt werden (siehe z.B. MEMORANDUM '80, S. 207 f., und MEMORANDUM '83, S. 166 f.), ihre Umsetzung würde aber nicht nur die Zinsbelastungen der öffentlichen Haushalte verringern, sondern gleichzeitig

den Banken die Möglichkeit der Erwirtschaftung zusätzlicher Gewinne entziehen.

Weiterhin könnte durch die Einführung einer Sekundärreservepflicht erreicht werden, daß die Kreditinstitute einen Teil der Staatsschuldtitel niedrigverzinst in ihren Kreditbeständen zu halten hätten. Parallel zur geltenden Mindestreservepflicht würden die Banken gesetzlich verpflichtet, in einer bestimmten Relation zu ihren Einlagenbeständen bzw. – als Aktivreserve ausgestaltet – zu ihrem Kreditvolumen staatliche Direktkredite oder festverzinsliche Wertpapiere zu zeichnen, deren Verzinsung z. B. den Diskontsatz nicht überschreiten sollten (siehe auch MEMORANDUM '80, S. 208 ff., und Tobin, S. 76 ff.).

Neben den dominierenden Direktausleihungen bei den Kreditinstituten erfolgt die Finanzierung der staatlichen Defizite zu einem nicht unbeachtlichen Teil zusätzlich durch die Unterbringung von festverzinslichen Wertpapieren. Daß auch diese Form der staatlichen Kreditaufnahme fast ausschließlich über das Kreditgewerbe erfolgt und hierbei beachtliche Gewinne entstehen, wird im folgenden zu zeigen sein.

3.4 Die Banken als Kreditgeber und Kreditvermittler bei der Unterbringung der festverzinslichen Wertpapiere des Staates

Bei der Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Verschuldungsstruktur nach Schuldarten ist gezeigt worden (Tab. 16), daß auch der Anteil der festverzinslichen Wertpapiere am Schuldenbestand angestiegen ist. Der Kreditaufnahme in Form der Ausgabe (Emission) von Wertpapieren kommt allerdings nur im Bereich des Bundes eine relevante Bedeutung zu; bei den Ländern und Gemeinden ist sie gering bzw. faktisch nicht vorhanden.

Vom Bund werden festverzinsliche Wertpapiere in Form der sog. Kassenobligationen, der Anleihen, der Bundesschatzbriefe und seit Ende 1979 der Bundesobligationen ausgegeben. Da aus Platzgründen auf eine detaillierte Darstellung der Unterschiede zwischen diesen Wertpapieren und ihren Plazierungsverfahren verzichtet werden muß, sollen im folgenden nur die wichtigsten Kritikpunkte an der gegenwärtigen Art und Weise der Unterbringung dieser Papiere zusammengestellt werden. Erhebliche Miß-

stände existieren dabei insbesondere im Bereich der Anleihen sowie bei der Unterbringung der Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen. Während die Kassenobligationen in der Regel im Versteigerungsverfahren (Tender) im Auftrage des Bundes (und auch der Bundesbahn und Bundespost) durch die Deutsche Bundesbank direkt an die jeweiligen Erwerber abgegeben werden und sich der Käuferkreis weitgehend auf Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen beschränkt, erfolgt die Unterbringung der Anleihen des Bundes auf indirektem Weg über das aus den marktmächtigsten Banken der BRD zusammengesetzte Bundesanleihekonsortium.

Bei der Auflegung einer öffentlichen Anleihe werden Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundesfinanzministeriums und dem Bundesanleihekonsortium über die jeweiligen Emissionsbedingungen (Zinssatz, Ausgabekurs, Volumen der Anleihe etc.) geführt, das Konsortium übernimmt anschließend das Anleihevolumen, stellt dem Bund den entsprechenden Betrag zur Verfügung und übernimmt dann selbständig den Verkauf dieser Papiere. Der Bund hat für diese Leistungen eine Konsortialgebühr zu bezahlen, die unter den beteiligten Banken entsprechend ihrer Konsortialquoten aufgeteilt wird.

Übersicht 1 Quotenverteilung im Bundesanleihekonsortium

Bankengruppe	Ende 1967	Ende 1971	Ende 1976	Ende 1977
Kreditbanken insgesamt	67,75	64,30	64,35	64,50
Großbanken	39,75	35,95	35,95	35,95
Regionalbanken und sonstige				
Kreditbanken	20,45	20,95	20,90	21,70
Privatbanken	7,55	7,40	7,50	6,85
Sparkassensektor	25,00	24,00	24,00	24,00
Genossenschaftssektor	7,00	11,00	11,00	11,00
Alle Bankengruppen	99,75	99,30	99,35	99,50
Restquote des Emittenten	0,25	0,70	0,65	0,50
Insgesamt	100,00	100,00	100,00	100,00

Quelle: Troost, S. 261.

Da Anleihen des Bundes (und der Bundesbahn und Bundespost) ausschließlich über dieses Konsortium emittiert werden, liegt eine eindeutige Monopolstellung vor (siehe auch Schuldenstrukturgutachten, S. 86). Auch wenn die Konsortialführung in den Händen der Deutschen Bundesbank liegt, zeigt die Verteilung der Konsor-

tialquoten bereits deutlich, wer in diesem Gremium das Sagen hat. Allein auf die drei Großbanken entfällt eine Quote von 36 %, bei der Gründung des Bundesanleihekonsortiums 1952 verfügten sie sogar über einen Anteil von 42,5 %. Alle Kreditbanken zusammen stellen rund $\frac{1}{3}$ der Konsortialquoten, während der Sparkassen- und Genossenschaftssektor, die jeweils nur über ihre Spitzeninstitute in diesem Gremium vertreten sind, nur Anteile von 24 % bzw. von 11 % haben.

Da der zu erzielende Gewinn der Banken unmittelbar von der Höhe ihrer Konsortialquoten abhängt, wehren sich die beteiligten Institute aus verständlichen Gründen gegen jede Kürzung ihres Anteiles. Die Quotenverteilung ist daher sehr starr, und es bestehen praktisch keine Chancen für bisher nicht beteiligte Kreditinstitute, in diese Bankengemeinschaft aufgenommen zu werden.

Die im Bundesanleihekonsortium vertretenen Banken erhalten je nach der Laufzeit der emittierten Anleihen als Konsortialgebühr 1 $\frac{1}{4}$ % (bei Laufzeiten über 6 Jahren) bzw. 1 $\frac{3}{4}$ % (bei Laufzeiten bis 6 Jahren) des Anleihevolumens. Vom Bund und seinen beiden Sondervermögen sind von 1970 bis 1982 fast 1,4 Mrd. DM an das Bundesanleihekonsortium gezahlt worden, ca. 500 Mio. DM haben davon alleine die drei Großbanken erhalten.

Die Konsortialgebühr erweist sich insbesondere deshalb als wesentlich zu hoch, weil von den beteiligten Banken jeweils erhebliche Teile des Anleihevolumens freiwillig in die eigenen Wertpapierbestände übernommen werden. Die Banken erhalten damit nicht nur gut verzinsten, sehr liquide (Lombartfähigkeit, Kurspflege) Wertpapiere, sondern, ohne eine entsprechende Leistung erbracht zu haben, auch die gesamten Konsortialgebühren, die in diesem Fall als »funktionslose Gewinne« anzusehen sind (siehe Schwedes, S. 90, und Troost, S. 285 ff.).

Vertraglich sind die Kreditinstitute den Emissionsbedingungen entsprechend gehalten, die Anleihen bevorzugt an Kleinzeichner zu verkaufen. Mit den hierdurch z. B. gegenüber dem Verkauf von Bankschuldverschreibungen angeblich entstehenden höheren Verwaltungsaufwendungen wird auch die höhere Konsortialgebühr gerechtfertigt. Empirische Untersuchungen zeigen aber, daß weniger als $\frac{1}{3}$ der Anleihen der öffentlichen Haushalte von Privatpersonen erworben worden sind (siehe Troost, S. 321). Den weitaus größten Teil der Anleiheemissionen übernehmen die Konsortialbanken dagegen entweder in die eigenen Wertpapierbestände oder verkaufen ihn mit wenig Verwaltungsaufwand in großen Abschnit-

Tabelle 23 Emissionen von Anleihen des Bundes und seiner Sondervermögen und Schätzung der Konsortialgebühren (in Mio. DM)

	Emissionen des Bundes insgesamt	davon über das Bundesanleihekonsortium:		Konsortialge- bühr insgesamt	davon entfallen auf: ²					
		insgesamt	mit Lauf- zeiten bis einschl. 6 Jahren		mit Lauf- zeiten über 6 Jahren	Groß- banken	Regional- banken	Privatban- kiers	Sparkassen- sektor	Genossen- schafts- sektor
1970	2740	2570	1	1	41,8	16,6	8,6	3,2	10,5	2,9
1971	2690	2440	1	1	39,7	14,3	8,3	2,9	9,5	4,4
1972	3380	3030	1	1	49,2	17,7	10,3	3,6	11,8	5,4
1973	7900	6450	1	1	104,8	37,7	22,0	7,8	25,2	11,5
1974	6030	5400	2300	3100	82,0	29,5	17,2	6,1	19,7	9,0
1975	5500	4870	600	4270	77,6	27,9	16,3	5,7	18,6	8,5
1976	7960	6470	2400	4070	99,1	35,6	20,7	7,4	23,8	10,9
1977	7450	5850	600	5250	93,6	33,6	20,3	6,4	22,5	10,3
1978	9250	7500	3050	4450	114,3	41,1	24,8	7,8	27,4	12,6
1979	11650	9700	2150	7550	152,3	54,8	33,1	10,4	36,6	16,8
1980	8200	6750	—	6750	109,7	39,4	23,8	7,5	26,3	12,1
1981	13150	10575	—	10575	171,8	61,8	37,3	11,8	41,2	18,9
1982	20000	15350	—	15350	249,4	89,7	54,1	17,1	59,9	27,4

1 Aufgliederung nicht erforderlich, da einheitliche Konsortialgebühr.

2 Verwendete Konsortialquoten aus Übersicht 1: für 1970: Quote von Ende 1967; für 1971–75: Quote von Ende 1971; für 1976: Quote von Ende 1976; für 1977–82: Quote von Ende 1977.

Quelle: Troost, S. 267; eigene Berechnungen.

ten an andere Kreditinstitute (die Girozentralen verkaufen große Anteile jeweils an die Sparkassen und die Deutsche Genossenschaftsbank an die Kreditgenossenschaften) bzw. an ausländische Disponenten, Versicherungsunternehmen und sonstige nichtfinanzielle Unternehmen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die nicht unmittelbar, sondern nur über ihre Zentralinstitute im Bundesanleihekonsortium vertretenen Sparkassen und Kreditgenossenschaften. Diese erhalten aber in Relation zu ihren Verkaufsleistungen eine vergleichsweise zu geringe Vergütung von den Konsortialmitgliedern (siehe ebenda, S. 278 f. und 327).

Das gegenwärtige Emissionsverfahren von öffentlichen Anleihen über das Bundesanleihekonsortium muß deshalb aus der Sicht des Bundes als völlig unbefriedigend angesehen werden. Die beteiligten Banken erhalten eine Monopolstellung, d. h. nicht im Konsortium befindliche Institute können Anleihen nur über die Konsorten zu einem einheitlichen (höheren) Preis beziehen, die Konsortialgebühr ist im Vergleich zu den erbrachten Leistungen wesentlich zu hoch und der vom Bund angestrebte vorrangige Verkauf an Kleinzeichner findet nicht statt. Zumindest Teile der Konsortialgebühren müssen daher als »funktionslose Gewinne« angesehen werden.

Im Gegensatz zu den öffentlichen Anleihen werden die Bundesschatzbriefe und seit Ende 1979 die Bundesobligationen als sog. Daueremissionen angeboten, d. h. diese Wertpapiere können ständig bei den Kreditinstituten erworben werden. Diese leiten die verkauften Beträge dann an den Bund weiter und erhalten hierfür eine Verkaufsprovision (Bonifikation). Die Bundesschatzbriefe dürfen grundsätzlich nur von natürlichen Personen gekauft werden, ein Erwerb durch Kreditinstitute ist nicht zulässig. Gleiches gilt bei den Bundesobligationen nur für den Ersterwerb, denn diese werden nach Beendigung des Verkaufes einer laufenden Serie auch an der Börse gehandelt und können dort auch von inländischen Banken und sonstigen inländischen Anlegern erworben werden. Die Kreditinstitute scheinen am Absatz der Bundesschatzbriefe allerdings kein besonderes Interesse zu besitzen. Die Verschuldung des Bundes in diesen Papieren entwickelte sich Anfang der 70er Jahre nur sehr schleppend und erreichte Ende 1979 mit 26,6 Mrd. DM ihren Höhepunkt. Bis Ende 1982 hat sich das Umlaufvolumen allerdings wieder auf 13,5 Mrd. DM halbiert. Vergleicht man das Verkaufsvolumen der Bundesschatzbriefe mit dem

der ähnlich ausgestatteten Sparbriefe, die die Kreditinstitute zu ihrer eigenen Refinanzierung an Sparer abgesetzt haben, zeigt sich das mangelnde Verkaufsinteresse der Banken sehr deutlich.

Vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesfinanzministerium ist deshalb auch kritisiert worden, daß »der Absatz von Bundesschatzbriefen . . . allem Anschein nach dadurch behindert wird, daß manche der mit dem Verkauf betrauten Banken vor allem eigene Schuldverschreibungen absetzen wollen, sich also in einem Interessenkonflikt befinden.« (Schuldenstrukturgutachten, S. 64) »Die Banken, die neben der Bundesbank alleinige Verkaufsstellen sind, zeigen sich häufig am Absatz wenig interessiert.« (ebenda, S. 90) »Sofern die Banken die an sich mögliche Unterbringung staatlicher Schuldverschreibungen bei Privaten behindern, sei es, daß sie Schatzbriefe nicht oder nur lau anbieten und, falls sie solche Titel absetzen, eine relativ hohe Kommissionsgebühr fordern und erhalten, oder sei es, daß sie Geldmarkttitel überhaupt nicht weiterverkaufen, werden sie ihrer eigentlichen Vermittlerrolle nicht gerecht; ihrer Kundschaft wird ein Anlageverhalten »suggeriert«, das diese – bei voller Kenntnis der Anlagemöglichkeiten – vermutlich nicht beibehalten würde.« (ebenda, S. 64)

Besonders die Sparkassen scheinen dem Verkauf von eigenen Sparbriefen gegenüber dem Absatz von Bundesschatzbriefen den Vorzug zu geben.

Die vom Bund an die verkaufenden Kreditinstitute gezahlte Provision lag bei der Einführung der Schatzbriefe 1969 zunächst mit 2,25% auf einem Niveau, das nur als skandalös bezeichnet werden kann. Später erfolgte eine schrittweise Absenkung auf das seit 1978 gültige Niveau von 1%.

Die Verkaufsprovision für die Bundesobligationen wurde bei der Einführung zunächst auf 1,25% festgelegt, ein halbes Jahr später aber bereits auf ebenfalls 1% abgesenkt. Im Gegensatz zu den Schatzbriefen ist bei den Bundesobligationen durchaus von einem gewissen Verkaufserfolg zu sprechen. In den vier Jahren von 1980 bis Ende 1983 erreichte die Verschuldung des Bundes in diesen Papieren 47,3 Mrd. DM und damit 13,8% des Schuldenbestandes. Da sich der Absatz der Bundesschatzbriefe in dieser Zeit allerdings drastisch reduzierte, handelt es sich in erster Linie lediglich um einen Umstrukturierungsprozeß: Sofern von den Kreditinstituten überhaupt Papiere des Bundes aktiv zum Verkauf angeboten wurden, haben sie die Bundesobligationen zu Lasten der Bundesschatzbriefe bei ihren Verkaufsberatungen in den Vordergrund ge-

*Tabelle 24 Zuwachs der Bundesschatzbriefe, Bundesobligationen und Sparbriefe von 1970 bis 1983
(in Mio. DM)*

	Bundesschatz- briefe ¹	Bundes- obligationen ¹	alle Banken- gruppen	Kredit- banken	Sparbriefe ² Sparkassen	Kredit- genossen- schaften
Bestand						
Ende 1970	576	-	5 234	173	4 092	9
Ende 1979	26 646	616	79 593	13 877	55 251	4 277
Ende 1983	16 001	48 404	137 301	19 453	88 251	21 058
Differenz 1970/1983 bzw. 1979/83	+ 15 425	+ 48 404	+ 132 067	+ 19 280	+ 84 159	+ 21 049

1 Umlauf.

2 Verbindlichkeiten der Kreditinstitute einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 1, Tab. 2 und Reihe 2, Tab. 5d.

stellt. An der grundsätzlichen Problematik ändert sich hierdurch allerdings nichts: Auch in den letzten Jahren haben die Banken schwerpunktmäßig ihre eigenen Sparbriefe und Schuldverschreibungen dem interessierten Publikum angeboten. Wertpapiere des Bundes werden dagegen häufig nur dann verkauft, wenn der Kunde ausdrücklich auf ihren Erwerb besteht.

Beim gegenwärtigen Plazierungsverfahren der Bundesschatzbriefe und Bundesobligationen macht sich der Bund somit vollständig von den Verkaufsaktivitäten des Bankensystems abhängig, das trotz der Verkaufsprovision an einem forcierten Absatz kein großes Interesse zu haben scheint. Dabei müssen auch die gegenwärtig gültigen Provisionssätze von 1% durchaus als üppig bezeichnet werden. Wenn Kreditinstitute Bankschuldverschreibungen oder Sparbriefe anderer Bankinstitute verkaufen, erhalten sie hierfür in der Regel geringere Vergütungen erstattet. Die vom Bund von 1970 bis 1983 für den Absatz seiner Papiere an das Bankensystem geleisteten Zahlungen von rund 1170 Mio. DM (siehe Troost, S. 343, und eigene Berechnungen) haben daher genauso wie die Konsortialgebühren im Bundesanleihekonsortium überdurchschnittlich zur Ertragsentwicklung in diesem Geschäftsbereich beigetragen (siehe ebenda, S. 347 ff.).

Angesichts der unzureichenden Absatzleistungen der Banken bei den Bundesschatzbriefen und Bundesobligationen und der verteilungspolitisch negativ einzuschätzenden Plazierungsstruktur bei den öffentlichen Anleihen sind Veränderungen im Plazierungsverfahren der festverzinslichen Wertpapiere des Staates dringend erforderlich. Die direkte Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte von den Leistungen des Bankensystems muß weitgehend zurückgedrängt werden. Dabei ist es durchaus als sinnvoll anzusehen, daß auch zukünftig ein Teil der öffentlichen Defizite durch den Absatz von festverzinslichen Wertpapieren finanziert wird. Während der größte Teil der direkten Bankkredite durch eine Notenbankverschuldung und möglicherweise durch die Einführung einer Sekundärreservepflicht substituiert werden sollten, könnten die restlichen öffentlichen Defizite durch den Absatz von Wertpapieren bei kleinen und mittleren Sparern aufgebracht werden. Mit möglicherweise etwas günstigeren Zinskonditionen ausgestattet, die je nach den Einkommensverhältnissen der Erwerber durchaus auch differieren könnten, wären die verteilungspolitischen Konsequenzen der staatlichen Zinszahlungen in diesem Fall wesentlich günstiger einzuschätzen. Entsprechende Vorschläge – insbeson-

dere die Zweigstellen der Bundespost für den Verkauf der Staatspapiere zu nutzen – liegen bereits vor. Durch öffentlichkeitswirksame Werbemaßnahmen könnte der Absatz erheblich gesteigert werden, ohne daß bei diesen Aktivitäten erneut zusätzliche Gewinne im Bankensystem entstehen. Sofern im Rahmen einer alternativen Wirtschaftspolitik kreditfinanzierte Investitions- und Beschäftigungsprogramme eingeleitet werden, erscheint es auch sinnvoll, solche Wertpapiere objektbezogen auszugeben (›Umwelt-Schatzbrief‹, ›Bundesobligation für das Fernwärmeprogramm‹), damit bei den potentiellen Käufern der konkrete Anlaß dieser Kreditaufnahme stärker ins Bewußtsein gerückt wird.

Zusammenfassend kann demnach festgehalten werden, daß die bei der Finanzierung der Staatsverschuldung bestehenden Geschäftsbeziehungen zwischen den öffentlichen Haushalten und dem Bankensystem mit positiven Einflüssen auf die Gewinnsituation der Kreditinstitute verbunden sind. Veränderungen in der Verschuldungspolitik des Staates sind nicht nur aus fiskalischen Gründen der Einsparung von Zins- und Gebührenzahlungen geboten, sondern angesichts der Gewinnentwicklung im Bankensystem auch gerechtfertigt. Bei der Finanzierung der öffentlichen Defizite sollte es zukünftig nicht mehr – wie ein Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes deutscher Banken meinte – »ganz natürlich« sein, »daß die Banken von wachsender Inanspruchnahme profitieren.« (Kühnen, S. 4)

4. Das Auslandsgeschäft der westdeutschen Banken und ihre Verwicklung in die internationale Verschuldungskrise

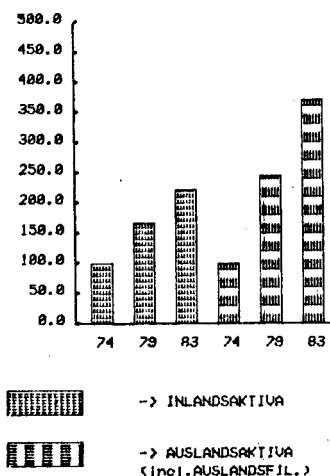
Seit 1982 mit den Zahlungsproblemen Polens offenbar geworden war, daß eine Reihe hochverschuldeter Länder nicht mehr in der Lage war, den Schuldendienst für ihre aufgenommenen Kredite aus eigener Kraft zu bestreiten, rückte die Rolle der Banken in der internationalen Finanzkrise stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesse. Kann es wieder einen »Schwarzen Freitag« geben, d. h. kann es wie 1929 zu einem Zusammenbruch der internationalen Kreditbeziehungen mit erneut fatalen Folgen für den Welthandel kommen? Inwieweit sind die BRD-Banken in risikoreiche internationale Kreditgeschäfte verstrickt? Solche Fragen waren der Anlaß, sich insgesamt stärker mit dem Auslandsgeschäft der westdeutschen Banken zu beschäftigen.

Von den vielfältigen internationalen Aktivitäten der Kreditinstitute können hier zunächst nur zwei, für die wirtschaftliche Entwicklung der BRD allerdings wesentliche Aspekte behandelt werden: der *Einfluß der Banken auf den Außenhandel der BRD* und die *Verwicklung der BRD-Kreditinstitute in die internationale Verschuldungskrise* mit den hieraus resultierenden Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Stabilität der BRD.

4.1 Die Entwicklung des Auslandsgeschäfts der Banken der BRD

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre expandierte die Auslandskreditvergabe der westdeutschen Kreditinstitute mit erheblich höheren Zuwachsraten als die Inlandskreditvergabe. Die Inlandsaktiva nahmen zwischen 1975 und 1979 jährlich um durchschnittlich 10,8 % zu (75–83: 9,2 %), während die Auslandskredite der inländischen Banken um 15,1 % (75–83: 12,1 %), die Kredite ihrer Auslandsfilialen um 35,2 % (75–83: 25,7 %) und die Auslandskredite insgesamt um fast 20 % (75–83: 15,7 %) wuchsen (vgl. Schaubild 1.). Der Anteil der Auslandsaktiva an den gesamten Krediten

ENTWICKLUNG d. INLANDS- u. AUSLANDS-
AKTIVA d. KREDITINSTITUTE d. BRD
(1974 = 100)



QUELLE: DB., MONATSBERICHTE

der BRD-Banken (incl. Auslandsfilialen) stieg von 7,2 % (1974) auf 11,8 % (1981), wobei der Anteil der Auslandsfilialen überdurchschnittlich rasch von 1,3 % (1974) auf 4,5 % (1983) wuchs. Bemerkenswert ist dabei, daß von der Zunahme der Auslandskredite an Nichtbanken die größte Dynamik ausging. Während 1974 an Nichtbanken (ausländische Unternehmen und Staaten) nur 37 % der Auslandskredite vergeben wurden, betrug der Anteil in den achtziger Jahren bereits ca. 43 %. Das Wachstum der Auslandsaktiva der westdeutschen Kreditinstitute dürfte folglich zu einem erheblichen Teil auf die Ausweitung der Finanzierung realer Transaktionen (Export, Kredite an Staaten für bestimmte Projekte) beruht haben.

Die angeführten Daten unterzeichnen jedoch das Tempo der Entwicklung des Auslandsgeschäfts der Banken. Berücksichtigt man, daß allein die *Auslandstöchter* der BRD-Institute in Luxemburg (Auslandstöchter sind rechtlich selbständige Banken in Mehrheitsbesitz der Mutterbanken) mit ca. 112 Mrd. DM Forderungen (1982) nahezu gleichviel verliehen haben wie die Auslandsfilialen (Zweigstellen der Mutterbanken im Ausland) der BRD-Banken

insgesamt und daß Geschäfte über Auslandstöchter erst seit Anfang der 70er Jahre in größerem Maße abgewickelt werden, so wird dies offensichtlich (Ferber, S. 18). Im Zeitraum zwischen 1974 und 1983 nahm die Zahl der Auslandstöchter um mehr als das Doppelte zu (von 29 auf 61) und die Anzahl der Auslandsfilialen verdreifachte sich fast (von 29 auf 93), d. h. auch hierin spiegelt sich die rasch zunehmende Bedeutung des internationalen Kreditgeschäfts für die BRD-Banken wider (Deutsche Bundesbank, MB, 3/79 und 8/83).

Zwei Tendenzen verbergen sich hinter diesen Zahlen: Zum einen verstärkten die Banken ihr traditionell starkes Engagement im Exportgeschäft weiter, zum anderen aber, und dies ist neu, beteiligten sie sich in den 70er Jahren zunehmend auch an internationalen Finanzgeschäften, die über die Eurofinanzmärkte abgewickelt wurden und nicht immer unmittelbar mit realen Transaktionen verbunden waren.

4.2 Der Einfluß der westdeutschen Banken auf den Außenhandel der BRD

Sowohl über *Bankgarantieleistungen* als auch über die *direkte Finanzierung* bestimmter Exporte üben die Geschäftsbanken erheblichen Einfluß auf den Umfang und die Richtung der Ausfuhren aus der BRD aus.

Die traditionelle Domäne des BRD-Exports stellt der Handel mit hochwertigen Investitionsgütern dar, der mehr noch als die Ausfuhr von industriellen Serienprodukten und standardisierten Massengütern sowohl für den Exporteur als auch für den Käufer mit relativ hohen Risiken behaftet ist. Da es sich hierbei i. d. R. um spezielle Auftragsfertigungen mit hohen Einzelauftragswerten handelt, die nicht anderweitig verwendbar sind, versucht der Exporteur Garantien für die Warenabnahme und die vertragsgerechte Bezahlung zu erlangen. Auf der anderen Seite will sich auch der Importeur von Investitionsgütern dagegen schützen, daß die bestellte Anlage die zugesicherten Leistungen nicht erbringt. Für beide Seiten wäre eine Durchsetzung ihrer Forderungen im jeweiligen Ausland mit hohen Kosten und Unsicherheiten verbunden. Bei der Vermittlung solcher risikoreicher Geschäfte spielen die Banken eine Schlüsselrolle. Sie garantieren dem Exporteur die

Zahlung des Kaufpreises der jeweiligen Ware durch die Abgabe unbedingter Zahlungsverprechen bei Vorlage der Versanddokumente (Akkreditivgeschäft). Auf der anderen Seite garantieren die Banken dem Importeur die Rückzahlung bereits geleisteter Zahlungen und pauschale Entschädigungen für den Fall, daß der Exporteur seinen vertraglichen Liefer- und Garantieverpflichtungen nicht nachkommen sollte (Anzahlungs- und Vertragserfüllungsgarantien). In der BRD sind solche Garantiegeschäfte die Domäne der drei Großbanken. Sie wickeln über 50% dieser Art von Geschäften ab, wobei allein die Deutsche Bank ca 25% des Geschäftsvolumens auf sich vereint (Süddeutsche Zeitung 21. 5. 1981, Nr. 116, S. 5). Die Garantierung von Exportgeschäften ist ein ertragreicher Geschäftsvorgang, bei dem hohe Provisionen erzielt werden. Der überdurchschnittliche Beitrag des Provisionsgeschäftes zum Betriebsergebnis bei den Großbanken resultiert zu einem erheblichen Teil hieraus (Fast 30% des von den Kreditinstituten insgesamt erzielten Provisionsüberschusses entfallen auf die drei Großbanken. Deutsche Bundesbank, MB, 8/1983, S. 23 ff.).

Festzuhalten ist, daß den Großbanken im Bereich des Garantiegeschäftes für Investitionsgüterexporte der BRD eine Schlüsselrolle zukommt. Verstärkt wird diese Position durch die *direkte Finanzierung des Exportgeschäfts*. Entweder wird dem Exporteur ein Lieferantenkredit zur Refinanzierung eines von ihm gewährten Kredits an den Käufer eingeräumt, oder dem Importeur wird ein Bestellerkredit (Finanzkredit) gewährt, mit dem er den Kaufpreis der erworbenen Waren bestreiten kann. Neben dem Garantiegeschäft, das das Außenhandelsgeschäft sichert und vermittelt, ist die Kreditfinanzierung des Exports zumindest bei großen Projekten eine nahezu unerläßliche Voraussetzung für das Zustandekommen des Handels. Die Exporteure benötigen bereits während der Produktionszeit (die beim Anlagenbau mehrere Jahre betragen kann) Mittel und sind darüberhinaus durch die Konkurrenzverhältnisse häufig gezwungen, Lieferantenkredite einzuräumen. Umgekehrt sind auch die Importeure i.d.R. bei Lieferung nicht in der Lage, die Kaufsumme bar zu bezahlen und müssen sich deshalb eines Bankkredits versichern.

Die Gewährung von Garantien und Krediten im Exportgeschäft geht natürlich mit einer sorgfältigen Prüfung des jeweiligen Projekts, des Käufers (Stellung im Markt, Liquiditätssituation, Qualität der Unternehmensführung) und des Käuferlandes (wirtschaftliche und politische Stabilität, Zahlungsfähigkeit, Zahlungsbilanzsi-

tuation) durch die Banken einher. Eine handelsfördernde Rolle nehmen die Kreditinstitute nur insofern ein, als die damit verbundenen Garantie- und Finanzierungsleistungen für sie einzelwirtschaftlich profitabel und vom Risiko kalkulierbar bleiben. Erscheinen die Risiken zu hoch, so wird die Garantie- und Kreditgewährung abgelehnt, was i.d.R. das Scheitern des betreffenden Exportvorhabens bedeutet. Bis zum Zeitpunkt, als die Zahlungsprobleme vieler Schuldnerländer offensichtlich geworden waren, schienen von der starken Dominanz der Großbanken in den Schlüsselbereichen des BRD-Exports keine beschränkenden Einflüsse auszugehen. Im Gegenteil: Das Auslandsgeschäft war sowohl für die Banken als auch für die Unternehmen ein Weg, zumindest zeitweilig den Stagnationstendenzen im Innern der BRD auszuweichen. Dies hat sich aus der Sicht der Banken zumindest teilweise geändert. Angesichts der Zahlungsprobleme einer Vielzahl von Ländern und einer drohenden internationalen Destabilisierung der politischen Beziehungen stößt heute die Finanzierung von Investitionsgüterexporten in eine Reihe von Entwicklungsländern (EL) und einige sozialistische Staaten an die Grenzen der Risikobereitschaft der Banken. Zunehmend garantieren und finanzieren die Banken Exportgeschäfte in diese Regionen nur noch beim Vorliegen einer staatlichen Abdeckung der Risiken durch die Hermes Exportkreditversicherung (100 % staatlich). Die Kriterien der *Hermes Versicherung* entwickeln sich, zusammen mit der verschärften Prüfung von Projekt- und Länderrisiken durch die Großbanken, dabei zunehmend zu einem Steuerungs- und Kontrollinstrument des BRD-Exports, wobei sich politische Kriterien (Hermes) und bankwirtschaftliches Gewinnkalkül vermengen und in einigen Fällen zu regionalen Einschränkungen im Export geführt haben.

Auf den ersten Blick scheint die Bedeutung der Hermesversicherung für den Export der BRD gering: Nur 9 % des Exports sind hermesgesichert. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Exporte in die EG und in einige weitere Industrieländer (IL) i.d.R. ohne großes Risiko abgewickelt werden können, so daß sich hierfür der Versicherungsaufwand (3–5 % des versicherten Wertes) nicht lohnt. Von dem gesamten hermesgedeckten Forderungsbestand aus Warenlieferungen in Höhe von 150 Mrd. DM (1982) entfielen deshalb ca. 75 % auf die EL und weitere 13 % auf die RGW-Länder. Rund 40 % aller Exporte in die EL und ca. $\frac{1}{4}$ des Exports in die sozialistischen Länder sind hermesgedeckt, wobei der Deckungsanteil für Lieferungen von Investitionsgütern (Maschinen,

Transportmittel, Bauleistungen) in diese Regionen noch höher ist (errechnet aus Garantien und Bürgschaften, Erg.-Lfg.-III/83, Anlage 2, S. 25, und Statistisches Jahrbuch der BRD 1983, Tab. 12.11). Die Hermesversicherung ist damit neben der Garantie- und Kreditpolitik der Banken ein entscheidendes Instrument zur Steuerung des Außenhandels mit den EL und den RGW-Staaten, dessen Bedeutung in den letzten Jahren zugenommen hat. Während zwischen 1978 und 1981 die Ermächtigungen für Exportdeckungen im Bundeshaushalt »nur« um 20 Mrd. DM (von 130 auf 150 MRD. DM) zugenommen haben, wurden sie in den beiden Jahren 1981 und 1982 um 35 Mrd. DM auf nunmehr 185 Mrd. DM ausgeweitet. Zugleich stieg die Inanspruchnahme der gewachsenen Deckungsermächtigungen von ca. 70 % 1978 auf 95 % 1982 (vgl. ebenda).

Über die Hermesversicherung *könnte* – unter anderen politischen Konstellationen – eine entwicklungspolitisch vertretbare Außenhandelspolitik betrieben werden, die der aktuellen, die internationale Finanzkrise verstärkenden Bankenpolitik gegensteuert. Tatsächlich jedoch gehen Bankstrategien und Hermespolitik gegenüber den von der Verschuldungskrise, der Weltrezession und der Verschlechterung ihrer Terms of Trade (T.o.T.) stark belasteten EL in die gleiche Richtung. Für eine Reihe von Ländern besteht derzeit bei Hermes eine totale Deckungssperre, was faktisch bedeutet, daß selbst lebensnotwendige Versorgungslieferungen sowie existentielle Zulieferungen von Vor- und Zwischenprodukten für importabhängige Industriezweige aus der BRD kaum mehr möglich sind. Unter den betroffenen Ländern sind alle politisch »unliebsamen« Länder (Nicaragua, Kuba, Vietnam, Kambodscha, Syrien, Polen, Rumänien u. a.), aber ebenso Länder mit erheblichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten aus dem Kreis der ärmsten EL (Bangladesch, Tansania, Tschad, Bolivien u. a.). Hinzu kommen starke Beschränkungen beim versicherbaren Auftragswert im Falle einer Reihe weiterer Länder (Nigeria, Argentinien, Peru u. a.), so daß Exporte von Investitionsgütern in diese Länder kaum mehr möglich sind. Die Folge: Die Wirtschaftskrise in diesen Ländern wird vertieft, auf der anderen Seite aber auch die Beschäftigung in einem, wenngleich relativ kleinen Teil der Exportindustrie der BRD beeinträchtigt.

Zusammenfassend: Während bis Anfang der achtziger Jahre die Internationalisierung der BRD-Industrie und insbesondere die Exportorientierung der BRD von seiten der BRD-Kreditinstitute un-

eingeschränkt gefördert, garantiert und finanziert wurde, zeigen sich mit dem Offenbarwerden der internationalen Finanzkrise regionale Rückzugstendenzen der im Auslandsgeschäft aktiven Banken. Der Versuch der Banken, ihre Risiken zu mindern, erhöht die Bedeutung der staatlichen Exportversicherung, die jedoch dieser Politik der Banken kaum gegensteuert, sondern im Gegenteil ebenfalls restriktive Praktiken für Exporte in »kritische« Regionen praktiziert.

Beachtlich ist schließlich die hohe Konzentration im Bereich des Exportgarantierungs- und -finanzierungsgeschäfts. Es dominiert die Deutsche Bank mit einem Anteil von ca. $\frac{1}{4}$ des Exportgarantie- und Exportabwicklungsgeschäfts, gefolgt (mit Abstand) von den beiden anderen Großbanken. Ca. $\frac{1}{3}$ des Gesamtumsatzes dieser Großbanken entfällt auf das Auslandsgeschäft, das zum Ertrag einen Beitrag zwischen 25 und 30 % leistet (ZfgK, 9/1983, S. 50). Die hohe Bedeutung des Auslandsgeschäfts für die Großbanken wird auch daran deutlich, daß der Anteil ihrer Auslandsfilialen am Gesamtgeschäftsvolumen ca. 17 % beträgt (zum Vergleich: Bei den ebenfalls überdurchschnittlich im Auslandsgeschäft engagierten Girozentralen beträgt der Anteil 1980 3,4 %; vgl. Troost, S. 175 und 178) und rasch im Wachsen begriffen ist (Anteil der Auslandsfilialen am Geschäftsvolumen der Commerzbank: 1980 14 %, 1981: 21 %, 1982: 28 %; vgl. ZfgK, 9/1983 S. 51). Neben den drei Großbanken spielen im Auslandsgeschäft noch die Bayerische Vereinsbank, die West LB, die Bayerische LB, die Hypobank, die DG-Bank, die BfG und die BHF-Bank eine bedeutendere Rolle. Diese 10 Banken besaßen 1979 ca. 90 % aller Auslandsfilialen und Auslandsstöchter der westdeutsche Kreditinstitute (Reimpell, S. 910; Deutsche Bundesbank, MB, 10/80). Die Deutsche Bank besitzt auch die Führung bei der Ausfuhrkredit-AG, einem aus 57 Banken bestehenden Konsortium, das die hermesgedeckten Ausfuhren finanziert. Schließlich sind die drei Großbanken in ca. $\frac{3}{4}$ der Fälle bei der Emittierung von Auslandsanleihen und bei der Vergabe von Eurokonsortialkrediten an der Konsortialführung beteiligt (vgl. Storck, S. 96 f.). Die überdurchschnittliche Konzentration im Unternehmenssektor bei den Direktinvestitionen und dem Export – 50 % des Exports der BRD entfällt auf die 100 größten BRD-Unternehmen – korrespondiert also mit einer ebenfalls weit überdurchschnittlichen Konzentration im Auslandsgeschäft des Kreditgewerbes.

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, daß einige wenige große Banken, allen voran die Deutsche Bank, einen erheblichen Einfluß auf den Außenhandel der BRD ausüben. Von einer alternativen Wirtschaftspolitik, die der außenwirtschaftlichen Absicherung ihrer vorrangig binnenorientierten Strategie in einem Land wie der BRD besondere Aufmerksamkeit schenken muß, erfordert dies eine stärkere Berücksichtigung bei der Formulierung der Alternativen.

4.3 Die Verwicklung der Banken der BRD in die internationale Schuldenkrise

4.3.1 *Exkurs: Entstehungsursachen der internationalen Finanzkrise*

Neben der Exportgarantierung und -finanzierung gewannen in den siebziger Jahren zunehmend »ungebundene« Kredite an Länder mit Zahlungsbilanzproblemen und/oder großen Entwicklungsvorhaben an Bedeutung. Solche Kredite, die zumeist über die internationalen Kreditmärkte vergeben wurden, sind natürlich auch für den Export und für die Auslandsproduktion des BRD-Kapitals von erheblicher Bedeutung, besitzen jedoch auch eine von diesen Faktoren unabhängige Dynamik.

Die Finanzierung von großen Zahlungsbilanzdefiziten einzelner Länder über die privaten, internationalen Kapitalmärkte ist eine relativ neue Entwicklung der 70er Jahre. Insbesondere die Öffnung der internationalen Finanzmärkte für die fortgeschritteneren Entwicklungsländer (Schwellenländer) setzte in größerem Stil erst Anfang der 70er Jahre ein. Die Ursachen hierfür sind vielschichtig: Vordergründig scheinen sie bei einem erhöhten Kreditbedarf der EL zu suchen zu sein, also bei der Kreditnachfrageseite. Zu fragen ist jedoch auch, welche Mechanismen und Interessen zu einer Bedienung dieser erhöhten Kreditnachfrage geführt haben (Analyse der Bestimmungsfaktoren des Kreditangebots) (Vgl. Hankel 1982; Hankel 1983; Dell 1982; Roth 1983; Schubert 1983).

Ohne dies hier im Einzelnen ausführen zu können, spielten bei der Herausbildung zunehmender Zahlungsbilanzdefizite und eines zunehmenden Kreditbedarfs bei der Mehrheit der EL neben den Ölpreiserhöhungen folgende Faktoren eine bedeutende Rolle:

- die seit 1974 sich verstärkende Verschlechterung der Austauschverhältnisse (Terms of Trade) für Agrarprodukte und Rohstoffe exportierende Länder,
- der seit 1974 anhaltende Wechsel zwischen weltwirtschaftlicher Krise und Stagnation, der die Exportmöglichkeiten der meisten EL begrenzte und eine Ursache für den Fall der meisten Primärgüterpreise darstellte,
- der wachsende »unsichtbare« Protektionismus (dieser äußert sich weniger in Zollerhöhungen als in diskriminierenden Importvorschriften und »freiwilligen« Selbstbeschränkungen) der IL gegen Fertigwarenimporte aus den EL.
- der zunehmende Kapitalabfluß aus den EL durch den Rücktransfer von Profiten aus der Auslandsproduktion und zunehmende Zinszahlungen, die insbesondere seit der Zinsexplosion 1979 zu einer Hauptursache für die Zahlungsbilanzprobleme einer Reihe von Schwellenländern geworden sind. Schätzungen beziffern die Zinszahlungen der EL an westliche Banken 1982 mit 60 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: Der Erdölhandel trug mit 21 Mrd. Dollar (1979) zum Zahlungsbilanzgleichgewicht der nichtölexportierenden Staaten bei (Schubert, S. 239 ff. Castro 1983).

Neben diesen externen Ursachen für die zunehmende Kreditnachfrage der EL spielen auch interne Faktoren eine Rolle, so z. B. die infolge harter Anpassungsprogramme an die weltwirtschaftlichen Probleme gesteigerten (und eventuell überdimensionierten) Ausgaben für importintensive Industrialisierungsprojekte, aber auch die Zunahme militärischer Importe (vgl. z. B. die Länderstudien über Zahlungsbilanzdefizitursachen in *Worlds-Development*, Vol. 8, 1980).

Während über die Ursachen eines verstärkten Kreditbedarfs der Schuldnerländer eine Vielzahl von Analysen erstellt worden sind, bleibt die Rolle der international aktiven Banken und des internationalen Finanzsystems in der gegenwärtigen Kreditkrise häufig ausgeblendet. Welche Interessen und welche Erwägungen veranlaßten die Banken, in bisher unbekanntem Ausmaß Kredite an Länder zu vergeben, von denen noch in den 60er Jahren ein erheblicher Teil als nicht »kreditwürdig« eingestuft worden ist? Und was veranlaßte die führenden kapitalistischen Nationalstaaten, den Aufbau einer risikoreichen internationalen Kreditpyramide als hervorragendes Beispiel für die Fähigkeit des internationalen Finanzsystems zu feiern, das Recyclingproblem der Öldollars zu bewälti-

gen und so eine Weltrezession vermeiden zu helfen? Warum wurden die nationalen Bankaufsichtsbehörden nicht – per Gesetz oder Verordnung – befähigt, gegen die Zunahme einer immer geringeren Eigenkapitaldeckung von Länderrisiken bei »ihren« Banken einzuschreiten? An Warnungen vor den Gefahren einer »ausufernden« privaten Bankkreditvergabe an die Schwellenländer fehlte es jedenfalls bereits Mitte der 70er Jahre nicht.

Die These Hankels, daß die letzte Ursache für die internationale Kreditexpansion in den 70er Jahren und die davon heute ausgehenden Gefahren für die Weltwirtschaft die »Unkontrolliertheit« der internationalen Finanzmärkte (Xeno-Kreditmärkte) sei, beschreibt ebenfalls nur ein Symptom: Die Entwicklungen auf den internationalen Finanzmärkten sind in der Tat nicht staatlich kontrolliert und gesteuert worden, jedoch zeigen die in letzter Zeit installierten (oder geplanten) Kontrollinstrumente (konsolidierte Bilanzen, verschärfte Deckungsvorschriften), daß die Xenokreditmärkte nicht prinzipiell jeder Kontroll- und Steuermöglichkeiten durch die Staaten entzogen sind (vgl. Wirtschaftsdienst XI/1979, S. 535 ff., und Roth, 1983). Es bleibt also die Frage, warum diese möglichen Kontrollen und Regulierungen unterblieben sind.

Neben offensichtlichen Fehleinschätzungen der weltwirtschaftlichen Wachstumschancen, der Entwicklungschancen der Schuldnerländer und bestimmter Länderrisiken dürfte hierfür eine zeitweilige Interessensidentität der internationalen Konzerne, der Banken und der auf Außenexpansion als Krisenbewältigungsstrategie setzenden kapitalistischen Länder ursächlich sein. Die »großzügige« Gewährung von Bankkrediten an die unter Zahlungsbilanzproblemen leidenden Schwellenländer sicherte den internationalen Konzernen nicht nur einen nicht unwichtigen Teil ihrer Exporterlöse, sondern verhinderte auch zeitweilig einen Wachstumsverlust in diesen Ländern, der auch die Verwertung der Auslandsproduktionsstätten der Internationalen Konzerne (IK) negativ beeinflusst hätte. Die westlichen Regierungen sahen in dieser lockeren internationalen Kreditpolitik eine Unterstützung ihrer Strategie, die Expansion der Konzerne auf den Weltmärkten zu fördern. Denn die in den meisten IL betriebene Austeritätspolitik schwächte zwar die Binnemärkte, wobei jedoch die binnenwirtschaftliche Absatzschwäche zumindest teilweise durch verstärkten Export wieder ausgeglichen werden sollte.

Man könnte sagen, daß die international agierenden Banken mit ihrer Kreditexpansionspolitik sich noch zu einem Zeitpunkt key-

nesianisch verhielten – die stagnativen Tendenzen auf dem Weltmarkt wurden durch diese Politik zeitweilig abgeschwächt –, zu dem die Wirtschaftspolitik in den IL bereits auf eine angebotsorientierte, die Nachfrage beschneidende Austeritätspolitik setzte. Letztlich finanzierten so die Banken den internationalen Konzernen die Exporterlöse und den Profittransfer aus der Auslandsproduktion in den Schwellenländern, natürlich in der Erwartung, daß diese Vorfinanzierung zukünftig angemessen verzinst werden würde. Auf Dauer jedoch konnte es keine Koexistenz von nationaler Austeritätspolitik und internationaler Expansionspolitik geben:

1. Über 70% des Weltmarkts werden durch die Märkte der IL gebildet, d. h. eine Stagnation dieser Märkte mußte zu einer Krise des Weltmarktes insgesamt führen. In dieser Situation kann es keine wesentlichen und dauerhaften Exporterlössteigerungen für die Hauptschuldnerländer geben, mit denen diese den Schuldendienst an die Banken hätten bestreiten können.

2. Da die nationalen und internationalen Kreditmärkte eng miteinander verknüpft sind – dies gilt insbesondere für die Xenodollarmärkte und den US-Finanzmarkt –, konnte auf Dauer eine nationale Politik der Kreditrestriktion (Zinssteigerungen) und eine internationale Politik der »leichten« Kreditvergabe (mit relativ lockeren Konditionen) nicht nebeneinander bestehen. Der von den US-Finanzmärkten ausgehende restriktive Impuls setzte sich durch, führte auch auf den internationalen Finanzmärkten zu einer »Zinsexplosion« und verschärfte so in kurzer Frist die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Schuldnerländer. In der Klemme zwischen unzureichenden Exporterlösen, sich verteuernenden Importen und steigenden Schuldendienstbelastungen mußten eine Reihe dieser Länder ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und um Umschuldung nachsuchen. Heute besteht eine Situation, in der die meisten Hauptschuldnerländer ihren Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) überwiegend nicht aus den Erlösen von Exportüberschüssen, d. h. aus einem Realtransfer bezahlen können, sondern hierfür neue Bankkredite beanspruchen müssen. Das Kreditgebäude wächst auf diese Weise weiter, ohne daß durch die neue Kreditvergabe realwirtschaftlich etwas bewegt würde. Aus den Entwicklungsländern fließen heute mehr Finanzmittel ab als hinein, Entwicklungshilfegelder und neue Bankkredite strömen sofort wieder zurück zu den Gläubigerinstituten. Ein absurdes Verfahren, das jedoch bisher einen Zusammenbruch der internationalen Finanzbeziehungen verhindern konnte. Die Frage ist, wie lange

die internationale Kreditkrise auf diese Weise fortschwellen kann, und inwieweit hiervon die BRD-Banken, insbesondere aber die Lohnabhängigen in der BRD betroffen werden.

4.3.2 Die Länderrisiken der Banken der BRD

Mit Ausnahme der US-Banken sind in keinem anderen Land der westlichen Welt Banken verpflichtet, die Summe ihrer Forderung an ein einzelnes Land offenzulegen. In der BRD sind die Länderengagements der Banken zwar der Bankenaufsicht und der Bundesbank bekannt, werden jedoch unter dem Vorwand, man dürfe die Schuldner nicht bloßstellen, nicht bekannt gemacht. Tatsächlich würde die Offenlegung des Länderrisikos der einzelnen Banken den Schutz der Kreditnehmer kaum beeinträchtigen, da sich hinter den Gesamtausleihungen einer Bank an ein einzelnes Land eine Vielzahl von Kreditbeziehungen mit den dortigen Unternehmen etc. verbergen. Unabhängig von der jeweiligen Bonität der dortigen Einzelschuldner jedoch besteht das Länderrisiko für eine Bank in der Gefahr, daß das betreffende Schuldnerland nicht mehr in der Lage ist, die Devisen zur Leistung seines Schuldendienstes aufzubringen. Infolgedessen können dann auch liquide Unternehmen dieses Landes ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen.

Das Besondere eines Auslandskredits besteht also in dem Umstand, daß dessen Bedienung nicht nur von der Liquiditätssituation des kreditnehmenden Unternehmens abhängt, sondern zugleich auch von der Devisenlage des jeweiligen Landes. Kann das Schuldnerland nicht die erforderlichen Devisen erwirtschaften, bedeutet dies einen gleichzeitigen Ausfall *aller* in dieses Land vergebenen Kredite, während bei der Inlandskreditvergabe zwar einzelne Schuldner, nicht aber alle Kreditnehmer gleichzeitig in Schwierigkeiten geraten können. Aus diesem Grund können Kreditinstitute im Inland das 18fache ihres Eigenkapitals (und wegen einiger Ausnahmeregelungen noch wesentlich mehr) verleihen, ohne daß dies auf ein besonders hohes Risiko hindeutet, während bereits die Konzentration von Krediten im Umfang von ca. 30–50% des Eigenkapitals auf Kreditnehmer in *einem* anderen Land bedrohlich werden kann. Ein Ausfall der Zinszahlungen infolge Devisenmangels kann für die Gläubigerbanken – falls sie ihre Kredite auf das betreffende Land konzentriert haben – ge-

fährliche Folgen haben. In einer solchen Situation befinden sich, wie Tabelle 25 zeigt, eine Reihe großer US-Banken. Sie haben an »gefährdete« lateinamerikanische Schuldnerländer Kredite von häufig mehr als der Hälfte ihres Eigenkapitals vergeben. Fast alle großen US-Banken haben an die 5 größten und problematischsten Schuldner Lateinamerikas (und hinzu kommen noch die Philippinen) Forderungen ausstehen, die ihr Eigenkapital weit übertreffen. Fallen die Schuldendienstzahlungen auf diese Forderungen für länger als 3 Monate aus, so müßten die betroffenen Banken nach US-Recht die Kredite als notleidend einstufen und entsprechend abschreiben. Bisher konnte dies jedoch, zuletzt im Falle Argentiniens im März 1984, durch die Aushandlung neuer Kredite, mit denen dann die Altkredite bedient wurden, verhindert werden. Die Rekordgewinne der Mehrheit der US-Banken signalisieren darüber hinaus, daß bisher erforderlich gewordene Abschreibungen oder Wertberichtigungen aus Rücklagen und dem Betriebsergebnis bestritten werden konnten, ohne daß die Substanz der Banken angegriffen wurde. Im Gegenteil, die meisten Großbanken vermochten i. d. Regel in den letzten Jahren, ihr Eigenkapital zu erhöhen.

Dennoch entspringen aus der starken Verstrickung der US-Banken in risikoreiche internationale Kredite *für die Zukunft* Gefahren. Ca. 600 Kreditinstitute werden von der US-Bankaufsicht als Problemfälle eingestuft, und in den letzten beiden Jahren kam es zu 42 Bankzusammenbrüchen in den USA (wobei allerdings auch inländische Kreditprobleme eine erhebliche Rolle spielten; FR 13.10. 1983). Würden sich die großen lateinamerikanischen Schuldner zu einem Schuldnerkartell zusammenschließen oder eine der Umschuldungsverhandlungen scheitern, so könnte dies auch größere US-Banken gefährden. Zu erwarten ist, daß sich auch ohne solche dramatischen Entwicklungen infolge der internationalen Finanzkrise die Konzentration im US-Bankensektor erhöht und das Auslandskreditgeschäft wieder stärker relativ wenigen US-Großbanken vorbehalten bleibt.

Wesentlich undurchsichtiger ist die Situation der BRD-Banken. Soweit bekannt, gibt es in der BRD keine Banken, die an hochverschuldete Länder zusammen mehr als ihr Eigenkapital verliehen haben (Die Zeit, 2. 12. 1983). Gleichwohl sind die drei Großbanken und einige weitere im Auslandsgeschäft führende Banken nicht unerheblich in die internationalen Kreditrisiken verstrickt. So beläuft sich z. B. das ungesicherte Auslandsengagement der Deutschen Bank in den 28 in Umschuldung stehenden Ländern

Tabelle 25 Forderungen der großen amerikanischen Banken an hochverschuldete Länder in Prozent des Eigenkapitals Ende 1982

	Argentinien	Brasilien	Mexiko	Venezuela	Chile	zusammen	Kapital in Mill. Dollar
Citibank	18,2	73,5	54,6	18,2	10,0	174,5	5,989
Bank of America	10,2	47,9	52,1	41,7	6,3	158,2	4,799
Chase Manhattan	21,3	56,9	40,0	24,0	11,8	154,0	4,221
Morgan Guaranty	24,4	54,3	34,8	17,5	9,7	140,7	3,107
Manufacturers Hanover	47,5	77,7	66,7	42,4	28,4	262,8	2,592
Chemical	14,9	52,0	60,0	28,0	14,8	169,7	2,499
Continental Illinois	17,8	22,9	32,4	21,6	12,8	107,5	2,143
Bankers Trust	13,2	46,2	46,2	25,1	10,6	141,2	1,895
First National Chicago	14,5	40,6	50,1	17,4	11,6	134,2	1,725
Security Pacific	10,4	29,1	31,2	4,5	7,4	82,5	1,684
Wells Fargo	8,3	40,7	51,0	20,4	6,2	126,6	1,201
Crocker National	38,1	57,3	51,2	22,8	26,5	196,0	1,151
First Interstate	6,9	43,9	63,0	18,5	3,7	136,0	1,080
Marine Midland	n. v.	47,8	28,3	29,2	n. v.	n. v.	1,074
Mellon	n. v.	35,3	41,1	17,6	n. v.	n. v.	1,024
Irving Trust	21,6	38,7	34,1	50,2	n. v.	n. v.	996
First National Boston	n. v.	23,1	28,1	n. v.	n. v.	n. v.	800
Interfirst Dallas	5,1	10,2	30,1	1,3	2,5	49,2	787

Quelle: Institute for international Economics

1983 auf ca. 6,4 Milliarden DM und überschritt somit das Ende 1982 noch mit 5,4 Mrd. DM ausgewiesene Eigenkapital (allerdings hat die Deutsche Bank ihre eigenen Mittel im Jahre 1983 auf über 6 Mrd. DM aufgestockt, nachdem bereits 1982 die Eigenmittel um eine halbe Milliarde erhöht worden sind; vgl. ZfgK, 9/1983, S. 44; FR, 8. 12. 1983; Handelsblatt 8. 12. 1983). In den drei größten Schuldnerländern zusammen hat die Deutsche Bank weniger als 50% ihrer Eigenmittel angelegt (Handelsblatt, 8. 12. 83).

Tabelle 26 Risikovorsorge der Großbanken 1982

	Risikovorsorge in DM	Struktur	
		Inland	Ausland
Deutsche Bank	1,6 Mrd	50 %	50 %
Dresdner Bank	über 800 Mio	75 % u. a.: – AEG – Korf – Bauknecht – Dugena	25 % (Töchter ebenfalls 200 Mio)
Commerzbank	knapp 700 Mio	66,6 % u. a.: – AEG	33,3 % u. a.: – 30 % auf Polen (Vorjahr 10 %) – nur Länderrisiken, keine EWB der Auslandsfilialen

Quelle: zusammengestellt aus Presseinformationen

Insgesamt hat die Deutsche Bank in den letzten Jahren Wertberichtigungen in Höhe von ca. 4 Mrd. DM vorgenommen. Bei der Commerzbank lag die Risikovorsorge 1982 zehnmal so hoch wie im Durchschnitt 1971–1981, wobei insbesondere Kredite an die AEG und Polen Probleme aufwarfen. Abschreibungen und Wertberichtigungen nahmen 1982 gegenüber dem Vorjahr um ca. 215 % zu (ZfgK, 9/1983, S. 413). Auch 1983 kam es zu einem hohen Vorsorgeaufwand mit Blick auf bestimmte Länderrisiken (FR, 30. 3. 1984). Ähnliche Tendenzen lassen sich auch bei der Dresdner Bank ausmachen, die von den drei Großbanken vermutlich am wenigsten in risikoreiche Länderkredite verwickelt ist, und bei einer

Reihe von Girozentralen und weiteren großen Kreditinstituten (BHF-Bank) (ZfgK, 9/1983, S. 409 und FR, 9. 4. 83).

Aus solchen Entwicklungen allerdings aktuell auf erhebliche Probleme der BRD-Banken im Zusammenhang mit ihrer internationalen Kreditvergabe zu schließen wäre voreilig. Bei ausgesprochen guter Entwicklung der Betriebsergebnisse wird aktuell eine hohe Risikovorsorge bei überdurchschnittlichen Gewinnen, steigenden Dividendenzahlungen und Erhöhungen des Eigenkapitals praktiziert. Dabei ist nur schwer zu beurteilen, inwieweit die vorgenommenen Wertberichtigungen der Gewinnverschleierung und dem Zwecke der Steuervermeidung dienen, und inwieweit sie tatsächlich kommende Ausfälle vorwegnehmen oder gar bereits stattgefundenen Ausfällen Rechnung tragen. Sicherlich sind im Zusammenhang mit den Polenkrediten und Zins- und Tilgungsstundungen an lateinamerikanische Schuldnerländer gewisse Einbußen eingetreten. Ob es sich dabei um dauerhafte Ausfälle oder nur um zeitweilige Verluste handelt, ist jedoch noch nicht entschieden. Unklar ist auch, inwieweit kleinere Privatbanken, die an den Konsortialkrediten an die Schwellenländer mit im Vergleich zu den Großbanken wenig spektakulären Beträgen beteiligt sind, durch solche für ihre Verhältnisse nicht unbedeutende Engagements in Gefahr geraten können. Ihr Einfluß auf die Umschuldungskonditionen ist im Unterschied zu den großen Banken faktisch Null, d. h. sie müssen die ausgehandelten Konditionen schlucken und »ihren« Anteil an den neuen Kreditvereinbarungen tragen. Dabei können auch kleinere Kredite an Problemländer zu Gefährdungen dieser Banken führen und letztlich eine verstärkte Konzentration im Kreditsektor der BRD einleiten.

Einen – wenngleich nur groben – Einblick in mögliche *zukünftige* Kreditrisiken für die Kreditinstitute der BRD vermittelt die Tabelle 27. Ohne Berücksichtigung der Kreditvergabe der Auslandstöchter (1979 vergaben die Auslandstöchter der BRD-Kreditinstitute Kredite an das Ausland in Höhe von ca. $\frac{1}{3}$ der gesamten Auslands kreditvergabe der Institute einschl. ihrer Auslandsfilialen; errechnet aus: Bähre, S. 544; Stat. Beihefte Reihe 3) zeigt sich, daß BRD-Banken ca. 50 Mrd. DM in Ländern mit erheblichen Zahlungsschwierigkeiten angelegt haben, davon knapp 22 Mrd. DM bei den 5 lateinamerikanischen Hauptschuldern. Veranschlagt man die Kreditvergabe der Auslandstöchter in dieser Region mit einem Drittel der gesamten Kreditvergabe und berücksichtigt, daß für einige Problemländer die Schulden an BRD-Auslandsfilialen

nicht zu ermitteln waren, so kann die in Problemländern angelegte Kreditsumme sich auf 70–75 Mrd. DM belaufen. Ungefähr 30 % dieser Kredite wurden nur kurzfristig vergeben, d.h. dieser Teil der Kreditvergabe wäre von aktuellen Zahlungsproblemen der Schuldner besonders bedroht. Auch wenn nicht zu erwarten ist, daß die Schuldendienstzahlungen aller als Problemländer eingestuft Staaten gleichzeitig stocken werden, zumal die Zahlungsprobleme dieser Länder nicht in jedem Fall als gleich schwerwiegend zu beurteilen sind, so signalisieren die genannten Zahlen doch, daß die Kreditinstitute der BRD nicht abseits der internationalen Finanzkrise stehen und von dieser Seite schwer kalkulierbare Zukunftsrisiken ausgehen.

Tabelle 27 Auslandskredite der Kreditinstitute der BRD und ihrer Auslandsfilialen (aber ohne Auslandstöchter) nach Regionen, Stand Sept. 1983 (kurz- und langfristige Kredite)

Region	Auslands- kredite in Mrd. DM	in % der gesamten Auslands- kredite	Anteil der Auslands- filialen an den Auslands- krediten	Anteil der kurzfristigen Auslandskredite
Alle Länder	344,1	100 %	43 %	49 %
Industrieländer	229,7	67 %	48 %	56 %
sozialistische Länder	15,8	5 %	14 %	21 %
Entwicklungsländer	93,1	27 %	39 %	—
darunter:				
OPEC	16,7	5 %	22 %	26 %
NOPEC ¹	76,5	22 %	43 %	39 %
Hauptschuldnerlän- der in Lateiname- rika ²	21,8	6 %	52 %	30 %
»gefährdete« Schuldnerländer				
insgesamt ³	ca. 50	15 %	—	—

1 NOPEC = Nichtölexportierende Entwicklungsländer

2 Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Venezuela

3 Alle lateinamerikanischen Länder, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Marokko, Nigeria, Zaire, Indonesien, Philippinen, Thailand, Türkei. Für eine Reihe dieser Länder konnten die Kredite der Auslandsfilialen nicht ermittelt werden, so daß das angegebene Kreditvolumen zu gering ausfällt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihefte, Reihe 3, 11/1983

Hinzu kommt, daß die bisherigen Überlegungen die Verstrickung insbesondere der großen BRD-Banken in gefährdete internationale Kreditbeziehungen nur unzureichend erfassen.

Erstens sind die Aktivitäten der Auslandstöchter der Banken der BRD in der bisherigen Analyse kaum berücksichtigt worden, da keine regional aufgeschlüsselten Angaben über ihre Tätigkeit vorliegen. So gehen z. B. inoffizielle Schätzungen von einem deutschen Kreditvolumen in Lateinamerika von ca. 21 Mrd. Dollar (56 Mrd. DM), d. h. mehr als dem doppelten des in Tabelle 27 für die größten Schuldner dieser Region ausgewiesenen Betrags, aus, wobei die Kreditvergabe der Tochterbanken diese Differenz sicherlich zu einem Teil erklären kann (Kampfmeier, S. 20). Geht man von konsolidierten Bilanzen aus, d. h. berücksichtigt man die Kreditvergabe der Auslandstöchter und deren Eigenkapital bei der Bilanz des Bankkonzerns, so zeigt sich, daß die meisten Banken der BRD mit Luxemburger Töchtern mehr als das achtzehnfache ihres Eigenkapitals verliehen haben (DIE ZEIT, 13./14. 10. 1983, S. 29). Auch wenn die Auslandstöchter der Banken formal selbständige Institute darstellen und deshalb eigenständig haften, müssen die Mutterbanken schon aus Gründen ihres internationalen Ansehens und aus Gründen der Bonitätspflege im Ernstfall für diese Töchter einstehen (Vgl. Lahnstein, S. 38).

Zweitens sind die großen Banken der BRD direkt und über ihre Auslandstöchter indirekt durch die Interbankenmärkte mit den Banken der übrigen Welt verbunden. Über 100 Mrd. DM (fast $\frac{1}{3}$ aller Auslandskredite) waren im Sept. 1983 durch die BRD-Banken (incl. Auslandsfilialen) an US-Banken (16 Mrd.) und an Banken an den internationalen Finanzplätzen (87 Mrd.; London, Luxemburg, offshore Plätze) verliehen, davon 87 Mrd. DM (84%) kurzfristig. Dieser Summe standen zwar noch höhere Verbindlichkeiten der BRD-Banken bei diesen Banken gegenüber (ca. 130 Mrd.), doch machen solche Zahlen ansatzweise deutlich, welche Summen im Falle eines Bruchs der internationalen Kreditketten – etwa durch den Zusammenbruch einer Großbank – betroffen sein würden (Deutsche Bundesbank Stat. Beihefte, Reihe 3, 9/83, eig. Berechnungen). Die Situation der großen Banken der BRD kann also nicht völlig unabhängig von der Situation der US-amerikanischen, japanischen und anderen Banken beurteilt werden: Gefährdungen wichtiger Banken anderer IL berühren heute mit großer Schnelligkeit auch die Situation der Kreditinstitute der BRD.

Drittens, wengleich für die BRD weniger relevant, wird die Be-

urteilung der Risiken aus der internationalen Kreditvergabe durch die Notwendigkeit der Bonitätspflege der Banken erschwert. Gerade in Krisenzeiten ist die Demonstration finanzieller Gesundheit – u.U. durch »Bilanzverschönerungen« (die durchaus nicht illegal sein müssen) – für Banken eine Notwendigkeit, da hiervon nicht zuletzt ihre Refinanzierungsmöglichkeiten und Refinanzierungskosten abhängig sind (Börsen-Zeitung, Nr. 208, 28. 10. 1983, S. 6; so nahmen z. B. die japanischen Banken bilanzbeschönigende Substanzrückgriffe vor, um demonstrativ ihre Bonität auszuweisen. Hierbei fanden sie offizielle Unterstützung durch das Finanzministerium.). Seit die hohen Länderrisiken einiger Banken offenbar geworden sind, gibt es auf den internationalen Finanzmärkten Refinanzierungsprobleme für besonders gefährdete Banken, die i.d.R. auch höhere Risikomargen zahlen müssen. Bedenkt man, daß längerfristig vergebene Bankkredite auf den internationalen Geldmärkten (Euro-Xeno-Geldmärkten) i.d.R. immer wieder aufs Neue kurzfristig refinanziert werden müssen (roll-over Kredite), so wird deutlich, wie wichtig für Banken ein günstiger Bonitätsausweis ist. Allerdings gibt es keinen Hinweis darauf, daß die hervorragende Gewinnsituation der BRD-Banken Ausdruck einer Bilanzbeschönigung und nicht einer realen Finanzstärke sein könnte. Eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Fassen wir zusammen: Während die Zukunftsrisiken aus der internationalen Kreditvergabe auch für die BRD-Banken erheblich sein dürften, ist gegenwärtig von einer Bankenkrise nichts zu spüren. Im Gegenteil erbrachten stark ausgeweitete Zinsmargen den BRD-Banken Rekordergebnisse. Mit der internationalen Finanzkrise läßt es sich für die Banken offensichtlich profitabel leben, und die eingeschlagenen Bankstrategien lassen vermuten, daß dies zukünftig, wenn tatsächlich in erheblichem Umfang Kredite an Problemländer abgeschrieben werden müßten, nicht anders sein muß. Die Frage, der im folgenden nachgegangen wird, ist, mit welchen Mechanismen es den Banken bisher gelungen ist, an der internationalen Finanzkrise zu verdienen, wer die Lasten dieser Politik zu tragen hat und welche Chancen solche Bankstrategien längerfristig besitzen.

4.3.3 Bankstrategien angesichts der internationalen Finanzkrise: Sozialisierung von Risiken und Verlusten

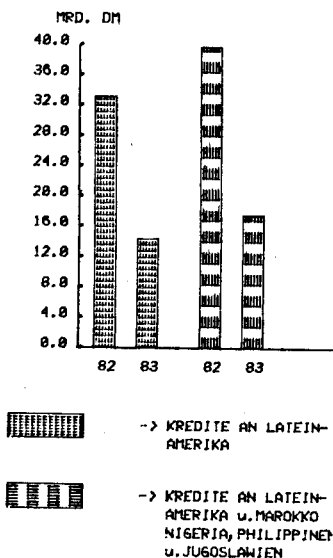
4.3.3.1 Bankstrategien I: »Verstaatlichung« der Risiken

Seit die eingegangenen Länderrisiken der international aktiven Banken offensichtlich geworden sind, hat sich ihr Kreditvergabeverhalten entscheidend verändert. Bereits im II. Quartal 1982 ging die Kreditvergabe an die nichtölexportierenden Länder erheblich zurück. Dies zeigte sich besonders deutlich an der Entwicklung der Eurokreditvergabe (diese Kredite werden i.d.R. durch internationale Bankkonsortien vergeben: Euro-Konsortialkredite) an nichtölexportierende EL, die bereits 1982 um 18,5 % niedriger als im Vorjahr ausgefallen war (Handelsblatt, 13. 10. 83).

In den ersten neun Monaten 1983 verstärkte sich diese Tendenz, die besonders die Kreditvergabe an Länder mit Zahlungsschwierigkeiten berührte. Die Eurokreditvergabe an die gefährdetsten EL ist 1983 um fast 56 % zurückgegangen (vgl. Schaubild 2). Dabei ist zu beachten, daß mit Mexiko, Brasilien und Chile »unabweisbare« Kreditvereinbarungen getroffen werden mußten (10,8 Mrd. \$). Ohne diese »unfreiwilligen« Kredite wäre die Kreditvergabe an die lateinamerikanischen Länder auf ein Minimum gesunken. Auch die Banken der BRD sind inzwischen offensichtlich wesentlich restriktiver in ihrer Kreditvergabe an die lateinamerikanischen Hauptschuldner. Die absoluten Zuwächse des Forderungsvolumens an diese besonders gefährdeten Länder halbierten sich 1982 und 1983 im Vergleich zu 1981 (auch hier wären natürlich nähere Informationen über die Kreditvergabe der Eurotöchter der BRD-Banken wünschenswert, die vermutlich einen Großteil der Eurokonsortialkredite mitgetragen haben).

Ergebnis dieser restriktiven Kreditvergabepolitik der internationalen Banken ist, daß die nach wie vor hohen Finanzierungslücken der EL und der Problemländer im Besonderen durch öffentliche Mittel (IWF, Weltbank, Stundungen von Lieferantenkrediten durch einzelne Staaten) aufgefüllt werden müssen, wenn ein Zusammenbruch der internationalen Kreditbeziehungen verhindert werden soll. In den fünf lateinamerikanischen Hauptschuldnerländern ist der IWF inzwischen mit über 14 Mrd. Dollar eingesprungen (Handelsblatt, 17. 10. 1983). Auch bei dem Ende 1983 verein-

EUROKONSORTIALKREDITVERGABE AN
HOCHVERSCHULDETE LAENDER (1)



barten Umschuldungspaket für Brasilien sind neben den 6,5 Mrd. \$ Umschuldungskrediten der westlichen Banken weitere 5–6 Mrd. \$ Beistandskredite des IWF und der Regierungen der BRD, Frankreichs, Großbritanniens und Japans vorgesehen (Handelsblatt, 23. 11. 1983). Von den Umschuldungspaketen der Jahre 1982 und 1983 für Argentinien, Brasilien, Mexiko und Jugoslawien, die insgesamt ca. 40 Mrd. \$ umfaßten, trugen die privaten Banken ca. 15 Mrd., der IWF und die internationale Entwicklungsbank ca. 16 Mrd. und westliche Staaten ca. 8 Mrd. \$ (Cline, S. 42, eig. Berechn.). Während führende Bankiers, so z. B. Meier-Preschany von der Dresdener Bank, lautstark größere öffentliche Beiträge bei den Umschuldungsaktionen verlangen und den hohen Beitrag der privaten Banken beklagen (Handelsblatt, 23. 11. 1983), findet in der Praxis die Abwälzung der eingegangenen Kreditrisiken von den Banken zu öffentlichen Institutionen bereits in großem Maßstab statt. Die BRD ist von einer »Verstaatlichung« der Risiken in vielfältiger Weise betroffen. So trug die Deutsche Bundesbank mit ca. 1,2 Mrd. DM den größten Anteil der infolge zunehmender Bei-

standsaktionen notwendig gewordenen Kredithilfe westlicher Zentralbanken für den IWF in Höhe von insgesamt 8,6 Mrd. DM (Stuttgarter Zeitung, 14. 12. 1983). Letztlich können diese Geschäfte der Deutschen Bundesbank auch den Bundeshaushalt betreffen, falls z.B. Abschreibungen der an den IWF vergebenen Kredite zu einer verminderten Gewinnzuführung an den Bundeshaushalt führen.

Eine weitere Form der Risikoabwälzung auf den Staat und der Sicherung der Zinserträge der Banken durch die Inanspruchnahme öffentlicher Instanzen wurde bei dem Umschuldungspaket für Brasilien sichtbar. Staatlich garantierte Exportkredite über ca. 2,25 Mrd. DM (davon ca. 1 Mrd. DM hermesgesicherte Exportkredite aus der BRD) werden zunächst auf 4 Jahre gestundet, d. h. sind in diesem Zeitraum von Brasilien nicht zu verzinsen und zu tilgen (Handelsblatt 23. 11. 1983). Für die Banken hat dies den Vorteil, daß für diesen Zeitraum die Devisenerlöse der Schuldnerländer voll für die Bedienung ihrer Bankkredite zur Verfügung stehen. Die Kosten dieser Politik trägt in der BRD zunächst die Hermesversicherung, die sie jedoch auf die Exportunternehmen (Beitragserhöhungen) abwälzt. Die Unternehmen schließlich geben die gestiegenen Versicherungskosten nach Möglichkeit an die ausländischen Abnehmer weiter, und damit, sofern es sich dabei um Schuldnerländer handelt, schließt sich der Kreis. Für den Fall, daß die Erträge der Hermesversicherung nicht ausreichen, etwaige Kreditausfälle abzudecken, würde schließlich der Bundeshaushalt haften. Dieser Fall ist zwar bisher nicht eingetreten, kann jedoch bei einer weiteren Abwälzung der Kreditrisiken auf öffentliche Institutionen nicht ausgeschlossen werden.

Insgesamt zeigt der bisherige Verlauf der Umschuldungsoperationen, daß die Banken im Falle von Zahlungsproblemen in der Regel vorrangig bedient werden. In der Bedienungshierarchie, die bei Umschuldungen offenbar wird, stehen neben den Anleihen die Eurokonsortialkredite und weitere Bankkredite in der Priorität über der Bedienung öffentlicher Kredite. Am unteren Ende der Rangskala schließlich finden sich die gedeckten und ungedeckten Lieferanten- und Finanzkredite. Auch hier kommen die Banken im Falle von Zahlungsproblemen am günstigsten weg. Im Unterschied etwa zum Exporteur, der von Hermes erst nach einem Konkurs oder gerichtlich festgestellter Zahlungsunfähigkeit des Schuldners nach weiteren 6 Monaten Wartezeit die Versicherungsentscheidung erhält, tritt bei Banken der Schadensfall bereits bei einfa-

chem Tilgungsverzug 4 Monate nach vertraglicher Fälligkeit ein. Darüber hinaus trägt der Exporteur immer den Versicherungselbstbehalt (Eigenbeteiligung des Versicherten bei Hermes von 10%).

Insgesamt zielen die Bankenstrategien angesichts der internationalen Finanzkrise darauf ab, ungedeckte Bankkredite (z. B. Eurokonsortialkredite) nicht mehr neu zu vergeben, sondern nur noch zu prolongieren (die Neukredite 1983 dienten fast nur der Ablösung von notleidenden Altkrediten, d. h. stellten faktisch eine Kreditprolongation dar), die echte Neukreditvergabe an die Problemländer so weit wie möglich multilateralen Organisationen (IWF) und einzelnen Staaten zu überlassen und nur die Finanzierung staatlich gedeckter Exportgeschäfte zu übernehmen. Darüber hinaus sollen Zahlungsstundungen durch die Regierungen der IL, erhöhte Beistandskredite des IWF, verstärkte Entwicklungskredite der Weltbank sowie die Entwicklungshilfe Raum schaffen, daß etwaige Devisenüberschüsse der Schuldnerländer zur Bedienung ihrer Bankschulden verwandt werden können.

4.3.3.2 Bankstrategien II: Umverteilung in den Industrieländern

Im Abschnitt 2.3.1 wurde als eine wesentliche Ursache der Rekordergebnisse der Banken in den letzten Jahren die erhebliche Ausweitung der Zinsspannen analysiert. Vordergründig wird dies mit den erhöhten Risiken aus der internationalen Kreditvergabe und bei inländischen Forderungen begründet, die hohe Wertberichtigungen und Abschreibungen erforderlich machten. Einmal ungeachtet der Frage, inwieweit die Banken solche Risiken überhaupt zu tragen haben und sie nicht abzuwälzen verstehen, ist eine solche Politik ein weiterer Baustein in der Bankenstrategie der Sozialisierung von Verlusten und Risiken, da die Erhöhung der Zinsspannen eine Umverteilung zugunsten des Finanzsektors zur Folge hat und die übrige Wirtschaft belastet (vgl. Ursachen der Wirtschaftskrise, Memorandum '84). Durch die Verteuerung der Konsumentenkredite und die Belastung der öffentlichen Haushalte mit höheren Zinszahlungen schwächt diese Politik die Nachfrage. Weiter werden durch hohe Zinsen Investitionen im Bereich des Wohnungsbaus und im Bereich der weniger ertragsstarken Unternehmen behindert. Schließlich bieten in einer Situation anhaltender Absatzschwäche hohe Realzinsen für liquide Konzerne einen zusätzlichen Anreiz, statt real zu investieren, in Finanzanlagen

auszuweichen. Auch wenn hohe Kredit-Zinsen sicherlich nicht die zentrale Krisenursache und der wesentliche Hemmschuh für einen selbsttragenden Aufschwung darstellen, verstärken sie doch zusätzlich die vorhandenen Krisen- und Stagnationstendenzen. Selbst wenn man das Argument von der Notwendigkeit einer hohen Risikovorsorge einmal übernimmt (wobei Skepsis angebracht ist), deutet die Fähigkeit der in die internationale Finanzkrise verstrickten Banken, sinkende Refinanzierungskosten nicht entsprechend über die Kreditzinsen weitergeben zu müssen und so etwaige Risiken und Verluste aus internationalen Kreditgeschäften abwälzen zu können, auf einen gestörten Wettbewerb im Bankensektor hin. Denn obwohl nur relativ wenige Banken der BRD in größerem Maße in die internationale Finanzkrise verstrickt sind, geht von den übrigen Instituten offensichtlich kein Druck zur Senkung der Kreditzinsen aus. Vielmehr werden von diesen Banken offensichtlich Markttagengewinne erzielt. Von einem funktionierenden Markt im Kreditgewerbe kann also keine Rede sein, denn ein solcher Markt müßte ja bewirken, daß eingegangene Risiken und dabei erlittene Verluste von den jeweiligen Instituten selbst getragen werden müßten und eine Weiterwälzung scheiterte.

4.3.3.3 Bankstrategien III: Auspressung der Schuldnerländer

Während mittelfristig die international aktiven Banken von der Zinsexplosion seit Mitte 1979 profitierten, waren die Schuldnerländer die eindeutigen Verlierer dieser Entwicklung (Zu den Ursachen dieser Zinspreissteigerungen vgl. in Teil B I Ursachen der Wirtschaftskrise, Kapitel 6). Die infolge der restriktiven Geldpolitik in den USA rasch anziehenden US-Zinsen – die US-Primerate verdoppelte sich innerhalb eines Jahres – bewirkten auch ein rasches Anziehen der Zinsen auf den internationalen Finanzmärkten (so der Londoner Interbankrate LIBOR, die die Zinsbasis der Eurokredite darstellt). Da die Eurokredite an die Schuldnerländer mit Zinsgleitklauseln versehen waren, die nach jeweils drei Monaten eine Zinsanpassung an den LIBOR vorsahen ($\frac{2}{3}$ der EL-Schulden sind an den LIBOR gebunden; Cline, S. 43), verstärkten sich die Zahlungsschwierigkeiten der betroffenen Länder in kurzer Frist. Seit 1978 haben sich die Zinszahlungen der EL (ohne die Kapitalüberschußländer der OPEC) mehr als vervierfacht. Zu dieser Steigerung hat zum einen das absolute Wachstum des Verschuldungsvolumens beigetragen, zum anderen aber die enormen Zins-

steigerungen seit 1979 und schließlich, in jüngster Zeit, der rasche Anstieg der spreads (Aufschläge) auf neu vergebene Kredite. Schätzungsweise 60 Mrd. Dollar sind inzwischen jährlich allein für Zinszahlungen von den Schuldnerländern aufzubringen (Schubert, S. 242). Brasilien z. B. leistete 1982 Zinszahlungen von 12 Mrd. \$, Chile von 2,25 Mrd. \$. Diese Summen machten ca. 50% bzw. 65% der Ausfuhren dieser Länder aus. Die internationale Finanzkrise bringt so eine gigantische Umverteilung von Arm zu Reich (den Banken) mit sich. Dabei werden die in Zahlungsnot befindlichen Hauptschuldnerländer besonders belastet: Neben den hohen Zinssätzen wurden ihnen zunehmend höhere Risikoaufschläge (spreads) auf den LIBOR abverlangt. Lagen diese spreads 1978 und 1979 noch deutlich unter 1%, stiegen sie zwischenzeitlich auf über 2% und erreichten bei manchen Umschuldungsfällen 3%–5% (z. B. Kuba). Bedenkt man, daß 1% Zinssteigerung z. B. für Brasilien ca. 2,6 Mrd. DM zusätzliche Zinszahlungen bedeuteten, so wird die Dimension dieses Umverteilungsprozesses deutlich.

Die maßlose Ausplünderung der verschuldeten EL wirft die Frage auf, wie die »Patienten« am Leben erhalten, d. h. zur Zahlung befähigt werden können. Dargelegt wurde bereits ein Standbein der Bankenstrategie, nämlich die Sicherung ihrer Ausstände durch die verstärkte Heranziehung öffentlicher Kreditgeber. Das zweite Standbein – und hier gehen internationale Banken und der IWF Hand in Hand – besteht in der Aufrechterhaltung der Exportfähigkeit der Schuldnerländer bei drastischer Reduzierung ihrer Importe für die Binnenmarktversorgung (Einschränkung konsumtiver Importe wie z. B. Nahrungsmittel). Diese Strategie läßt sich auch in der BRD beobachten. Angesichts der gegenwärtigen internationalen Finanzkrise vergeben Banken in der BRD i. d. R. nur noch Kredite für hermesgedeckte Exporte. Zu beobachten ist jedoch, daß bei Hermes inzwischen vorrangig Exporte gesichert werden, die geeignet sind, die Exportfähigkeit der Schuldnerländer zu sichern.

Die Politik der Exportstabilisierung der Schuldner-EL bei gleichzeitiger Drosselung jener Importe, die nicht lebenswichtig für die Exportindustrie des jeweiligen EL sind, ist auch der Kern der sogenannten IWF-Stabilisierungsprogramme. Selbst H. Kissinger, Mitglied des Beirats der Chase Manhattan Bank, kritisiert diese Politik: »Erstens zwingen sie (die Umschuldungsvereinbarungen) die Schuldnernationen zu Beschränkungen, die die ein-

zige Heilpflanze, Wachstum zerstören. Zweitens zwingen sie die Schuldnationen gewollt und zum Schaden produktiver Investitionen zur Drosselung der Importe bei gleichzeitiger Überbeanspruchung der Exportfähigkeit.« (Handelsblatt, 11. 11. 1983) Ein Erfolg dieser Politik, die neben den Banken auch vom IWF betrieben wird, sei auch deshalb unmöglich, weil sie für die IL die Hinnahe von Handelsbilanzdefiziten mit den EL bedeute, d. h. die Schuldenkrise auch zur Krise der Gläubigerländer würde. Diese Einschätzung ist gesamtwirtschaftlich sicherlich rational und insbesondere auf lange Sicht richtig. Kurzfristig jedoch geht es weniger um eine Ausweitung der EL-Exporte in die IL – dies scheint in der Tat kaum realistisch –, sondern eher um die Reduzierung des nicht exportrelevanten Imports, um bei Aufrechterhaltung der Exporte und bei gesunkenen Importen die Devisen für die Bedienung der Banken verdienen zu können. Verlierer dieser Politik sind zum einen die Menschen in den EL, die diese Sanierung u. U. sogar mit dem Leben bezahlen müssen, und zum anderen vordergründig die Exportunternehmen in den IL, die im Handel mit den EL engagiert sind. Vordergründig, weil die Folgen verringerter Auslastung dieser Unternehmen letztlich auf die Beschäftigten über Kurzarbeit, Entlassungen etc. abgewälzt werden. Die negativen wirtschaftlichen Folgen, die diese »Sanierungs«strategie der Banken und des IWF auch für die IL hat, lassen sich an der Entwicklung des Welthandels im allgemeinen und an den Entwicklungstendenzen des Exports der BRD in die Problemländer im besonderen ablesen.

So reduzierten die lateinamerikanischen Schuldnerländer ihre Importe aus der übrigen Welt drastisch (1982–83 um jährlich ca. 22%), während gleichzeitig die Verringerung der Exporte dieser Länder (– 4%) im Vergleich zum Rückgang des Welthandels (– 6%) unterdurchschnittlich ausgefallen ist. Zumindest kurzfristig haben so die harten Stabilisierungsaufgaben des IWF ihren Zweck erfüllt, Devisen für die Bedienung der Bankenschulden freizumachen. Wenn Brasiliens Finanzminister stolz erklären kann, sein Land erwarte 1983 einen Außenhandelsüberschuß von 6,5 Mrd. \$, so freut diese Nachricht sicherlich die Banken, ist aber in Wahrheit der zusammengefaßte Ausdruck einer sozialen Katastrophe in einem Land, in dem Menschen hungern müssen, um zugunsten der Banken der reichsten Länder der Welt einen noch größeren Teil der im Innern benötigten Produktion »verscherbeln« zu können.

Von der oben skizzierten Entwicklung war auch der Export der

BRD betroffen, wobei einige günstige Sonderentwicklungen (Exportsteigerung Jan./Sept. 1983 nach Argentinien um 119%) beschönigend wirkten. Der BRD-Export nach Mexiko sank in den ersten neun Monaten von 1983 um 34%, jener nach Venezuela um 53%, jener nach Brasilien um 12%. Die Ausfuhr nach Afrika, geprägt von den Einbrüchen im Handel mit Nigeria, Marokko, Sudan und Zaire, ging um 23% zurück (Handelsblatt, 30. 11. 1983). Da die Ausfuhr in diese Regionen für den Außenhandel der BRD insgesamt nur eine relativ geringe Bedeutung besitzt (jedoch für eine Reihe von Unternehmen der BRD (Anlagenbau) nicht unwichtig ist), scheinen solche Exporteinbußen durch Steigerungen in anderen Regionen der Welt (Iran +145%, Exporterfolge im Dollarraum) kompensierbar. Tatsache ist jedoch, daß mit den Exporteinbrüchen in den lateinamerikanischen Märkten – und eine ähnliche Tendenz zeichnet sich bei einem Teil des südostasiatischen und afrikanischen Marktes ab (Phillipinen, Thailand, Malaysia, Nigeria, Marokko) – sogenannte Zukunftsmärkte betroffen sind, mit der Folge, daß die Konkurrenz um die ebenfalls nur schwach expandierenden Industrieländermärkte sich weiter verschärft und eine exportorientierte Wachstumsstrategie noch weniger erfolgversprechend erscheint.

Unmittelbares Resultat der Umschuldungspolitik der internationalen Banken und des IWF ist also neben der verstärkten Verarmung der Armen auch die Gefährdung des Welthandels und die Ausschaltung möglicher Zukunftsmärkte. (Man kann sicherlich darüber diskutieren, inwieweit die Importe der EL aus den IL bisher einen vernünftigen Entwicklungsbeitrag geleistet haben. Sicher ist jedoch, daß die jetzt erfolgte, abrupte und unfreiwillige Importbeschränkung der bisher stark in den Weltmarkt integrierten EL die Situation in diesen Ländern verschlechtert, was nicht heißt, daß nicht eine gesteuerte und geplante Verstärkung der Binnenmarktentwicklung dieser Länder eine sinnvolle Entwicklungsalternative sein kann.) Auch wenn die aktuell in einigen wichtigen kapitalistischen IL feststellbare wirtschaftliche Belebung im Moment die negativen Folgen dieser Entwicklung zu überdecken vermag, längerfristig wird sich die Zerstörung des Entwicklungspotentials in einem relevanten Teil der Welt für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen negativ auswirken.

Man könnte die Frage stellen, ob die Irrationalität und Kurzsichtigkeit des Krisenmanagements der gegenwärtigen internationalen Finanzkrise nicht auch den Banken selbst einleuchten

müßte. Schließlich hat sich nicht zuletzt auch der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) kritisch zu dieser Politik geäußert (die Kredite des IWF wirkten nicht konjunkturanregend, sondern restriktiv; Handelsblatt, 29. 11. 1983), und auch namhafte Bankiers (Dr. Stefan Koren, Präsident der Österreichischen Nationalbank: Von den Beistandsabkommen des IWF gehen auf $\frac{1}{4}$ des Welthandels restriktive Impulse aus, Börsen-Zeitung, 5. 11. 83, Nr. 214, S. 5) erkennen die Gefahren dieser Strategie. Private Banken jedoch handeln nicht nach gesamtwirtschaftlichen Überlegungen, sondern nach einzelwirtschaftlichem Kalkül. Ihr Interesse ist nicht die Vermeidung von weltwirtschaftlichen Rezessionen, solange auch in dieser Situation Rekordgewinne zu verbuchen sind. Und selbst wenn auch aus einzelwirtschaftlicher Bankensicht offenbar ist, daß ein erheblicher Teil der Forderungen an die EL auf längere Sicht zu den heutigen Konditionen nicht bedient werden kann oder aus politischen Gründen nicht mehr bedient wird, so ist doch gerade angesichts dieser Erkenntnisse eine Strategie einzelwirtschaftlich rational, die versucht, Zeit zu gewinnen und über zusätzlich erhöhte Zinsen und Provisionen solange Rekordergebnisse zu erwirtschaften (und damit ohne Rückgriff auf die Substanz die gefährdeten Kredite nach und nach abzuschreiben oder wertzuberichtigen), wie dies nur möglich ist.

Die Strategie der internationalen Banken und des IWF laufen auf eine Verschleppung der internationalen Finanzkrise, auf ein langwieriges »Dahinschwelenlassen« der Krise hinaus. Die mit dieser »Schwelkrise« einhergehenden Risiken und Verluste der Banken werden, zumindest aktuell, erfolgreich »vergesellschaftet«: zum einen durch das zunehmende Einspannen öffentlicher Kreditgeber, die mit ihren Krediten den EL einen Teil der erforderlichen Devisen zur Leistung des Schuldendienstes an die Banken zur Verfügung stellen, zum anderen durch hohe Kreditzinsen, die in den IL zu einer Umverteilung zugunsten des Bankensektors führen und diesem trotz hoher Risikovorsorge Rekordergebnisse ermöglichen. Weiter durch die Konzentration der Banken auf staatlich gesicherte Exportgeschäfte, über die die Banken ohne eigenes Risiko (dies trägt der Staat und der Exporteur) einen Teil ihrer Kreditvergabe an die Problemländer fortführen können. Und schließlich, und dies ist die unmenschlichste Seite dieser Strategie, durch die Ausplünderung der betroffenen EL, d. h. von Ländern, die eigentlich dringend Importüberschüsse zur Förderung der eigenen Entwicklung benötigten, stattdessen aber zu selbstzerstörerischen Im-

portbeschränkungen und Exportanstrengungen gezwungen werden. Kommt es angesichts dieser menschenverachtenden Politik nicht zu einer völligen Zahlungseinstellung wichtiger Schuldnerländer mit der möglichen Folge eines kumulativen Zusammenbruchs von Banken, so steht zu erwarten, daß die internationale Finanzkrise auf Jahre den Wachstumsprozeß der EL und IL über hohe Realzinsen, über die damit einhergehende kaufkraft- und investitionsschwächende Umverteilung und über eine Schwächung des Welthandels beeinträchtigen wird. Zu den realwirtschaftlichen Ursachen der Wachstumsschwäche gesellen sich so geldwirtschaftliche Krisenfaktoren.

Literatur

- Bähre, I. L., Dringend vonnöten: Transparenz und Information, in: Wirtschaftsdienst XI/1979
- Büschgen, H. E./Steinbrink, K., Verstaatlichung der Banken? Forderungen und Argumente, Köln 1977
- BMF (Hrsg.), Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft, Bericht der Studienkommission, Bonn 1979
- Castro, F., . . . Wenn wir überleben wollen. Die ökonomische und soziale Krise in der Welt. Bericht an die VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen Staaten, Dortmund 1984
- Cline, W. R., International Dept and the Stability of the World Economy, Washington, DC, 1983
- Commerzbank (Hrsg.), Wer gehört zu wem?, 14. Aufl., 1982
- Dell, S., Stabilization: The Political Economy of Overkill, in: World Development, Vol. 10, 8/1982
- Ferber, M., Die deutschen Banken in Luxemburg 1980/1981 bzw. 1982/1983, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 19/1982 bzw. 17/1983
- Fischer, G./Pietsch, P., Kreditbanken als Financiers der öffentlichen Hand, in: Der langfristige Kredit 21/22 1980
- Fleischmann, R. u. a., Hypothekengesetz, Kommentar, 3. Aufl., München 1979
- Gerster, R., Fallstricke der Verschuldung. Der Internationale Währungsfonds und die Entwicklungsländer, Basel 1982
- Gossweiler, K., Großbanken, Industriemonopole, Staat, Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin (West) 1975
- Hankel, W., Shylock gesucht: Hochzinspolitik und internationale Kreditmärkte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1982
- Hankel, W., Die Finanzkrise zwischen Nord und Süd. Gründe, Lehren, Schlußfolgerungen, in: Entwicklungsländer in der Finanzkrise, Simonis, U. E. (Hrsg.), Berlin (West) 1983

- Hankel, W., Die Schuldenkrise, ein Problem der Dritten oder der Ersten Welt. Umschuldung oder Schuldenerlaß?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/1984
- Heinrich, R. u. a. (Projektgruppe ›Rationalisierung im Bankgewerbe‹), Rationalisierung im Bankgewerbe. Strategien, Folgen, Gewerkschaftliche Gegenwehr, unveröff. Abschlußbericht, Berlin (West) 1982
- Huffschmid, J., Die Politik des Kapitals, Frankfurt 1969
- Kampffmeyer, T., Die Verschuldung lateinamerikanischer Staaten als Problem wirtschaftlicher Zusammenarbeit für die BRD, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin (West) 1982
- Kollhöfer, D., Informationswesen und Kontrolle im Bankbetrieb, in: Obst/Hintner, a.a.O.
- Konzerne in Schaubildern, Verlag Hoppenstedt & Co, Darmstadt 1982 und 1983
- Kühnen, H., Perspektiven deutscher Bankpolitik, in: Die Bank 1/1980
- Lahnstein, M., Schwachstellen müssen behoben werden, in: Wirtschaftsdienste XI/1979
- Mattes, H., Planung als Instrument zur Realisierung der Unternehmenspolitik, in: Obst/Hintner, a.a.O.
- Monopolkommission, Hauptgutachten I 1973/75, Baden-Baden 1976
- Monopolkommission, Hauptgutachten II 1976/77, Baden-Baden 1978
- Obst, Hintner, Bank- und Börsenwesen. Ein Handbuch, 37. Aufl., hrsg. von Norbert Kloten, Johann-Heinrich von Stein, Stuttgart 1980
- Pöhl, K. O., Verschuldung des Bundes und Kapitalmarkt, in: Öffentliche Verschuldung und Kapitalmarkt, Frankfurt 1976
- Roth, B., Die Rolle der Xenofinanzmärkte in der internationalen Finanzkrise, in: Jahrbuch des IMSF 6, Frankfurt 1983
- Roth, B., Xenofinanzmärkte, Zinsentwicklung und internationale Finanzkrise, in: Memo-Forum Nr. 1, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen 1983
- Scheidl, K., Die Geschäftsbanken, in: Obst/Hintner, a.a.O.
- Schröter, A., Einige methodische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966 IV
- Schubert, A., Die Auswirkungen der Ölpreis- und der Zinssteigerungen auf die Entwicklungsländer, in: Entwicklungsländer in der Finanzkrise, Simonis, U. E. (Hrsg.), Berlin (West) 1983
- Schwedes, H., Der Bund am Kapitalmarkt, Berlin 1972
- Storck, E., Die privaten Banken im Kontext der Finanzbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, in: Entwicklungsländer in der Finanzkrise, Simonis, U. E. (Hrsg.), Berlin (West) 1983
- Tetzlaff, R., Der Internationale Währungsfonds und die Ursachen von Verschuldungskrisen in der Dritten Welt, in: Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern, Betz, J. (Hrsg.), München/Köln/London 1983
- Tobin, J., Grundsätze der Geld- und Staatsschuldenpolitik, Baden-Baden 1978
- Troost, A., Staatsverschuldung und Kreditinstitute, Frankfurt/Bern/New York 1984

Ungeliebte Kundschaft?, in: Der langfristige Kredit 21/22 1980

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Gutachten zur
Schuldenstrukturpolitik des Staates, Bonn 1979

Tabellenanhang

Tabelle A1 Ausgewählte Kapitalbeteiligungen der Großbanken an inländischen Kreditinstituten 1982

Institute	Kapital- anteil in % 1982	Bilanz- summe Mill. DM 1982	Geschäfts- stellen	Mitarbeiter
1. DEUTSCHE BANK				
<i>1. Im Konzern konsolidierte Beteiligungen</i>				
Deutsche Bank				
Berlin AG	100	6 529	76	1821
Deutsche Bank Saar AG	69,2	1 616	18	518
Deutsche Centralboden- kredit AG	84,6	22 338	10	387
Gefa Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH	100	1 488	19	348
Deutsche Kreditbank für Baufinanzierung	100	4 266	16	509
Frankfurter Hypothe- kenbank AG	90,3	23 976	11	364
Handelsbank in Lübeck	58,8	6 805	41	673
Lübecker Hypotheken- bank AG	75,0	5 008	10	166
Efgee Gesellschaft für Einkaufs-Finanzierung mbH	100			
Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH	100			
DWS Deutsche Gesell- schaft für Wertpapier- sparen mbH	50,7			
<i>2. Weitere Beteiligungen lt. Geschäftsbericht und nach Hoppenstedt</i>				
AKA – Ausfuhrkredit GmbH	26,8	6 747	1	108
Industriekreditbank AG	indirekt über HOSTRA	13 989	7	576
European-Asian-Bank	14,3	6 215	24	1277
Schiffshypothekenbank zu Lübeck	29,0			
Deutsche Schifffahrts- bank	25,5			

Institute	Kapital- anteil in % 1982	Bilanz- summe Mill. DM 1982	Geschäfts- stellen	Mitarbeiter
Deutsche Schiffspfand- briefbank	25,3			
GEFI	26,4			
Privatdiskont AG	14,2			
Lombardkasse AG	16,9			
Liquiditäts-Konsortial- bank GmbH	6,1			
Baden-Württemberg- Bank	12,5	(über Rhein-Neckar-Bankbeteiligung)		
Allianz Kapitalanlage GmbH	8,0			
Liquidationscasse in Hamburg AG	25,0			
Industriebank von Japan (Deutschland) AG	25,0			
Süddeutsche Bank GmbH	100			
Hostra-Beteiligungsge- sellschaft	33,3			
Rhein-Neckar-Beteili- gungsgesellschaft	50,0			
Deutsche Wagnisfinan- zierungs GmbH	14,0			

2. DRESDNER BANK

1. Im Konzern konsolidierte Beteiligungen

Bank für Handel und Industrie AG, Berlin	100	8 642	81	1839
Bankhaus Reuschel & Co (WKV-Bank 100%- Tochter)	50	1 625	21	462
Deutsch-Südamerikani- sche Bank	100	5 278	3	596
Deutsche Länderbank AG	100	3 307	2	77
Deutsche Hypotheken- bank Frankfurt-Bremen AG	83,9	13 692	3	241
Hypothekenbank in Hamburg	82,4	10 127	5	167
Norddeutsche Hypo- theken- und Wechsel- bank AG	57,8	4 048	14	262
Pfälzische Hypotheken- bank AG	84,1	10 344	10	197

Institute	Kapital- anteil in % 1982	Bilanz- summe Mill. DM 1982	Geschäfts- stellen	Mitarbeiter
-----------	------------------------------------	--------------------------------------	-----------------------	-------------

Oldenburgische Landesbank	65,5	4 232	233	2291
Diskont- und Kredit-AG	100			

2. Weitere Beteiligungen lt. Geschäftsbericht und nach Hoppenstedt

AKA-Ausfuhrkreditgesellschaft	17,8	6 747	1	108
Industriekreditbank	indirekt	13 989	7	576
Merk, Finck & Co	indirekt über Beteiligungsgesellschaft für die deutsche Wirtschaft 60%			
Bayerische Hypotheken und Wechselbank	indirekt über Deutschen Investment Trust 90%			
Leonberger Bauspar- kasse	25,0			
Deutsche Schiffahrts- bank	26,2	2 149	2	81
Schiffshypothekenbank zu Lübeck	4,23			
Deutsche Schiffspfand- briefbank	83,9			
Allianz-Kapitalanlage- gesellschaft	8,0			
Lombardkasse	11,8			
Liquiditäts-Konsortial- bank GmbH	5,2			
Privatdiskont AG	11,4			
GEFI	17,2			
Deutsche Wagnisfinan- zierungsgesellschaft mbH	12,0			
HOSTRA	33,3			
NB-Beteiligungsgesell- schaft	25,0			

3. COMMERZBANK

1. Im Konzern konsolidierte Beteiligungen

Berliner Commerzbank von der Heydt-Kersten & Söhne	100	4 051	59	1075
C. Portmann	100	1 Mrd.		
Rheinische Hypothe- kenbank	93,9	24 118	11	351
Ilseeder Bank, Sandow & CO	100			

Institute	Kapital- anteil in % 1982	Bilanz- summe Mill. DM 1982	Geschäfts- stellen	Mitarbeiter
-----------	------------------------------------	--------------------------------------	-----------------------	-------------

Cofo Commerzbank
Fonds-Verwaltungs
GmbH

100

2. Weitere Beteiligungen lt. Geschäftsbericht und nach Hoppenstedt

Commerz.-Credit-Bank AG Europartner/Saar- brücken	60,0	1 123	8	197
Absatz-Kreditbank	40,0	1 261	22	373
Deutsche Schiffsbelei- hungsbank AG	28,5	1 983	1	59
Handelsbank in Lübeck AG	25,3	6 805	41	673
Lübecker Hypotheken- bank AG	25,9	5 008	10	166
AKA-Ausfuhrkredit GmbH	12,6	6 747	1	108
Deutsche Schifffahrts- bank AG	9,1	2 149	2	81
Münchner Hypotheken- bank AG	1,1	7 399	6	163
Liquidationskasse in Hamburg AG	25,0			
Liquidationskasse für Zeitgeschäfte AG	10,0			
ADIG Allgemeine Deut- sche Investment G.	27,1			
Liquiditäts-Konsortial- bank	3,7			
Lombardkasse AG	9,4			
Allianz-Kapitalanlage- gesellschaft	8,0			
Deutsche Grundbesitz- Investment Gesellschaft	25,0			
Privatdiskont AG	9,0			
GEFI	12,6			
Industriekreditbank über HOSTRA Beteili- gungsgesellschaft für Industrie und Handel	50,0			
Deutsche Wagnisfinan- zierung	10,0			
Beteiligungsgesellschaft für Industrieansässige	25,0			
Roßma Beteiligungsges- ellschaft	40,0			

Institute	Kapital- anteil in % 1982	Bilanz- summe Mill. DM 1982	Geschäfts- stellen	Mitarbeiter
Kistra Beteiligungsgesellschaft	25,0			
Stella Automobil-Beteiligungs GmbH (Mercedes)	25,0			
Deutsche Gesellschaft für Anlageverwaltung mbH (Horten)	25,0			
Regina Verwaltungsgesellschaft mbH (GHH)	25,0			

Quellen: Geschäftsberichte 1982 Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank; Hoppenstedt-Schaubilder; Geschäftsstellen und Mitarbeiter nach Die Bank 12/83

Tabelle A2 Personelle Verflechtungen der drei privaten Großbanken mit anderen Kreditinstituten 1981/82

Teil 1: Deutsche Bank	Funktion*
Kreditanstalt für Wiederaufbau	EhrenVRV
Landeskreditbank Baden-Württemberg	VR
Frankfurter Hypothekbank AG	ARV, StARV
Deutsche Centralbodenkredit AG	ARV
Lastenausgleichsbank	VR
Baden-Württembergische Bank AG	AR
Württembergische Hypothekbank AG	AR
Deutsche Hypothekbank (Act.-Gesell.)	AR
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG	StARV
Deutsche Bank Berlin AG	ARV
AKA Ausfuhrkredit-GmbH	ARV
Handelsbank in Lübeck AG	StARV, AR
European Asian Bank AG	ARV, AR
Lübecker Hypothekbank AG	ARV, StARV
Deutsche Kreditbank für Baufinanzierung AG	ARV, StARV
Deutsche Schifffahrtbank AG	StARV
Frankfurter Kassenverein AG	AR
Schiffshypothekbank zu Lübeck AG	StARV, AR
Deutsche Bank Saar AG	ARV
GEFA Gesellsch. f. Absatzfinanzierung mbH	BRV, StBRV
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH	AR
Deutsche Auslandskassenverein AG	ARV

Teil 1: Deutsche Bank	Funktion*
Deutsche Schiffspfandbriefbank AG	StARV
Deutsche Wagnisfinanzierungs-GmbH	StARV
EFGEE Gesellschaft für Einkaufsfinanzierung mbH	StBRV
European Arab Bank GmbH	StARV
Frankfurter Bodenkreditbank AG	ARV
Hanseatic Bank GmbH & Co.	StBRV
IBM Unterstützungskasse GmbH	VR
Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz	VR
Mecklenburger Bank	StARV
Niedersächsischer Kassenverein AG	AR
Privatdiskont AG	StARV
Renault Credit Bank GmbH	AR
Wertpapiersammelbank Baden-Würtbg. AG	AR
Wertpapiersammelbank NRW AG	AR
Lombardkasse	ARV
Teil 2: Dresdner Bank AG	Funktion*
Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen AG	ARV, StARV
Hypothekenbank in Hamburg AG	ARV, StARV
Pfälzische Hypothekenbank AG	ARV, AR
Bank für Handel und Industrie AG	ARV, AR
Württembergische Hypothekenbank AG	AR
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG	AR
AKA Ausfuhrkredit- GmbH	StARV
Deutsche Bau- und Bodenbank AG	AR
Deutsche Verkehrskreditbank	AR
Deutsch-Südamerikanische Bank AG	StARV, AR
Oldenburgische Landesbank	AR, AR
Norddeutsche Hypotheken- und Wechselbank AG	ARV, AR
Deutsche Länderbank AG	ARV, StARV, AR
Deutsche Schiffahrtsbank AG	ARV
Frankfurter Kassenverein AG	StARV
Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG	AR
Bankhaus Reuschel & Co.	StARV
Grundig Bank GmbH	AR
Bayerische Wertpapiersammelbank AG	AR
Deutsche Auslandskassenverein AG	AR
Deutsche Schiffspfandbriefbank AG	ARV
Deutsche Wagnisfinanzierungs-GmbH	AR
Diskont und Kredit AG	ARV, StARV, AR
Frankfurter Bodenkreditbank AG	AR
Landeszentralbank in Bremen	BR
Landeszentralbank in Hessen	BR
Liquiditätskonsortialbank GmbH	VR
Lombardkasse	AR
Niedersächsischer Kassenverein AG	ARV
Norddeutscher Kassenverein AG	AR
WKV-Bank GmbH	AR

Teil 3: Commerzbank AG	Funktion
Rheinische Hypothekenbank AG	ARV, StARV
Rheinisch-Westfälische Bodenkredit-Bank AG	AR
Handelsbank in Lübeck AG	AR
Lübecker Hypothekenbank AG	AR
Berliner Commerzbank AG	ARV, StARV
Deutsche Schiffahrtsbank AG	AR
Deutsche Schiffsbeleihungsbank AG	ARV
AKA Ausfuhrkredit-GmbH	
Absatzkreditbank AG	StARV, AR
Commerz-Credit-Bank AG	ARV
Gesellschaft zur Finanzierung von Industrieanlagen mbH	StARV
IBM Unterstützungskasse GmbH	VR
Ilseder Bank Sandow & Co.	BRV
Privatdiskont AG	BR
Wertpapiersammelbank NRW AG	ARV

* Zeichenerklärung:

AR	Aufsichtsratsmitglied
ARV	Aufsichtsratsvorsitzender
StARV	Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
BR	Beiratsmitglied
BRV	Beiratsvorsitzender
VR	Verwaltungsrat
VRV	Verwaltungsratsvorsitzender

Quelle: Geschäftsberichte der Deutschen Bank, Dresdner Bank, Commerzbank 1981 und 1982

Tabelle A3 Beteiligungen der Banken an den 200 größten Industrieunternehmen der BRD im Jahr 1981¹

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%
3	Daimler Benz AG	Deutsche Bank AG	28,1				
		Mercedes-Automobil-Holding AG	25,0	Stella-Automobil-Beteiligungs-GmbH	25,0	Commerzbank AG	25,0
				Stern-Automobil-Beteiligungs-GmbH	25,0	Bayerische Landesbank Dresdner Bank AG	25,0

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%
15	Gutehoff- nungs-Hütte AV AG	Gründer- erben Regina-Ver- waltungs- GmbH		+ 50,0 <i>Commerzbank</i> AG		25,0	
18	AEG AG	Dresdner Bank Deutsche Bank West LB Commerz- bank 20 weitere Banken insg.	13,3 9,3 5,9 5,0 29,1			62,7	
21	Metallgesell- schaft AG	<i>Dresdner Bank</i> AG Allgemeine Verwaltungs- gesellschaft für Industrie- beteiligungen mbH	+ 25,0 + 25,0	<i>Deutsche Bank</i> AG Daimler Benz AG	25,0 25,0	<i>Deutsche Bank</i> AG s. o.	28,1
25	Preussag AG	GEV Gesell- schaft für Energie- und Versorgungs- werte mbH	+ 25,0	<i>West LB</i>		49,0	
28	Degussa AG	GFC Gesell- schaft für Chemiewerte mbH	+ 25,0	<i>Dresdner Bank</i> AG		27,0	
31	M.A.N. AG	Gutehoff- nungshütte AV AG	75,2	Gründer- erben Regina-Ver- waltungs- GmbH		+ 50,0 <i>Commerzbank</i> AG	25,0
36	Ph. Holz- mann AG	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0				

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%
46	Hochtief AG	Agricola Ver- waltungs- GmbH	+ 25,0	Merck, Finck & Co.			
		Francomerz Vermögens- Verwaltungs- GmbH	+ 25,0	Commerzbank AG	40,0		
				Almüco-Ver- mögens-Ver- waltungs- GmbH	40,0	Commerzbank AG	25,0
49	VEW AG	Energie-Ver- waltungs- GmbH	25,3	Deutsche Bank AG	25,0		
		Kommunale Energie-Be- teiligungs- GmbH	32,6	West LB	32,0		
50	Deutsche Babcock AG	BHF-Bank	ca. 10,0				
60	Bilfinger + Berger AG	FGI Frank- furter Gesell- schaft für In- dustriewerte mbH	50,0	Dresdner Bank AG	50,0		
64	Continental AG	Deutsche Bank AG	- 25,0				
67	Linde AG	Commerzbank AG	10,0				
81	Strabag AG	Bankhaus W. Werhahn	+ 25,0				
83	Lurgi	Metallgesell- schaft AG	100,0	Dresdner Bank AG	+ 25,0		
				Allgemeine Verwaltungs- gesellschaft für Industrie- beteiligungen mbH	+ 25,0	Deutsche Bank AG	25,0
						s. o.	
89	Papierwerke Waldhof- Aschaff- enburg AG	Bayerische Hypo.- und Wechselbank AG	+ 25,0				

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%
91	Nord-deutsche Affinerie AG	Degussa AG	40,0	GFC Gesellschaft für Chemiewerke mbH	+ 25,0	Dresdner Bank AG	27,0
		Metallgesellschaft AG	40,0	Dresdner Bank AG	+ 25,0	Deutsche Bank AG	25,0
111	Dyckerhoff & Widmann	VBB Gesellschaft für die Verwaltung von Bau-Beteiligungen mbH	26,0	Bayerische Landesbank Norddeutsche LB	25,0		
		Ph. Holzmann AG	19,0	rd.	Deutsche Bank AG	+ 25,0	
121	Nixdorf AG	Deutsche Bank AG	25,0				
124	MTU AG	Daimler Benz AG	50,0	Deutsche Bank AG s. o.	28,1		
		M.A.N. AG	50,0	Gutehoffnungshütte AV AG	75,2	s. o.	
130	Fichtel & Sachs Gruppe	Sachs AG	+ 50,0	Commerzbank AG	25,0		
136	Telefonbau + Normalzeit	Telenorma Beteiligungs-GmbH	39,0	AEG AG	24,5	Bankenkonsortium s. o.	62,7
139	Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG	Gutehoffnungshütte AV AG	76,9	Gründer-Erben Regina-Verwaltungs-GmbH	+ 50,0	Commerzbank AG	25,0
143	Süddeutsche Zucker AG	Deutsche Bank AG	+ 25,0				
167	O & K Orenstein & Koppel AG	AG für Industrie und Verkehrswesen	+ 25,0	BHF-Bank	+ 25,0		

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%
174	Bergmann-Elektricitäts-Werke AG	<i>Deutsche Bank AG</i> <i>Bayerische Vereinsbank AG</i>	+ 25,0 + 25,0				
182	Olympia Werke AG	AEG AG Gesellschaft für Elektrowerte mbH	51,0 49,0	<i>Bankenkonsortium s. o.</i> Beteiligungs-Gesellschaft für die deutsche Wirtschaft mbH Deutsche Beteiligungs-GmbH Dusstreu Gesellschaft für Treuhandvermögen mbH	62,7 20,0 20,0 20,0	<i>Dresdner Bank AG</i> <i>Deutsche Bank AG</i> <i>West LB</i>	60,0 92,5 100,0
188	DUB Schultheiss AG	<i>Dresdner Bank AG</i> <i>Bayerische Hypo.- und Wechselbank AG</i>	+ 25,0 + 25,0				
191	C. Deilmann AG	Preussag AG	25,1	GEV Gesellschaft für Energie- und Versorgungswerte mbH	25,0	<i>West LB</i>	49,0
200	AEG-Kabelwerke AG	AEG AG	98,0	<i>Bankenkonsortium s. o.</i>	62,7		

+ mehr als - weniger als

1 Mit einer Ausnahme sind lediglich die bekannten Beteiligungen von 10% und mehr erfaßt. Die Ausnahme bildet der AEG-Konzern, da hier andernfalls die Bankbeteiligungen völlig unterzeichnet würden. Nicht berücksichtigt sind sonstige Nichtbank-Beteiligungen an den aufgeführten Unternehmen.

2 Direkte Beteiligungen

3 Eigner von Eigner I = indirekte Beteiligungen 1. Grades

4 Eigner von Eigner II = indirekte Beteiligungen 2. Grades

Quellen: Commerzbank (Hrsg.), *Wer gehört zu wem?*, 14. und erweiterte Auflage 1982; *Konzerne in Schaubildern*, herausgegeben vom Verlag Hoppenstedt, Darmstadt 1982; J. Huffschild, *Rüstung statt Konsum - Die Operation AEG Modell für die »Sanierung« der Bundesrepublik?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/1982, S. 1079 (= Angaben zu AEG); *Capital*, 10/1982, S. 189 ff. (= Rangliste)

Tabelle A4 Beteiligungen der Banken an den 50 größten Handelsunternehmen der BRD 1981¹

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%
7	Karstadt AG	Deutsche Bank AG	+ 25,0				
		Commerzbank AG	+ 25,0				
15	Kaufhof AG	Schweizerische Bankgesell- schaft	+ 25,0				
25	BayWa AG	Bayerische Raiffeisen- Zentralbank AG	+ 25,0				
31	Ferrostaal AG	Gutehoff- nungshütte AV AG	100,0	Gründer- Erben Regina-Ver- waltungs- GmbH	+ 50,0	Commerz- bank AG	25,0
47	Horten AG	Deutsche Ge- sellschaft für Anlageverwal- tung mbH	25,0	Deutsche Bank AG	75,0		
				Commerzbank AG	25,0		

+ mehr als

- weniger als

1 Sonstige Beteiligungen von Nichtbanken an den aufgeführten Unternehmen werden nicht berücksichtigt.

2 Direkte Beteiligungen

3 Eigner von Eigner I = indirekte Beteiligungen 1. Grades

4 Eigner von Eigner II = indirekte Beteiligungen 2. Grades

Quellen: Commerzbank (Hrsg.), *Wer gehört zu wem?*, 14. und erweiterte Auflage 1982; Capital, H. 10/1982, S. 202/203 (= Rangliste)

Tabelle A5 Beteiligungen der Banken an den 20 größten Dienstleistungsunternehmen der BRD 1981¹

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%	Eigner IV ⁵	%
4	Hapag-Lloyd AG	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0						
		<i>Dresdner Bank</i>	+ 25,0						
6	TUI Touristik Union International KG	HS-Touristik Be- teiligungs-GmbH	25,0	Horten AG	50,0	Deutsche Gesell- schaft für Anlage- verwaltung mbH	25,0	<i>Deutsche Bank</i>	75,0
		DER Deutsches Reisebüro GmbH	11,6	Hapag-Lloyd AG	25,1	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0	<i>Commerzbank</i>	25,0
				abr amtliches baye- risches Reisebüro GmbH	14,0	Hapag-Lloyd AG	7,5	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0
						<i>Bayerische Vereins- bank AG</i>	7,5	<i>Dresdner Bank</i>	+ 25,0
						DER Deutsches Reisebüro GmbH	7,5	s. o.	
		Hapag-Lloyd AG	11,6	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0				
				<i>Dresdner Bank</i>	+ 25,0				
		abr amtliches baye- risches Reisebüro GmbH	11,6	Hapag-Lloyd AG	7,5	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0		
						<i>Dresdner Bank</i>	+ 25,0		
				<i>Bayerische Vereins- bank AG</i>	7,5				
				DER Deutsches Reisebüro GmbH	7,5	Hapag-Lloyd AG	25,1	<i>Deutsche Bank</i>	+ 25,0
								<i>Dresdner Bank</i>	+ 25,0
						abr amtliches baye- risches Reisebüro GmbH	14,0	<i>Bayerische Vereins- bank AG</i>	7,5
								s. o.	

Rang	Unternehmen	Eigner I ²	%	Eigner II ³	%	Eigner III ⁴	%	Eigner IV ⁵	%
8	DER Deutsches Reisebüro GmbH	Hapag-Lloyd AG abr amtliches baye- risches Reisebüro GmbH	25,1 14,0	<i>Deutsche Bank</i>	+25,0				
				<i>Dresdner Bank</i>	+25,0				
				<i>Bayerische Vereins- bank AG</i>	7,5				
				Hapag-Lloyd AG	7,5	<i>Deutsche Bank</i>	+25,0		
						<i>Dresdner Bank</i>	+25,0		
				DER Deutsches Reisebüro GmbH	7,5	Hapag-Lloyd AG	25,1	<i>Deutsche Bank</i>	+25,0
				abr amtliches baye- risches Reisebüro GmbH	14,0	<i>Bayerische Vereins- bank AG</i>	7,5		
								s. o.	
14	NUR Neckermann Karstadt AG & Reisen		100,0	<i>Deutsche Bank</i>	+25,0				
				<i>Commerzbank</i>	+25,0				

+ mehr als

- weniger als

1 Sonstige Beteiligungen von Nichtbanken werden in der Tabelle nicht berücksichtigt.

2 Direkte Beteiligungen

3 Eigner von Eigner I = indirekte Beteiligungen 1. Grades

4 Eigner von Eigner II = indirekte Beteiligungen 2. Grades

5 Eigner von Eigner III = indirekte Beteiligungen 3. Grades

Quellen: Commerzbank (Hrsg.), Wer gehört zu wem?, 14. und erweiterte Auflage 1982; Capital, H. 10/1982, S. 200/201 (= Rangliste)

Tabelle A6 Personelle Verflechtung der Banken mit den 25 größten Industrieunternehmen der BRD 1981¹

Rang	Unternehmen	Im Aufsichtsrat des Unternehmens halten Mandate:			
		Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerzbank	Sonstige Banken
1	VEBA AG	AR	AR	-	AR (Trinkaus & Burkhardt)
2	Volkswagen AG	AR	AR	-	-
3	Daimler Benz AG	ARV + AR	AR	AR	-
4	Siemens AG	StARV	AR	-	AR (Bayerische Vereinsbank)
5	Hoechst AG	-	AR	AR	-
6	BASF AG	AR	-	-	AR (Schweizerische Bankgesellschaft)
7	Bayer AG	AR	-	AR	AR (Schweizerische Kreditanstalt)
8	Thyssen AG	AR	AR	-	ARV (Sal. Oppenheim jr. & Cie.)
9	Deutsche BP AG	-	AR	-	-
10	Veba Öl AG	AR	-	-	AR (DG Bank)
11	Esso AG	-	AR	-	-
12	RWE AG	ARV	AR	-	-
13	Deutsche Shell AG	AR	-	-	-
14	Ruhrkohle AG ²	-	-	-	-
15	Gutehoffnungshütte AV AG	-	-	AR	-
16	Mannesmann AG	ARV	-	-	AR (West LB) AR (BHF-Bank)
17	Fr. Krupp GmbH	-	AR	-	-
18	AEG AG	AR	ARV	AR	AR (West LB) AR (BHF Bank)
19	Estel-Hoesch AG	ARV	-	-	AR (ABC Privat- und Wirtschaftsbank)

Rang	Unternehmen	Im Aufsichtsrat des Unternehmens halten Mandate:			
		Deutsche Bank	Dresdner Bank	Commerzbank	Sonstige Banken
20	R. Bosch GmbH	AR	-	-	AR (Schweizerische Bankgesellschaft)
21	Metallgesellschaft AG	AR	ARV + AR	-	-
22	Mobil Oil AG	ARV	-	-	-
23	Deutsche Texaco AG	ARV	-	-	-
24	Ford-Werke AG	-	-	AR	-
25	Preussag AG	AR	-	AR	ARV + AR (West LB)

ARV Vorsitzender des Aufsichtsrats

StARV Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

AR Mitglied des Aufsichtsrats

1 Als Mandatsträger der Banken wurden erfaßt: die Mitglieder des Vorstandes sowie ehemalige Vorstandsmitglieder der Banken, die a) ihre Mandate auch nach Ausscheiden aus dem Vorstand beibehalten haben und/oder b) dem Aufsichts- oder Verwaltungsrat der Bank angehören und/oder c) einen Vorstandsposten bei einer kapitalmäßig verflochtenen Bank bekleiden.

2 An der Ruhrkohle halten folgende Unternehmen Beteiligungen:

- VEBA AG	27,2%
- Hoesch AG	7,9%
- Mannesmann AG	7,4%
- Thyssen AG	12,7%
- Fr. Krupp GmbH	6,2% (über Krupp Stahl AG)

Quellen: Geschäftsberichte 1981: Leitende Männer und Frauen der Wirtschaft, Darmstadt (verschiedene Jahrgänge); Handbuch der Großunternehmen 1983, herausgegeben vom Verlag Hoppenstedt, Darmstadt 1983; Commerzbank (Hrsg.), Wer gehört zu wem?, 14. und erweiterte Auflage 1982